

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pr. Monat. Eingez. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1894 unter Nr. 4919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf. für Vereine- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 2 Uhr Nachmittags geöffnet.

Verantwortlicher: Just 1, Nr. 1508, Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 26. Juli 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Was fehlt.

Der Straßburger Professor G. Fr. Knapp meint einmal irgendwo: Wenn die Sozialdemokratie nur schärfen wollte, in der deutschen Agrargeschichte gäb's für ihre Agitation noch ganze Goldfelder abzubauen.

Nun, die deutsche Sozialdemokratie hat sich dies gesagt sein lassen, sie hat die Werke des Professors gewürdigt, wie sie es verdienen, sie hat das von Knapp beigebrachte Material benützt in ihrem Sinne; die Broschüren Kampfmeyer's, die von uns neulich gewürdigte Rede Arons, eine ganze Reihe Zeitungsartikel nahmen ihr Beweismaterial aus: „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter“ und „Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit“. So weit dieses Material reicht, ist es auch völlig einwandfrei und beweiskräftig; aber die Forschungen Knapp's erstrecken sich nicht auf die Agrarverhältnisse Gesamt-Deutschlands, sondern nur auf die sogenannten alten preussischen Provinzen. Das ist der Grund, weshalb unser Hilfsmaterial zur Landagitation eine gewisse Einseitigkeit zeigt; es kommt aus den östlichen Provinzen und ist nur hier mit Erfolg zu verwenden. Wohl, auch im übrigen Deutschland gab's hörige Bauern und Landarbeiter, die man drückte und peinigete bis auf's Blut, Bauernstellen wurden gelegt allüberall, aber der Gang der Entwicklung war doch ein anderer, die Folgen der Entwicklung ganz verschieden.

In den alten preussischen Provinzen und in Schleswig-Holstein bildeten sich um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts fast gleichzeitig die auf Hörigkeit, Leibeigenschaft und unbezahlter, ungemessener Frohnarbeit fußenden kapitalistischen Großbetriebe der Rittergüter, und fast wieder gleichzeitig, zu Anfang des laufenden Jahrhunderts, wurde in beiden Ländern die Unterthänigkeit aufgehoben. Aber die Folgen ein und derselben Handlung, Aufhebung der Leibeigenschaft, waren grundverschieden. Während in Preußen gerade durch die „Bauernbefreiung“ die Rittergüter zu ungeheurer Größe anschwellen, verringerte sich in Schleswig-Holstein der Umfang des Rittertums oft bis zur Hälfte, ja bis auf ein Drittel. Diese Thatsache und ihre Folge: das Entstehen einer größeren Anzahl von mittleren Bauernstellen ist nicht bei Knapp zu finden, aber in Georg Hansen's: „Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Schleswig-Holstein“ steht sie.

Und was für die Elbherzogthümer gilt, das gilt auch für Westfalen, Rheinland und Baden; jedes Land hat seine eigene Agrarentwicklung durchgemacht.

Die Spuren dieser Entwicklung sind noch vorhanden. Von ihnen berichten in mehr oder weniger Uebersichtlichkeit die Werke Haussen's, Meichen's, Maurer's und anderer, die Spezial-Geschichtswerke, so da handeln über einzelne Landstriche und Städte, und in vielen Fällen die von Mund zu Mund gehende Ueberlieferung. Man braucht also bloß suchen zu wollen, und das beste Agitationsmaterial bietet sich in Hülle und Fülle.

Ja wohl, gutes Material. Ein Agitator, der seinen Zuhörern nachzuweisen vermag, wie die in der Nachbarschaft gelegenen Güter entstanden und groß geworden sind, wie ihre früheren Inhaber durch List, Betrug und offene Gewalt ein Stück Bauernland nach dem anderen an sich rissen, wie sie den Gemeinewald verschlangen und die gemeinsamen Weiden und Tristen sich aneigneten, einer der zu erzählen versteht, wie die Vorkahren der anwesenden Mittel- und Kleinbauern und Landarbeiter sich gegen ihre Unterdrücker gewehrt und für die allgemeine Freiheit ihre Knochen, Blut und Leben in die Schanze geschlagen, und der beweisen kann, daß einzelne in der Gegend üblichen Gebräuche, Sitten und Gewohnheiten aus einer Zeit stammen, in der Grund und Boden Gemeineigentum der in Gemeinden zusammengeschlossenen Familien war — wer das vermag, dem muß das Vertrauen entgegenstehen, und damit auch der Erfolg.

Aber die Kenntniß der früheren Agrarzustände allein genügt nicht; wer die Agitation auf dem Lande mit Erfolg betreiben will, muß auch ganz genau wissen, wie die Verhältnisse heute liegen. Die Statistik mit ihren Angaben hilft ihm da wenig; das ist alles viel zu allgemein gehalten. So, eins, zwei, nach dem bloßen, flüchtigen Augenschein läßt sich auch nicht gleich beurtheilen, ob in einem Dorfe die Großbauern die Uebermacht haben, ob sie verschuldet oder wohlhabend, bödsartig oder gutmüthig sind. Ich kenne ein Dorf, das sieht auf den ersten Blick aus wie eine Fingerring-Insideln, so verfallen und verkommen sind die Wirtschaftsgebäude. Trotzdem sind die Bewohner reiche Leute; sie säen kein Korn und pflanzen keine Kartoffeln mehr, aber sie verkaufen die Porzellanerde, die auf ihren wüsten Feldern in großer Menge sich findet.

So viel Material in agrarhistorischer Beziehung heute

schon vorliegt, so wenig brauchbares bietet sich dem Agitator dar, das die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande in der Gegenwart behandelt. Da sind die offiziellen Ermittlungen der landwirtschaftlichen Zentralvereine in Preußen von 1888/89. Aber die Berichtersteller sind Unternehmer, Schildhalter und Kreaturen der Unternehmer und Beamte. Und der angeführten Beispiele sind zu wenige. So werden z. B. die Verhältnisse ganz Schleswig-Holsteins charakterisirt durch die Schilderung eines einzigen Dorfes. Auch die Ergebnisse der von den Neu-Christlich-Sozialen veranstalteten Umfragen sind für unsere Agitation nur zum Theil und mit großer Vorsicht zu gebrauchen; die Berichtersteller waren ja fast durchgängig Pastoren. In dieser Beziehung muß etwas geschehen, und zwar von Seiten der Partei, und je eher, desto besser. In welcher Weise die Ermittlungen anzustellen sind, ob in der Art, wie sie A. Perzog in seinem Buche: „Die bäuerlichen Verhältnisse im Elsaß, Schilderung dreier Dörfer“, angewandt hat, oder anderswie, wird Sache einer reiflichen, sachverständigen Ueberlegung sein.

Sollte ich das in den zwei Artikeln Erörterte noch einmal kurz zusammenfassen, so würde ich sagen: Nur derjenige unserer Agitatoren wird auf dem platten Lande einen dauernden Erfolg haben, der mit der Denk- und Ausdrucksweise der Landleute vertraut, in der Agrargeschichte seines Agitationsbezirks wohl beschlagen ist, und die heute auf dem Lande herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse genau kennt.

Heber

Den großen amerikanischen Streik

Schreibt die „New-Yorker Volkszeitung“ vom 14. d. M. — also zu einer Zeit, da der Streik noch im Gange war:

Der große westliche Bahnstreik und alles, was damit in Zusammenhang steht, liefert eine Fülle von Erörterungsmaterial, impulsiv und reflektiv.

Oder — um die leidigen Fremdwörter aus dem Spiel zu lassen: er treibt an zu begeisterten Gefühlsäußerungen der revolutionär gesinnten Naturen, gleichzeitig aber auch zur nüchternen Kritik an den Irthümern, Mißgriffen, Unzulänglichkeiten der großen Streikbewegung.

Wir gestehen ganz offen: die amerikanische Arbeiterbewegung entbehrt für gewöhnlich so sehr der begeisternden Faktoren, verläßt so sehr in den Bahnen der Alltäglichkeit, daß wir am

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von G. Spindler.

„O der dumme Christoph!“ seufzte das alte Fräulein schmerzlich, und machte ihre Augen groß auf. — „Noch nicht!“ fuhr Wallrade schnell fort: „Er wird mich befreien; er hat's versprochen.“ — „Befreien? versprochen?“ stammelte Petronella und sank auf ihren Sitz zurück: „Ich bin verloren. Der undankbare Mensch kann seiner Ruhme also vergessen? mich würde er aus dem Hause stoßen wollen, um eines Bürger's Tochter in unser Schloß zu setzen? Abscheulich! Wo ist er, der Wüterich? hören will ich's; aus seinem Munde will ich's hören!“ — „Ihr erfahrt es früh genug“ versicherte Wallrade. „Ich gebe Euch indessen mein Wort, daß ich mich lange befinden werde, ehe ich zu Eures Vetter's Härtlichkeit ein gutes Gesicht mache.“ — „Und warum?“ fragte die Alte erseufend: „Ein junger Edelknecht von Weits einnehmender Gestalt ist Jungfrauen von zweideutigem Bürgeradel immer willkommen, und wenn ich's beim Lichte besche, so kann ich's nicht dulden, daß Ihr meinen Vetter ausschlagt. Es wäre ein Schimpf für unser gutes Wappen, das Kaiser Karl der Große unserem wohlverdienten Ahnherrn gab. Der Frosch soll sich's zur Gnade schätzen, mit dem Leuen auf dem Berge wandeln zu dürfen.“ — „Ihr sprecht verwirrtes Zeug, Fräulein!“ fuhr Frau Elise dazwischen: „das Alter und die Galle machen Euch thöricht vor der Zeit. Laßt das Ding nur seinen Weg gehen und kümmert Euch nicht darum. Unser lieber Gast Wallrade hat mit Euch sich einen Scherz erlaubt. Der Vetter Weit wird sie weder zum Altar führen, noch befreien, ehe mein

Alter nicht züngendes Geld dafür gewonnen. Kiegel und Knechte bürgen uns für ihre Ruhe und stilles Verhalten, wenn die Freundlichkeit, womit wir die Gefangene behandeln, es nicht thut. Ich habe indessen — glaubt mir's, Leuenbergerin — ein weit besseres Vertrauen zu des Leuenbergers Redlichkeit gegen uns und zu des Fräuleins Aufrichtigkeit, als Ihr. Glaubt Ihr wohl, ich zögerte im Gerüst, die ehrsame Wallrade zu bitten, aus meinem Schreine die Sittarbeit zu bringen, die ich vor einigen Tagen begonnen, und ihr zu diesem Behuf meinen ganzen Schlüsselbund anzuvertrauen? Hier habt Ihr diese theuern Schlüssel, mein Fräulein von Walderglin. Eure Bereitwilligkeit bürgt mir dafür, daß Eure jungen Beine meinen älteren den Liebedienst erweisen werden.“ — In der Bitte der Frau Elise lag ein Befehl; Wallrade zögerte daher nicht, mit erkünstelter Freiwilligkeit zu thun, wozu sie sich nicht gerne hätte zwingen lassen. Schnell nahm sie die Schlüssel, verneigte sich boshaft vor der Vaise Petronella und sprach: „Vergebt, edle Blutsfreundin meiner vielgeliebten Stiefmutter, daß der Wunsch unserer verehrten Gastfreundin mich hindert, Euch jetzt schon zu sagen, was der Frosch zu dem Leuen sagen könnte, wenn er mit demselben auf dem Berge lustwandelt. Dieses sinnige Gleichniß hoffe ich indessen später mit Euch abthun zu können, und diese Hoffnung wird nicht der geringste Beweggrund sein, der mich zur Eile antreibt.“ — Sie flog die Treppen hinab und erschraf beinahe, da sie, an des Thurmes Pforte angelangt, den Herrn von der Rhön erblickte, der mit verschränkten Armen auf der Steinbank an der Kapellenthüre saß und in tiefe Betrachtung versunken zu sein schien. Die Geübte sah sich jedoch schnell, warf dem Aufschauenden einen verächtlichen Blick zu und ging stolz vorüber nach dem Wohngebäude. Wilger sah ihr nach, bis sie innerhalb der Thüre desselben verschwunden war, und ein schwerer Seufzer löste sich von seiner Brust. Unmüthig in der Erinnerung seiner Verwirrung und seiner Leiden, wollte er in den verborgenen Winkel des Hofes entfliehen, um

nicht zum zweiten Male den Anblick der Frau ertragen zu müssen, die er einst für eine Heilige gehalten und die er jetzt nur verabscheuen konnte, als über die Mauer herüber eine nicht unbekannt Stimme kam: „Gott grüße Euch, und gelobt sei Jesus Christus, frommer Vater!“ — Wilger sah den jungen Knecht über die Brustwehr lugen, mit dem er in verwichener Nacht geredet, und dankte ihm nach Art der Mönche. „Hochwürdiger Herr!“ fuhr der Geselle vertraulich und leiser fort: „ich bin Euch viel Dank schuldig. Die Erlaubniß zu beten, die Ihr mir gabt, hat mich erquickt, und im Schlaf heute Morgens ist mir mein Mütterlein erschienen und hat mich aufgefordert, wieder heimzukehren aus der ruchlosen Gemeinschaft.“ — „Gott geleite Dich, mein Sohn!“ erwiderte Wilger: „Bete Du dann auch für mich.“ — „Ach, Herr!“ meinte der Knecht: „frei sein ist edler, denn alles. Wie gerne wollte ich Euch frei machen, wenn ich's nur vermöchte.“ — Indem vernahm man ein Rennen und Laufen im Zwinger, und der Ballen der Jungbrüde knarrte, wie der Kiegel des Thores. — „Was giebt's denn da draußen?“ fragte der Herr von der Rhön den freundlichen Knecht. — „Denkt doch!“ flüsterte dieser herab: „das böse Zeichen! der Gaul, auf dem heut der Herr fortgeritten, kommt schon wieder, gesattelt und gezäumt. Das Roß rennt wie toll am Abhang auf und ab und hin und her. Die Knechte machen sich hinaus, um's einzufangen. Ach Herr! was wäre das ein Augenblick des Heils für Euch, wenn das verdamnte Gatterthor nicht wäre? Brüche nieder, Thor auf, Knechte zerstreut, ein Pferd, halb beschlagen, steht verlassen an der Schmiede. Warum könnt Ihr nicht hinauf und dann im Abendschein in den grünen Wald hinein!“ — Soeben rief ein anderer Knecht den Plaudernden von dannen, und alles Getöse verlor sich in der Ferne. Wilger blinzelte durch das Gitterlein am Gatterthore, und sah, wie recht sein junger Freund gehabt. Alles leer, auf der herabgeloffenen Brücke ein einziger gaffender Knecht, . . . der an der Schmiede verlassene Schimmel ruhig grasend, mit schleppender Trense. — Nach Freiheit

beden die nächste Kritik dabei gelassen hätten, um so recht gründlich die Verurteilung auszuführen, welche aus solch gründlicher Massenbewegung der westlichen Eisenbahn-Arbeiter beitet hat. Um mit der enthusiastischen Zustimmung der Arbeiter aus allen anderen Berufsgruppen das rebellische Klassengefühl der amerikanischen Proletariat zu schüren, um in ihnen den Hohn und den Haß gegen das brutalisierende Vorgehen der herrschenden Gewalten zu mächtiger Flamme anzufachen, um der Verachtung der Arbeiterklasse für das wüthende Gelläch der amerikanischen Preszimente neue Nahrung zuzuführen.

Mit einem Wort, ein bringendes Verlangen bemächtigt sich unser und wohl jedes Sozialisten, der das Herz auf dem rechten Fleck hat: Die Gelegenheit zu einer kraftvollen Gefühlsagitation zu benutzen, so recht das, was unsere Gegner „Hegen“ nennen. Die amerikanische Arbeiterschaft bedarf noch des Aufgeschaueltwerdens. Ihr rebellisches Klassengefühl hat noch nicht dauernd festen Fuß gefaßt. Kommt nur erst sporadisch, bei zerstreuten Gelegenheiten zum Ausbruch. Ihr gerechter Hohn richtet sich nur erst gegen diejenigen Gewalten und ihre persönlichen Träger, mit denen sie gerade zufällig in Konflikt kommen, nicht gegen die Gewalthaber der herrschenden Klasse als solche. Und die kapitalistische Presse vollends haben sie noch nicht würdigen, d. h. in Grund und Boden verachten gelernt in der ganzen Glorie ihrer offenen oder verkappten künftigen Mantelträger für die Interessen des Ausbeuterthums. Diesen ihrer erst am Anfang des Klärungsprozesses befindlichen, noch allzu naiven Gefühlen werden die Ereignisse des Tages eine gute Strecke vorwärts helfen und wir würden gern unsere ganze Kraft anwenden, um nach Möglichkeit besonders dazu beizutragen.

Nun stellt sich aber die nächste Ueberlegung ein und beansprucht auch das Recht, ihr Wortchen dreinzureden. So impulsiv, urwüchsig, thätkräftig und deshalb herzerzitternd diese urplötzlich hereingebrochene Bewegung des amerikanischen Westens auch sein mag, — sie steht so voller unreifer Momente und ist in der ganzen Anlage so kritikbedürftig, — daß diese Kritik, gerade im Interesse einer Weiterentwicklung der Dinge, zur ersten Pflicht wird.

Diese Massenbewegung der westlichen Eisenbahnarbeiter und die allgemeine leidenschaftliche Sympathie, welche sie — etliche feige konservative Gewerkschaftsführer ausgenommen — in den Reihen der anderen Arbeiter findet, sie verdanken ihre Entstehung nicht der Einsicht, sondern dem mächtigen Impulse des unbestimmten Gefühls in den Massen, daß sie einander zu Hilfe eilen müssen gegen einen gemeinsamen Feind, von dem sie gemeinsam unterjocht werden. Aber sie sehen den Feind nicht klar vor sich; nur verschwommen erscheint er ihnen, weshalb auch ihre Angriffe sich nur auf untergeordnete Punkte des gegnerischen Lagers richten. Wenigstens, was das erreichbare Ziel angeht. Wir haben einmal schon darauf hingewiesen, daß die angewandten Kampfsmittel des Massenstreiks in gar keinem Verhältnis stehen, zu dem, was erklämpft werden soll: der Sieg für die Pullman'schen Arbeiter, oder — wie jetzt gar nur — ein „Schiedsgericht“ zur Schlichtung des Pullman-Streiks. Wüßten die Massen der Streiker, daß sie im Grunde nicht nur Pullman, nicht nur das Bahnamopol im Bunde mit ihm, nicht nur das Großkapital des Landes, sondern den ganzen Kapitalismus überhaupt zu bekämpfen haben, dann würde dadurch allein schon der Schlag, den sie jetzt geführt haben, eine ganz andere agitatorische Bedeutung erhalten, wenn er nicht überhaupt unterblieben wäre, als eine Vergeudung von Kräften, welche besser weitergehenden Zielen in den Dienst zu stellen sind.

Dazu kommt, daß die Wortführer der Streiks und wohl auch die Mehrzahl der hinter ihnen stehenden Massen sich formell noch ganz auf den Boden der „amerikanischen Institutionen“ stellen, nicht begreifend, daß gerade diese amerikanischen Institutionen ihren Gegnern, der Kapitalmacht, die Unterdrückungsmaßnahmen, deren sie sich bedienen, an die Hand geben. Sie nehmen sich deshalb die zwerlose, verlorene Mühe, ihr Vorgehen vom Standpunkt des amerikanischen Rechtsbodens zu erklären und ihre Gegner des Bruchs mit demselben zu beschuldigen, anstatt den Bruch selbst als einen Akt der Nothwendigkeit anzuerkennen. Mit ganz anderer Thätigkeit und viel konsequenter werden die amerikanischen Arbeiter ihren Gegnern gegenüberzutreten, wenn sie gar nicht mehr darum sich kümmern, ob sie mit dem bürgerlichen Rechtsboden in Konflikt kommen oder nicht.

Auch eine Ueberschätzung der eignen Kraft und eine Unterschätzung der Machtmittel des Gegners zeigt sich in diesen unklaren Massenbewegungen. Dazu der erklärliche Mangel an Kontrolle über das Benehmen der Streiker-Massen den Provokationen der kapitalistischen Schergen gegenüber, woraus die Ungereimtheit folgt, daß auf der einen Seite erröte Massen, nicht disziplinirt, nicht über die Zweckmäßigkeit ihres Vorgehens belehrt, die Provokationen mit gleicher Münze beantworten, während ihre Führer sich die Mühe geben, für das „geheiligte“ Benehmen der Leute den Gewaltthoren des Kapitalismus ihr Wort zu verpfänden.

Die Unklarheit der amerikanischen Arbeiter über Wesen und Ursache ihrer Leiden, über Mittel und Ziele, den Leiden abzuhalten, hat alle die Irrthümer und Mißgriffe ihrer großen re-

bellischen Regungen verschuldet. — Nichts desto weniger sind diese Regungen selbst ein gesunder, natürlicher Rückschlag auf erduldeten Verflistung, beweisen — zumal durch das Angebot der herrschenden Macht zu ihrer Unterdrückung — daß der bürgerlichen Gesellschaft der Wulst unter den Füßen glimmt und arigen, daß es nur einer Auslast der richtigen Erkenntnis in Bezug auf Mittel und Zweck bedarf, um die rebellischen Regungen in das richtige Fahrwasser zu leiten. —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 25. Juli.
Zur Gesetzesflitterei. Nicht bloß eine „Reform“ der Strafsprozessordnung, sondern auch der Zivilprozessordnung haben wir vielleicht schon in der nächsten Reichstagsession zu erwarten. Bei der ersteren nimmt uns das nicht weiter Wunder. Das öffentliche Recht hat im alten Preußen wie in dem neuen als Deutsches Reich konstituirten Preußen an zwei Punkten immer festgehalten. Die Freiheit der Person darf nur solche Garantien haben, die es der Regierung ermöglichen, sie jeder Zeit zu durchbrechen und ebenso muß es im Belieben der Regierung bleiben, ob sie Beamte wegen Ueberschreitung und Verletzung ihrer Befugnisse zur Rechenschaft ziehen will. So sind in der Strafsprozessordnung zwar bestimmte Voraussetzungen an die Verhaftung und Beschlagnahme geknüpft, die aber nicht erfüllt zu sein brauchen, wenn „Gefahr im Verzuge“ ist. Der vorliegende Entwurf einer Strafsprozess-Novelle enthält jedoch, wie in diesem Blatte schon auseinandergesetzt ist, noch weitere und umfassendere Einschränkungen der persönlichen Freiheit. Dadurch, daß die Regierungsmacht und die bürgerliche Freiheit als Gegensätze behandelt werden, macht sich eine beständige Flitterarbeit nothwendig, bei welcher regelmäßig die Regierungsmacht auf Kosten der bürgerlichen Freiheit ausgedehnt wird. In der bürgerlichen Gesetzgebung treten die Machtverhältnisse der Regierung allerdings mehr in den Hintergrund; hier aber heischen die Interessen der herrschenden Klassen immer mehr Verlickung. An ihnen ist auch schon seit 20 Jahren in Arbeit befindliche bürgerliche Gesetzgebung gescheitert. Es wird im besten Falle eine Flitterarbeit; ganze Gebiete des bürgerlichen Rechts sind schon aus demselben ausgeschlossen, so vor allem die Gesindeverträge und die ländlichen Arbeiterverhältnisse. Die Zivilprozessordnung soll jetzt auch gründliche Veränderungen erfahren, in welchen die Grundlagen der jetzigen Prozessordnung selbst beseitigt werden sollen. Die Prozessleitung durch die Parteien soll wieder mehr der Leitung durch den Richter weichen, und diesem soll auch die Zwangsvollstreckung unterworfen werden. Es sieht also eine gründliche Umgestaltung der ganzen Prozessordnung in Aussicht, gegen die wir an und für sich nichts hätten, wenn nur irgend welche Aussicht vorläge, daß etwas anderes zu Stande käme, als wieder eine Flitterarbeit. Daß die Gewerbe-Ordnung auch in der nächsten Reichstagsession weitere Flitter erhält, ist selbstverständlich. Hat doch schon der Bundesrath und die einzelnen Regierungen dafür Sorge getragen, daß von der Sonntagssruhe und den sonstigen Arbeiterschutzbestimmungen nicht mehr viel übrig bleibt.

Sozialismus und Christenthum. Pindter der Zweite ärgert sich darüber, daß sozialistische Redner mitunter Aussprüche der Bibel und Reden Jesu Christi als kommunistisch heranziehen“. Er dozirt:

Die Sozialdemokratie macht sich keinerlei Strupel über sittliche Gefahren eines großen Besitzes. Ihr ist ausschließlich die ungleiche Vertheilung ein Dorn im Auge. Nicht nieder mit dem Kapital, sagen wir — so rief einst W. v. Schweitzer im Reichstage aus — „sondern her mit dem Kapital.“ Das haben wollen, die Eier nach Geld und Gut ist also bei den Sozialdemokraten genau ebenso vorhanden, wie bei manchen Großbesitzern, vielleicht noch in erhöhtem Maße. Gegen das ausschließliche, die werthvolleren sittlichen und religiösen Regungen und Bestrebungen unterdrückende Trachten nach irdischen Gütern und Genüssen wenden sich die Hornesworte des Evangeliums. Sie gelten also dem Sinne nach den ungerathenen Armen ebenso gut wie den Reichen. Wenn der heilige Christus den Reichen Mäurer nennt, so meint er in erster Linie, daß sie Raub begingen an ihrem eigenen höchsten Gut, dem Heil ihrer Seele. Es ist nichts als ein Wortspiel, wodurch die Predigt Christi gegen den Reichthum in Verbindung gebracht wird mit dem heutigen Kommunismus.

Gut gepredigt, Pindter!
Nun — wir haben es niemals geliebt, wenn der

Sozialismus aus agitatorischen Gründen mit dem Christenthum in Verbindung gebracht wurde, da dies nur verwirrend und abschwächend wirken kann. Aber das müssen wir dem Pindter II doch sagen: wir Sozialdemokraten haben, wenn man die christliche Lehre überhaupt ernst nehmen will, doch hundertmal mehr Recht, als die Patrone des Hrn. Pindter II, das Christenthum für uns in Anspruch zu nehmen. Mag das Christenthum auch die Religion der Knechtlichkeit sein, so war es doch unter allen Umständen die Religion der Armen, und richtete seine Spitze gegen die Mammon- und Molochdiener. Wenn wir uns auf das Christenthum beziehen, so kann das schlechter Geschmack sein. Wenn aber unsere Gegner, die alleammt Mammons- und Molochdiener sind, und das goldene Kalb umtanzen, ihre Raub- und Progenwirthschaft, ihren Kultus der schießenden Flinte und des hauenden Säbels auf das Christenthum zurückzuführen, und mit christlichen Federn zu schmücken versuchen, so ist das niederträchtige Heuchelei.

Wieder neue Anarchisten hat der „Reichsbote“ entdeckt. Er schreibt in seiner Nummer vom heutigen Tage: Ueber den bevorstehenden Prozess gegen den Präsidentenmörder Caserio wird aus Lyon berichtet. Bei der heutigen Eröffnung der zweiten Geschworenen-Sitzung hielt der Präsident Brennac eine Ansprache, in der er betonte, daß die Geschworenen den Mörder Caserio abzurufen hätten. Seit der Ermordung Heinrichs IV. im Jahre 1610 sei kein Staatsoberhaupt einem Mörder zum Opfer gefallen, bis 1894 einer der edelsten Söhne Frankreichs von der Hand eines Verbrechers den Todesstoß erhielt. Er hoffe, daß die Geschworenen ihre Pflicht erfüllen und das Verbrechen nach Gebühr bestrafen würden. — Die Hinrichtung Ludwigs XVI. und seiner Familie hat der Präsident an sich selbst vergeffen. Denn was war diese Hinrichtung anders als ein politischer Mord, so gut wie der Mord Caserio's. Er wurde nur nicht von einem einzelnen, sondern von einer Revolutionsbande ausgeführt, die sich Regierung nannte.

Also die Ermordung des Präsidenten der französischen Republik durch einen Anarchisten steht auf ganz gleicher Stufe mit der Aburtheilung eines hoch- und landesverrätherischen Königs durch das höchste Gericht des Landes.

O Stöder, in welches Wespennest hast Du getreten! Und welchen Streich hat Dir Deine unfreiwillige Wahrheitsliebe gespielt!

Vor einigen Tagen war der „Reichsbote“ außer sich über uns, weil wir uns unterstanden, die Hinrichtung eines Menschen einen Mord zu nennen. Und hier thut der „Reichsbote“ dasselbe. Denn ob der Hingerichtete ein König ist oder ein Bettler, das macht keinen wesentlichen Unterschied. Thatsache ist: das Stöderorgan stellt eine legitime, gefehlmäßige Hinrichtung mit einem Mord auf gleiche Stufe und hat das gesetzliche Köpfen — vom Standrechteln reden wir da noch gar nicht — als Anarchismus erkannt. Wir freuen uns des Zugeständnisses und gratuliren — nein London! Herr Stöder. —

Ein Schauspiel für Götter. Daß der französische Antisemit Dumont aus Angst vor dem Anarchisengesez durchgebrannt ist, wissen die Leser. Heut können wir ihnen mittheilen, daß das Berliner „Volk“ das französische Anarchisengesez für „die Rache der Panamisten“ — natürlich bloß der jüdischen — hält, die ihre Gegner „auf die trockene Guillotine“ schicken wollen. Es geht doch nichts über den Humor der Weltgeschichte. —

Für Völlerei und Gaueri, alias für das Korpsstudententum tritt das amtliche Organ der sächsischen Regierung ein, das „Dresdener Journal“. Und das schwagt von Volksverrohung durch die Sozialdemokraten! Immer die alte Umkehrung der Wahrheit! —

Dr. Alexander Meyer, bekannter unter dem Namen Biermeyer, interessiert sich als solcher natürlich sehr lebhaft für den Bierboykott, der ja seine Spezialdomäne betrifft, und als Freund Köfide's und des Köfide'schen Bieres ist er recht böse über den Boykott, obgleich er uns eigentlich dankbar sein sollte, daß wir ihm sein Lieblingsbier nicht wegtrinken. Für die „Breslauer Morgenzeitung“ hat er soeben einen Leitartikel verfaßt, in welchem er meint, das große Publikum, die Mehrheit des Volkes sei über den Boykott sehr ungehalten. Und zwar deshalb, weil sie in ihm einen Vorgeschnack des Zukunftsstaats witterte — mit seinem Zuchtzwang und seinen Bier- und sonstigen

Klopfe des Gefangenen Brust, und mit leuchtenden Augen lehrte er sich, Groll und Kummer vergessend, zu Wallraden, die gerade mit Frau Elsen's Stickeri aus dem Hause trat. — „Dort...“ stammelte er, mit dem Finger durch das Gitter zeigend: „ein Augenblick der Rettung... wer zu dieser Pforte den Schlüssel hätte!“ — Wallrade stand betroffen, dann sagte sie schnell nach dem Schlüsselbunde, schleuderte Frau Elsen's Stickeri in die dunkle Hausflur zurück und lief nach dem Thurne, dessen Pforte sie in einem Nu zuzog und mit dem ihr bekannten Schlüssel sperre. Wie ein entschlossener Held zauberte sie keinen Augenblick, den Schlüssel zu finden, welcher das Gatterthor öffnete, und ein günstiger Engel leitete ihre Hand. Der zweite, mit dem sie versuchte, schloß die Pforte auf. Wilger eilte ihr voraus in den Zwinger: das Schlüsselgebund flog in den Resselbusch am Eingange; des Bildmeisters geübte Hand bemächtigte sich des Schimmels, und hob Wallraden schnell aus dessen Rücken. Trotz der Rutte und der unbehilflichen Holzsohlen sprang er nach, und der Gaul, begriffen von Zungenstich und Rippenstoß, entsezt von der ungewohnten Doppellast, die sich ihm plötzlich aufgeschwungen, tobte wie rasend gegen das Thor, und war schon durch das Gewölb und Brückenbogen, ehe dem nachhabenden aber in die Ferne schauenden Knechte einfiel. „Galt!“ zusufahren. Dieser Ruf kam zu spät, denn schon verloren sich Roß und Flüchtlinge hinter Kieferstämmen und Buschwerk, als erst die im Weiten nach Wechtrams kleiner laufenden Burgleute das Geschrei vernahmen. Der Schimmel verstand seinen gezwungenen Dienst aufs Treffliche, denn er stand nur erst nach einer langen zurückgelegten Strecke still; auf einem Waldplatze, der einsam zwischen hohen Bäumen lag, und auf welchem man nur schwach die Hornstöße vernahm, die von Neufallensteins Warte ertönten. Wallradens Gesicht überflogen, trotz der Ermüdung und Erschütterung, Streiflichter der boshaften Schadenfreude, da sie die Nothdäne vernahm. — „Eine Marx Silbers gäbe ich darum,“ stammelte die fast athemlos im Grase Ruhende, „könnte ich auf jenem Wartthurme Zeuge der Verwirrung der beiden niederträchtigen Weiber sein. O, daß sie den Hals brächen von der Finne herab! Wie wird Wechtram sehen bei seiner Heimkehr! Er ist

imstande und morder die Weiber mit eigener Hand! Süße Ranne der Vergeltung, wenn diese Kunde mein Ohr berührte!“ — „Seid doch nicht unverföhlich und gehässig in der Stunde, da es gilt, den Himmel anzuflehen um völlige Befreiung,“ ermahnte Wilger, sich aufrastend. „Eure ruchlosen Wünsche nöthigen leicht den Engel von uns scheuchen, der unsere allzukühne Fucht bis jetzt beschirmt!“ — Wallrade sah ihn finster an; er überfah es jedoch und drängte zur schleunigen Fortsetzung der Fahrt. — „Wir haben keinen Augenblick zu entmüthigen!“ sprach er heftig: „durch jene Wünsche sehe ich im salben Abendglanz die Heerstraße schimmern. Die Sonne ist fast erloschen und das Dunkel beginnt. Noch lange jedoch sind wir nicht auf befreundetem Boden, und ich fürchte, mit dem Pferde haben wir keine Zeit zu verlieren. Seht, wie es leucht und schmaubt, als ob es dem Herzgespann unterliegen wollte!“ — „Wohlan denn!“ entgegnete Wallrade, aufgeregter von der Möglichkeit, wieder angehalten zu werden, und ließ sich wieder auf des Schimmels Rücken heben: „Kommt und eilt, wenn auch das Thier in der nächsten Stunde zu Schanden gehen sollte!“ — Rasch brachen sie durch auf die Straße, und immer hastiger ging's voran. Der Herr von der Höhe hatte keinen anderen Gedanken, als den der Fucht, und alles übrige vergessend, hielt er mit dem rechten Arme Wallraden umschlungen, während die Linke den Gaul regierte, wie es sich eben mit dem unzulänglichen Jügelriemen thun ließ. Wallrade fand aber unter Gefahr und banger Furcht noch Zeit zum unbescheidenen Scherz. „Ihr thut ja so eifrig und umschlingt mich so fest,“ sprach sie, spöttisch lächelnd zu ihm zurückgewendet, „als wär ich nur erst Euer geliebtes Bräutlein, und nicht Eure verhaßte Ehefrau! Oder vermeint Ihr etwa, mein rascher Mittermann, mich wieder in den Arm zu nehmen, weil Euer wahres Lieb der Sensenmann umfängen?“ Der ungarische Scherz griff eiskalt wie die Hand des Sensenmannes an Wilger's Herz, und von Wallradens schlankem Leibe wich schauernd seine Rechte, und der schwache Zaum entfiel seiner Linken, und alsobald stürzte der Gaul, über Baumwurzeln stolpernd, nieder, um nimmer wieder aufzustehen. Ein Vorderfuß war gebrochen, und auch die leuchtende Brust des Thieres, vom scharfen Ritze längst entzöhnt, war

am Verathmen. — „Euerm Frevel folgt doch gleich der Fluch auf der Ferse!“ zürnte Wilger, und riß Wallraden unansehnlich in die Höhe: „Jetzt mag unsrer eigenen Fähe Kraft uns weiter tragen.“ — „Feiger Mann!“ schalt Wallrade verächtlich entgegen: „Das schreiet Euch? Jeder Weg ist gut, führt er zum Ziele. Mag auch Dorn und Ries meine Sohlen zerreißen, — gleichviel — entgebe ich nur dem schändlichen Wechtram und dem noch schändlicheren Montfort!“ — „Ho! wer denkt hier meiner?“ rief sie ein Mann an, der zu Pferde um die, einen Schritt entfernte Waldecke bog, und Wallradens Knie brachen, denn selbst in der mächtig einbrechenden Dämmerung war des Grafen verwachsene Gestalt, die wie ein Kobold im Sattel saß, nicht zu verkennen. Der bestürzte Wilger ließ die Erbleichende aus seinem Arm, und dies war der Augenblick, in welchem sich der vom Rosse springende Montfort der willkommenen Beute bemächtigte. „Et, was seh ich?“ rief er schadenstroh und überrascht: „Ist das nicht die tugend-same Jungfrau, der ich soeben zu Hofe zu reiten im Begriff bin? Wollte sie mir entgegeneilen, oder hättest Du es gewagt, lästerner Klosternarr, mein Täubchen zu entführen? Fort mit Dir, soll ich mich nicht an Deiner Gläze vergeifen?“ — „Herr Graf!“ entgegnete Wilger trozig: „Ihr werdet nicht so unedel sein, dies Weib auf offener Straße zu rauben, da es mir angehört.“ — „Der Teufel ist hier Graf, und Dir gehört auch nur der Teufel an!“ fuhr ihn Montfort an, indem er die bloße Wehr gegen ihn erhob: „Weiche, verdammter Kuttenträger, und erlöhe Dich nicht, meinen Namen nur auszusprechen, weil er zu edel für Deinen Mund ist.“ — Wallrade machte eine Bewegung, um zu entkommen; des Grafen Arm hielt sie jedoch fest; den vor Horn erglühenden Wilger hielt er mit dem vorgestreckten Schwerte zurück. — „Ich höre Schnauben von Rossen und Stimmen von ferne,“ jammerte die neuerdings Gefangene, die aber die Befonnenheit nicht in dem Grade verlor, um zu vergessen, daß nur dann erst alles verloren war, wenn beide wieder gefangen würden: „Die Verfolger sind's! Weicht der Uebermacht, frommer Vater! Rettet Euer Leben!“

(Fortsetzung folgt.)

Schnüfflern. Die „Bierschnüffler“ scheinen es Herr Meyer ganz besonders angetan zu haben. Und sie hindern ihn doch nicht, Köstebier und „ächtes“ zu trinken, so viel er will — ja, sie zählen ihm nicht einmal die geleerten Seidel und Krüge nach, obgleich dies für die Feststellung des Berliner Bierkonsums entschieden von erheblicher wäre. Also warum dieser Jörn? Herr Dr. Alexander Meyer wird uns erlauben, daß wir gerade aus diesem Jörn auf die eminente Nützlichkeit der „Bierschnüffler“ eine Schlussfolgerung ziehen. Oder meint etwa Herr Dr. Meyer, wir hätten es ruhig hinnehmen sollen, daß sein Köstebier das Ringbier unter Dopsottflagge überall einschmugge? Nein, so dumm sind wir nicht, und eine solche Dummheit darf Herr Meyer uns nicht zumuten. Wir kennen unsere Bappenheimer; und wir sehen ihnen auf die Finger. Wenn sie das für „Zwang“ und „Zuchtstaats“ erklären, je nun, so ist das ihre Sache, obgleich sie das Schimpfen über den Zuchtstaats eigentlich den Spitzbuben überlassen sollten — wir meinen den offiziellen. Ein Vergnügen ist die „Bierschnüfflerei“ nicht, aber der Kampf mit Spitzbuben ist auch kein Vergnügen — und er ist doch notwendig. Und auch der ganze Kampf mit der bürgerlichen Gesellschaft ist kein Vergnügen. Es muß aber sein. Und wenn „die Welt“ des Herrn Dr. Alex. Meyer, die ihm die Mehrheit des Volkes bedeutet, mit uns nicht zufrieden ist, so können wir das um so leichter ertragen, als diese Welt, die sich bekanntlich für „ganz Berlin“ hält, jetzt größtenteils auf Reisen und in der Sommerfrische sich befindet — ohne daß das wirkliche, d. h. das arbeitende Berlin darum eine Lücke bemerkt. —

Gute Nachrichten für die Großkornwucherer. Aus Rußland, wo von unseren frommen Agrariern eine reiche Ernte befürchtet wurde, kommen folgende (der „Vossischen Zeitung“ von uns entnommene) Nachrichten:

Petersburg, 22. Juli. Die letzten zwei Wochen machten dem Samende der russischen Landwirthe über ihre aussichtslose Lage infolge der allzu günstigen Ernte-Aussichten ein jähes Ende. Unhaltende heftige Regengüsse vernichteten das schon reife wie aufkeimende Getreide in den verschiedensten Theilen des Reichs und ungewöhnlich starker Hagel that das übrige. Ein gleiches Schicksal ereilte die Wiesen. Der Saatenstand in diesem Augenblick besetzt die Landwirthe von der Furcht, sie würden nicht die Mittel haben, die diesjährige Ernte einzuharsten. Die Schuld an der verwandelten Sachlage trägt in bedeutendem Maße die üble Gewohnheit, das Ergebniß der Ernte allzu früh zu ziehen.

Also die „allgünstigen Ernte-Aussichten“ sind glücklich in das Gegenteil verwandelt und die Lage der Grundbesitzer dadurch gebessert.

Wir wollen hier nicht den schon oft beleuchteten Widerspruch nochmals beleuchten, daß eine gute Ernte in der heutigen Gesellschaft als ein nationales Unglück betrachtet werden kann. Es genügt uns, die Thatsache wieder einmal festgestellt zu haben.

Im vorliegenden Fall glauben wir aber, daß die Freude unserer christlich-germanischen Großwucherer umsonst gewesen ist, denn haben auch die Saaten in Rußland hier und da gelitten, so sind die allgemeinen Ernte-Aussichten doch so günstig, daß dem Volke sein Brot nicht verteuert werden kann. —

Endlich einmal aufgeräumt mit dem Schwindel des Dowe'schen Panzers. Die „Kreuz-Ztg.“ theilt mit: Berlin, 24. Juli. Durch die Blätter geht eine Notiz, wonach der Dowe'sche Panzer bei Versuchen, die von der Gewehr-Prüfungskommission in Spandau vorgenommen waren, auf 600 Meter glatt durchschossen wurde. Diese Nachricht befähigt lediglich unsere vor mehreren Wochen gebrachte Meldung, daß der Dowe'sche Panzer für militärische Zwecke gänzlich unbrauchbar sei. Wir können dem aber noch hinzufügen, daß der Vertreter des Herrn Dowe, nachdem der erste Panzer durchschossen war, der Gewehr-Prüfungskommission einen zweiten zur Verfügung stellte, der indessen das Schicksal des ersten theilte. Die Justellung eines dritten „ganz sicheren“ ist, trotz Zusage, nicht mehr erfolgt.

Daß eine ernsthafte Probe dieses Ergebnisses haben würde, stand für jeden Vernünftigen von vornherein ebenso fest, wie die Thatsache, daß eine Verwendung des Panzers im Krieg einfach unmöglich gewesen wäre. Der Achtmillimeter läßt sich nicht um seine Deute betrügen. Und erst der kommende Siebenmillimeter! —

In Bulgarien waren am Sonntag Gemeindevahlen. Da die neue Regierung den Wahtrummel ebenso gut versteht wie Stambulow ihn verstand, sind lauter Regierungsfreunde gewählt, worüber auf dem offiziellen Papier der übliche „Jubel im Lande“. —

Das schweizer Anarchistengesetz tritt mit dem heutigen Tage — 25. Juli — in Kraft. In dem Wettrennen um die Palme der anarchisirenden Reaktion hat also die Musterrepublik Teils den Sieg davon getragen. Herr Cassimir Perier ist noch lange nicht am Ziel, und sogar das Crispien'sche Gesetz ist noch nicht vollständig zur Ausführung gelangt. Die Schweizer können stolz sein. —

Eine Komödie zu Ende. Die belgischen Geheimpolitisten, die nach Serbien geschickt wurden, um den dort verhafteten „Anarchisten“ sich zu betrachten, haben erklärt, er sei nicht der „Baron Unger-Sternberg“. — Und wenn er „Unger Sternberg“ wäre, hätten sie ihn erst recht nicht erkannt. —

Die italienischen Sozialisten machen tüchtige Fortschritte. Im Mailänder Gemeinderath z. B. haben sie jetzt die Mehrheit. —

Das „Gesetz angeblich gegen, in Wirklichkeit für die Anarchisten“ hat in Frankreich bereits seine Wirkung gethan: es hat die Kammer in vollständigste Anarchie gebracht. Der Pariser Korrespondent der „Kreuz-Zeitung“ schreibt darüber:

Paris, 22. Juli. Als der tragische Tod Carnot's die im voraus hundertmal besprochene künstliche Präsidentenwahl urplötzlich in eine brennende Frage verwandelte, hatte Dupuy beinahe ebenso viel Chancen wie Cassimir Perier. Wie groß ist der Abstand zwischen diesen beiden Männern seitdem geworden! — Der eine ist, wo nicht, wie verfassungsmäßig, für sieben Jahr, so doch für lange Zeit geboren, der andere ist allen parlamentarischen Stürmen ausgesetzt und sein Ministerium ist, wie selbst mancher Anhänger zugeben muß, fast ein Wack. Bei der Anarchistenvorlage hat es eben dem Dupuy, der im Augenblick, wo die Bombe im Palais Bourbon platzte, tollkühnig ausrief: „Meine Herren, die Sitzung währt fort!“, am Geistesgegenwart gegeben. Alle Welt findet, daß sich die Regierung bei der Vertheilung ihres Gesetzentwurfes doch allzu sehr im Hintergrunde gehalten hat, so daß die fährerlos gewordene Regierungsmehrheit in der Kammer notwendig in einen Sumpf gerathen mußte, den ich nachher noch kennzeichnen

werde. Dupuy hat sich zu lange zurückgehalten, ein überfeiner Diplomat sein wollen, und auf allerlei hinter den Kulissen geforderte Zugeständnisse sich einlassend, der Verschleppungstaktik der Opposition willkommenen Anlaß zu neuen Anträgen gegeben.

Der Widerspruch, der in den Abstimmungen der Kammermehrheit zu Tage tritt, spottet jeder Beschreibung, das Beispiel Penelope's ist in den Schatten gestellt worden. In dem einen Paragraphen wird der anarchisirende „Zweck“ als die conditio sine qua non seiner Anwendung gekennzeichnet, im nächsten heißt es ausdrücklich: „selbst wenn der Zweck kein anarchisirender ist.“ Bei einem solchen Mangel an Folgerichtigkeit darf man sich nicht wundern, wenn selbst Blätter, die Herrn Dupuy sonst näherstehen, ihn ausgeben und, wie die „Debat“, ausrufen: „In keinem Parlaamente irgend eines Landes hat man eine solche Verwirrung erlebt... Um seinen Willen annehmen zu lassen, muß man wissen, was man will...“ In diesem Tone schreiben verschiedene dem Regierungsentwurfe grundsätzlich geneigte Blätter. Freilich muß man auch da wieder hinter die Kulissen blicken. In der parlamentarischen Regierungsmehrheit sitzen viele Panamaleute, Rouvier u. a. m.

Als die Opposition die Regierung nach dieser Richtung hin zu verdächtigen suchte, protestirte Dupuy mit seinem guten Gewissen energisch dagegen, dadurch eine große Zahl seiner Anhänger tief verletzend. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß er ein Opfer seiner Ehrlichkeit und Unhängigkeit, andererseits seiner demokratischen Illusionen wird.

Das „gute Gewissen“ Dupuy's ist gut, und auch seine „Unhängigkeit“ u. s. w.

Thatsache aber ist, daß er im Sumpf steckt und daß das Ministerium, auch wenn es sein „verbrecherisches Gesetz“ noch durchdrückt, aufgehört hat eine „feste Regierung“ zu sein. So viel steht bereits fest: die Anarchistengesetze ist bloß eine kurzlebige Epizode, deren Wirkungen die formelle Annahme des Schandgesetzes kaum überdauern werden. Auf einem Dolch läßt sich ebenso wenig sitzen, wie auf einer Bombe.

Kindisch ist es beiläufig, von gelungenen „Kriegslisten“ der Opposition zu reden. Die Opposition, namentlich die sozialistische Fraktion hat recht geschickt operirt, aber die moralische Niederlage der Regierung ist doch nur die natürliche und notwendige Folge ihrer Unehrlichkeit. Das Gesetz gegen die Anarchisten war eine große Heuchelei — die Urheber desselben dachten gar nicht an die Anarchisten, die ja ihre Jünger und Schützlinge sind — was sie treffen wollten war die Presse: sie wollten ein Knebelgesetz, um jede Opposition mundtot zu machen. Und diese niedrige Jahrmarkts-Komödie konnte in der französischen Kammer, die das vornehmste Theater und Komödienhaus Frankreichs ist, unmöglich glatt verlaufen. —

Western kam es zu einem charakteristischen Skandal mit den Vertretern der Presse, worüber Näheres in den nachfolgenden Telegrammen:

Paris, 24. Juli. Deputirtenkammer. In Fortsetzung der Beratung des Gesetzesentwurfs zur Bekämpfung anarchisirender Umtriebe wurde nach Verwerfung zweier Änderungsanträge der Artikel 4, wonach die Verurtheilten die Strafen in Einzelhaft verbüßen sollen, mit 225 gegen 181 Stimmen angenommen. Bei Beratung von Artikel 5, welcher die Wiedergabe der gerichtlichen Verhandlungen untersagt, weist Denchaux darauf hin, daß die auswärtigen Journale über die Anarchistenprozesse berichten würden. Justizminister Guérin erwidert darauf, die Verläufer dererortigen Blätter würden gerichtlich verfolgt werden. Der Artikel bezwecke die Wiedergabe der Theorien, welche die Anarchisten bei den Verhandlungen vorzulesen pflegten, zu verhindern. Ministerpräsident Dupuy machte darauf aufmerksam, daß der Minister die Befugnis besitzt, fremden Zeitungen den Eintritt nach Frankreich zu verbieten. Doch tritt für die Freiheit der Presse ein. Bei der Zwischenfrage eines Deputirten, warum die Presse eine privilegierte Industrie sein solle, werden von der Journalisten-Tribüne Jurufe laut. Der Präsident der Kammer ordnet hierauf die Räumung der Tribüne an. Die Sitzung wird unterbrochen.

Die Quästur der Kammer schickt die Guiffers ab, welche zunächst die Vertreter der auswärtigen Presse, sodann diejenigen der Departementspresse und schließlich die der Pariser Presse entfernen. Die Journalisten protestiren lebhaft gegen die Maßregel, die sie als ungerechtfertigt bezeichnen, mehrere weigern sich, fortzugehen und werden mit Gewalt entfernt. Die Kammer lehnt die Unterbrechung der Sitzung ab, bald darauf gestattet der Präsident der Presse, die Tribüne wieder zu betreten, die Journalisten machen jedoch von dieser Erlaubnis zum Zwecke des Protestes keinen Gebrauch. De Ramel (Rechte) bekämpft Artikel 5; mehrere Amendements werden abgelehnt. Schließlich wird § 1 des Artikels 5 angenommen, nachdem der Justizminister Guérin erklärt hatte, einer Mittheilung der Urtheile bei Anarchistenprozessen werde nicht entgegenstehen. Hierauf wird die weitere Beratung auf morgen (Mittwoch) Vormittag vertagt. —

Paris, 25. Juli. (Herold-Bureau). Mehrere Journalisten, welche sich durch die von dem Abgeordneten Demozit bei Gelegenheit der Räumung der Journalisten-Tribüne in der gestrigen Kammerung gegen die Vertreter der Presse ausgestoßenen mißliebigen Worte beleidigt fühlten, haben den Abgeordneten gefordert. Der Polizeipräsident der See-Alpen, Demozit, welcher der Kammer-Schlusssitzung beigewohnt und gemeint hatte, alle Journalisten müßten auf sechs Monate eingekerkert werden, wurde von einzelnen Journalisten in seiner Wohnung aufgesucht und zur Rücknahme seiner Verurtheilung veranlaßt. Sämmtliche Journalisten wollen an das Kammerbureau eine Reklamation richten. —

Wieder eine Anarchisten-Razzia in Paris. Gefangen wurden natürlich keine „Anarchisten“, wohl aber der russische Flüchtling Lazareff. Der französische Polizei-Anarchismus hat es bekanntlich speziell auf die russischen Flüchtlinge abgesehen. Es springt dabei ein Donceur von „Väterchen“ heraus. —

Eine bessere Propaganda, als die Debatten über die „verbrecherischen Gesetze“ hätten unsere französischen Genossen sich nicht wünschen können. Die Ehren der Debatten gehören den Sozialisten — das ist das allgemeine Urtheil in Paris. Und nicht bloß die „Ehre“, auch der Vortheil und praktische Nutzen. Es ist das Verhängniß und die Verblendung — beides ist nicht von einander zu trennen — unserer Feinde, daß sie stets für uns arbeiten, und am meisten dann, wenn sie uns „vernichten“ wollen. Die Folge des deutschen Sozialistengesetzes war, daß im Reichstag zehnmal mehr über Sozialismus gesprochen wurde, als sonst der Fall gewesen wäre, und daß die Reichstagstribüne ein förmlicher Lehrstuhl des Sozialismus ward. Ähnlich geht es in Frankreich. Während der Sozialismus vorher die französische Kammer nur ganz sporadisch und ausnahmsweise beschäftigt hatte, nimmt er seit acht Tagen die Tribüne vollständig ein und wird sie noch auf längere Zeit beherrschen. Die letzten acht Tage allein haben für die

sozialistische Propaganda schon weit mehr gethan, als hundert verbrecherische Gesetze auszulösen vermöchten. Und wir können wieder einmal ausrufen: *Vivez nos amis les ennemis!* Es leben unsere Freunde — die Feinde! —

Der Jahreskongreß der „französischen Arbeiterpartei“ hat soeben in Dijon stattgefunden, und nach Erledigung wichtiger Organisationsarbeiten, den Beschluß gefaßt, statt vom Generalstreik zu reden, die Arbeiterorganisationen so zu kräftigen, daß sie auch einen Streik aushalten können. Außerdem wurde eine Resolution zu gunsten der allgemeinen Entwaffnung und der Abschaffung der stehenden Heere gefaßt und zwar einstimmig. Wir werden auf die Verhandlungen zurückkommen. —

Neues Organ. Seit dem 14. Juli hat der französische Sozialismus ein neues Tagesorgan in Bordeaux, den „Peuple“ („Das Volk“), der ähnlich wie die „Petit Republicque“ von Paris die sämmtlichen Fraktionen des Sozialismus vertritt. —

Norwegen. Mit der Personal-Union — die man mit einer Vermuthung vergleicht — hat — zwischen Schweden und Norwegen will es ebensowenig gehen, wie mit anderen Vermuthungen. Die beiden Theile passen nicht zusammen, und ein Theil ärgert den andern. In seiner letzten Session faßte der norwegische Storting (Reichstag) verschiedene Beschlüsse, um den König von Schweden zu ärgern. Jetzt meldet uns ein Telegramm, daß der König von Schweden, um die Norweger zu ärgern, diesen Beschlüssen die Sanktion verweigert hat. So erweitert sich die Klüft, bis endlich die Trennung erfolgen muß. —

Eine neue Republik. Hawaii, oder um verständlicher zu reden, die Sandwich-Inseln haben sich als selbständige Republik konstituirte, nachdem die Vereinigten Staaten die Annexion abgelehnt hatten. —

Die Japanesen sollen schon „im Anmarsch“ gegen die Chinesen sein. Abwarten und Thee trinken. —

Parteinachrichten.

Gegenüber unserer neulichen Meldung, der Offenburger „Volkshfreund“ habe der Abstimmung Dr. Mühl's im badischen Landtage Recht gegeben und diejenige Dreesbach's und Stegmüller's angegriffen, wird uns mitgetheilt, dem sei nicht so. Der „Volkshfreund“ habe seiner der beiden Richtungen Recht gegeben und für die gesplitterte Abstimmung im Landtage die Landtagsfraktion verantwortlich gemacht. Genau so wie der „Volkshfreund“ habe auch, und zwar einstimmig, die Konferenz gehandelt, die am Sonntag in Offenburg über die Angelegenheit zu entscheiden hatte. Ueber den Verlauf dieser Konferenz bringt der „Volkshfreund“ einen längeren Bericht, den wir auszugswise hier wiedergeben:

In der Konferenz hatten 39 der Landesorganisation angehörende Orte 42 Delegirte gesandt. Die 3 Landtagsabgeordneten Dr. Mühl, Dreesbach und Stegmüller waren besonders eingeladen. Die beiden ersten hatten der Einladung Folge geleistet, während Stegmüller — wie in Karlsruhe — auch diesmal fern geblieben war. In einem sieben Quartseiten großen Schreiben suchte er die Gründe darzulegen, weshalb er der Konferenz fern bleibe. Er sei an einem Sonntag in seinem Geschäft nicht abkömmlich, lege aber auch der Konferenz keinen besonderen Werth bei, weil diese nach seiner Meinung eine Nachschicht Mühl-Geht sei. Das letzte Wort (in der Haltung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in der Ordensfrage) werde und müsse der deutsche Parteitag sprechen.

Die Vorberathung wurde mit Prüfung der Mandate, Festsetzung der Tages- und Geschäftsordnung ausgefüllt. Nachmittags halb 2 Uhr wurde dann in die eigentliche Beratung eingetreten.

Adolf Wolf begrüßte die erschienenen Delegirten und Gäste im Namen des Landesvorstandes, und erwähnte sie, der schweren Zeit zu gedenken, in der wir uns befinden. Der heutige Tag sei ein Gedenktag in der Geschichte der badischen Sozialdemokratie; heute soll sie zeigen, ob die drohenden Gefahren, die sich innerhalb der badischen Sozialdemokratie zeigten, überwunden werden könnten. Der Karlsruher Arbeitertag habe den innerhalb der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ausgebrochenen Zwist beigegeben versucht. Es sei ihm nicht gelungen. Heute sei man wieder wegen dieses Zwistes beisammen. Er hoffe nicht, daß man zum dritten Male zusammentreten müsse, um Einigkeit zu schaffen. Die Zeiten seien nicht darnach angethan, daß die Sozialdemokratie in Zwiespalt dahermarschiren könne, dazu seien sie zu ernst. Die Gegner rühten sich, die Sozialdemokratie auf neue zu knebeln. In einer solchen Stunde der Gefahr müßten wir fester denn je zusammenstehen, müßten wir einig sein. „Raffen Sie sich“, schloß der Redner, „heute von diesen Gesichtspunkten leiten; betrachten Sie sich als Vertreter der sozialdemokratischen Partei, nicht als Vertreter von Sondergruppen und beurtheilen Sie die zu entscheidenden Streitfragen vom Standpunkt der Gerechtigkeit und Wahrheit.“

Nach dieser mit Beifall ausgenommenen Begrüßungsrede gab Autenrieth als Kassirer der Landesorganisation einen kurzen Ueberblick über den Stand der Finanzen. Dann erhielt Dr. Mühl laut getroffener Vereinbarung als erster Redner das Wort, um auf Grund des Wacker'schen Kommissionsberichts seinen Standpunkt in der strittigen Ordensfrage darzulegen. Die Quintessenz seiner Ausführungen gipfelte darin, daß er glaube, nach jeder Richtung den Standpunkt der Partei gewahrt zu haben und daß er dabei von seinen beiden Fraktionskollegen in letzter Stunde im Stich gelassen worden sei. Die Ausführungen Mühl's fanden öfteren Beifall und wurden am Schluß lebhaft applaudirt — ein Beweis, daß die Mehrzahl der Delegirten seinen Standpunkt in der Ordensfrage billigte. Mühl's Ausführungen hatten etwas über eine Stunde gewährt; die gleiche Zeit fand Dreesbach zu seiner Rechtfertigung zur Verfügung. Dieser gab Eingang seiner Rede folgende Erklärung ab: Wir haben den Antrag angenommen, daß im ersten Punkt der Verhandlungen der eigentliche Kardinalpunkt (die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Ordensfrage) zur Debatte gezogen wird. Diese Kammerverhandlungen seien aber erst aktuell geworden durch die Ausführungen in der Parteipresse. Es sei daher absolut unmöglich, die Stellung der Parteiorgane in der jetzigen Debatte unberührt zu lassen. Er sei genöthigt, in seinen Ausführungen auch die Presse zu berühren. Wolle man ihm dies nicht gestatten, dann erkläre er, aus Wort zu verzichten.

Diese Erklärung erregte unter den Parteigenossen einigen Unwillen. Der Vorstehende Oppizius aus Frankfurt a. M. gab sich alle Mühe, Dreesbach von diesem Standpunkt abzubringen. Er legte ihm nahe, daß ja später noch über die Presse diskutiert werde und daß der Standpunkt Dreesbach's nicht mit der Parteipolitik im Einklang stehe. Vergeblich! Als die Konferenz durch Beschluß kundgab, daß vorerst nur über die Haltung der Landtagsfraktion gesprochen werden solle, verließ Dreesbach unter Berufung auf seine angegebene Erklärung die Rednertribüne. Es sprachen dann Schähle und Rainbach. Letzterer ersuchte Dreesbach wenigstens auf eine Interpellation zu antworten. Nach längerem Zögern erklärte er sich dazu bereit; und nun hielt Dreesbach eine einstündige Rechtfertigungsrede, die von der Minorität applaudirt wurde. Sie gipfelte im wesentlichen

in der seiner Zeit in der „Volksstimme“ und im „Volksfreund“ abgedruckten Erklärung.

Zur Debatte über diesen Punkt hatten sich etwa 30 Redner gemeldet, die nun der Reihe nach zum Wort kamen. Ihre Ausführungen hier alle anzuführen, würde zu weit führen. Die Mehrzahl der Redner erklärte sich mit Müdts, einige mit Dreesebach's Haltung einverstanden.

Das Ergebnis der Auseinandersetzungen wurde von Willi-Diessenburg in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

Die heutige Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Partei Baden hält das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Kammer bei der Abstimmung über die Zentrumsanträge als nicht geeignet, das Interesse der Partei zu fördern. Die sozialdemokratischen Abgeordneten mußten nach den Beschlüssen des Karlsruher Parteitages bei der Abstimmung einig auftreten. Daß sie dies nicht thaten, war eine Verletzung der sozialdemokratischen Disziplin. Der Zusatzantrag des Abg. Dr. Müdts, betr. die Zulassung der Orden und Missionen war vollständig berechtigt. Die Fraktion hat diesen Antrag zu dem ihrigen gemacht und war somit verpflichtet, die Annahme dieses Antrages unter jeder Bedingung zu ermöglichen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten mußten die sozialdemokratische Auffassung zur Geltung bringen, daß das gleiche Recht Allen unter gleichen Voraussetzungen zukommen soll.

Diese Resolution wurde mit 45 Stimmen angenommen; 7 Delegierte waren inzwischen abgereist und 1 Delegierter stimmte nur dem ersten Teil der Resolution zu.

Dreesebach hatte, wenn wir nicht irren, schon vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde dann das Verhalten Stegmüllers einer scharfen Kritik unterzogen. Die Ausführungen einzelner Oberländer Genossen bezogen sich auf Genüge, daß Stegmüller abolut noch nicht reif für unsere Ideen ist. Besonders heftig griff Müßinger Stegmüller an, am Schluß seiner Ausführungen seine Mandatsniederlegung verlangend. Ein gleicher Antrag lag von Mäler Heidelberg vor. Wolf G e t formulirte diese beiden Anträge nach längerem Debattieren zu folgender Resolution:

Die heutige Parteikonferenz erklärt, daß der Abgeordnete Stegmüller nicht mehr als Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Kammer zu betrachten ist, und macht es den sozialdemokratischen Wahlmännern Vorschlag zur Pflicht, den Abgeordneten Stegmüller zur Niederlegung des Mandats zu bestimmen.

Diese Resolution wurde von allen Delegierten gutgeheißen; Frick, Mannheim und Opfiziuz-Pforzheim enthielten sich der Abstimmung.

Inzwischen war die Zeit so weit vorgeschritten, daß viele Delegierte zur Abreise drängten. Infolge dessen mußten die anderen Gegenstände der Tagesordnung: Agitation und der „Fall Suslof“, von der Tagesordnung abgesetzt werden. Nachdem noch einige Resolutionen von untergeordneter Bedeutung votiert waren, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Dem Vorsitzenden wurde für seine unparteiische Leitung der Verhandlungen der wohlverdiente Dank ausgesprochen.

Von der Agitation. In dem zum Reichstagswahlkreis Baden gehörenden vogtländischen Städtchen Markneukirchen, wo die zur letzten Reichstagswahl noch die Gegner die unbedrängte Herrschaft hatten, konnte jetzt, nachdem Gerisch den Kreis erobert hat, ein Arbeiterverein gegründet werden.

Das reaktionäre Braunschweigische Landtagswahlrecht war Verhandlungsgegenstand zweier Volksversammlungen, die in Eschershausen und Stadoldendorf abgehalten wurden. Broke aus Braunschweig hatte das Referat darüber. Beide Versammlungen zollten seinen Ausführungen Beifall und nahmen einstimmig folgende Resolution an: „In Erwägung, daß durch das bestehende reaktionäre Wahlgesetz zum Braunschweigischen Landtage nur die Interessen der bestehenden Klassen vertreten werden, fordert die Versammlung die Regierung auf, analog dem deutschen Reichstagswahlrecht, die Schaffung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zum Braunschweigischen Landtag anzubahnen.“ Die Versammlungen verpflichteten sich ferner zur strengsten Durchführung des Boykotts, der wegen der Mäßigkeit der organisierten Brauerei-Arbeiter über die Brauereien Braunschweigs verhängt ist.

In Greiz sprach Reichstagsabgeordneter Förster aus Hamburg unter großem Beifall über die Thätigkeit des Reichstags. Der Landtag und die Verfassungsrevision Württemberg war das Thema einer Volksversammlung, die am Sonntag in dem kleinen Orte Abtsgmünd abgehalten wurde. Sie war auch aus Handwerker-, Bauern- und den sogenannten gebildeten Kreisen äußerst zahlreich besucht und der Vortrag des Referenten Agster aus Stuttgart fand so lebhaften Beifall, daß man sagen kann: auch in jener Gegend verlieren die über unsere Partei verbreiteten Lügen allgemach allen Kredit. Der Erfolg der Versammlung ist um so höher zu schätzen, als sie die erste war, die in Abtsgmünd von unserer Partei abgehalten worden ist.

Die „Kölnische Zeitung“ ist sinnlos wüthend über den großen Sieg, den die Sozialdemokratie Frankfurt a. M. bei der Wahl der Arbeitervertreter zur Generalversammlung der Ortskrankenkassen errungen hat. Das erklärt den Unsin, den sich das rheinische Blatt mit folgender Bemerkung leistete: „Viel Unheil haben ja die Genossen bei der Leitung der Ortskrankenkassen gerade noch nicht anrichten können; dazu ist die Zeit noch zu kurz, und andererseits sind ja die Behörden auf dem Posten. Aber Wachsamkeit ist dringend von nöthen; denn wenn die Genossen frei schalten und walten können, dann werden wir sicherlich noch Wunderdinge erleben. Einen Vorgeschmack davon soll man bereits in einigen Ortskrankenkassen, in denen die Genossen die Herrschaft ausüben, bekommen haben.“

Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wo es um die Ortskrankenkassen bedenklich steht, da fehlen Sozialdemokraten in der Verwaltung. Wo sie drin sind, herrscht Ordnung. Wenn das nicht austräfe, hätte die „Kölnische Zeitung“ die in Frage kommenden Ortsklassen längst namhaft gemacht.

In Gera wurde am 15. Juli eine Konferenz der Sozialdemokratie des Wahlkreises Ansbach-Schwabach-Heilsbrunn abgehalten, die aus den Orten Schwabach, Ansbach, Roth, Röhrenbach, Rahmang und Gera-Mühl durch 18 Delegierte besetzt war. Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß fast im ganzen Wahlkreis die Arbeiter sich wenig um Politik und Berufsangelegenheiten kümmern, sondern ihre Zeit und ihr Geld in zahlreichen Vergnügungsvereinen verträdeln. Die Konferenz beschloß deshalb, daß womöglich in jedem Orte eine politische Organisation gegründet werden soll, und weiter empfahl sie, die Wichtigkeit auch der beruflichen Vereinigung voll erkennend, jedem Arbeiter den Beitritt zur Gewerkschaft seines Berufs. In Beziehung auf die Landagitation wurde mitgeteilt, daß die Kundenteile viel zu wenig von den Parteigenossen aufgesucht wurden. Eine erfreuliche Ausnahme macht der Wahlkreis des kleinen Städtchens Roth, der jährlich 120-130 M. für die Landagitation ausgiebt. Die Konferenz legte hierauf zur Ueberwachung der Bewegung eine Agitationskommission für den ganzen Kreis ein, deren Mitglieder von den einzelnen Orten zu wählen sind, wünschte, daß die „Frankl. Tagespost“ den auswärtigen Kreisen hinsichtlich der Veröffentlichung von Artikeln mehr Rechnung trage, unter Umständen durch Ausgabe einer wöchentlich erscheinenden Beilage, und wählte den Parteigenossen R a u s n i s h aus Schwabach zum Delegierten für den Frankfurter Parteitag.

Ein bewegliches Nagelied stimmt der „Anzeiger“ des nassauischen Städtchens Cronberg an. Man höre: „Warum der Herr Regierungs-Präsident v. Zepver-Baski selbst zur persön-

lichen Einführung des neuen Bürgermeisters in Königlein erschienen war, hat der hohe Beamte bei dem Akt folgendermaßen erklärt: Es bewegen ihn hierzu 1. die politischen, 2. die kommunalen und sozialen Verhältnisse in Königlein. Besonders auf die erstgenannten Verhältnisse anspielend, war es für den ersten Vertreter der Staatsregierung eine sehr betrieblende Erscheinung, daß gerade Königlein bei der letzten Reichstagswahl eine verhältnismäßig so große Zahl sozialdemokratischer Stimmen aufzuweisen hatte. Er habe nun zwar in letzter Zeit gehört, daß diese Stimmen von anderen Parteien theils aus Mißvergnügen, theils aus Unzufriedenheit über die obwaltenden Verhältnisse abgegeben wurden, doch bezeichnet er dies als einen großen Fehler. Denn gerade die Stimmen Königleins und Cambergs hätten bewirkt, daß der erste Nassauische Wahlkreis einen sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag besäße. Doch sei nun dieses einmal geschehen und gebe er sich der Hoffnung hin, daß auch in dieser Beziehung hier Wandel geschehe.“

Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse werden im Verein mit der ausläurenden Thätigkeit unserer nassauischen Parteigenossen dafür sorgen, daß die Hoffnung des Herrn Regierungspräsidenten unerfüllt bleibt.

Für eine höchst kreditfähige Partei wird die Sozialdemokratie von der „Reinischen Landes-Zeitung“, der „Hofer Morgenzeitung“ und Blättern ähnlichen Schlages unbewußt insofern erklärt, als diese Zeitungen die Bände verbreiten, von den sozialdemokratischen „Führern“ bezogen 10 je 10 000, 50 je 5000, 500 je 3000 M. Gehalt.

Zur Beachtung! Der Vertrauensmann des Landkreises Köln macht den Parteigenossen hiermit bekannt, daß in Köln folgende Legitimationen, alle auf den Namen **Bernard Bad Laurent**, entwendet worden sind: Mitgliedskarte des Sozialdemokratischen Vereins in Köln, Mitgliedsbuch des Leses- und Diskussionsclubs „Vorwärts“ in Köln, Verbandsbuch von dem Verbands der Porzellan- und verwandter Arbeiter, eine Parteilegitimation der Ungarischen sozialdemokratischen Partei und eine Legitimationskarte des Landkreises Köln. Die Parteigenossen allerorten werden für den Fall, daß ihnen diese Legitimationen vorgezeigt werden, um deren Einbehaltung gebeten, und die Parteipresse wird um Abdruck des vorstehenden ersucht.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— In Eisenach verbot der großherzogliche Direktor des 3. Verwaltungsbezirks, i. V. Strang, eine Partei-Versammlung wegen zu befürchtender dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Als Tagesordnung der Versammlung waren die Punkte angeführt: 1. Landtagswahlen in Weimar; 2. Stellungnahme zum Thüringer Parteitag in Erfurt; 3. Verchiedenes. Das „Eisenacher Volksblatt“ sagt darüber: „Selbstverständlich ist Beschwerde eingereicht und selbstverständlich wird nach allen früheren Erfahrungen dies unverzüglich Verbot von oben herunter gutgehen werden. Mit anderen Worten, wir sind rechtlos, wir sind auch ohne Ausnahmengesetz vogelfrei. . . . Das sind Zustände, wie sie in den deutschen Ländern, selbst Sachsen und Mecklenburg nicht ausgenommen, nicht wieder existieren.“

— Bisher galt in Oesterreich die Vorschrift, daß politische Versammlungen drei Tage vor ihrer Abhaltung bei der Polizei anzumelden seien, und kein Mensch zweifelte daran, daß zwischen dem Zeitpunkt der Anmeldung und dem der Abhaltung der Versammlung nicht mehr als 3mal 24 Stunden zu liegen brauchten. Der Bezirksassessor v. Kohlenegg in Sternberg in Mähren hat aber herausbekommen, daß der Tag der Anmeldung und der der Abhaltung hierbei nicht mit gerechnet werden dürfen, die Anmeldung also, nach gewöhnlichem Volksverstande, fünf Tage vor der Abhaltung zu geschehen hat. Er brachte nämlich einen Grund, um eine Volksversammlung zu verhindern; da er keinen anderen fand, legte er das Gesetz so aus, wie es ihm paßte.

Soziale Ueberlicht.

Ein ungeheuerliches Vorkommniß, das die Nothwendigkeit der Wahl von Arbeitern in die Gemeindevereinigungen wieder augenfällig zeigt, bringt der „Bromberger Unparteiische“ zur Kenntnis weiterer Kreise. In einer der letzten Sitzungen der Stadtorordneten Bromberg begründete der Oberbürgermeister die Nothwendigkeit einer Aenderung an den Kühlanlagen der städtischen Gasanstalt mit folgender Mittheilung. Es war im Winter, die Gasanstalt arbeitete mit Hochdruck, als der Oberbürgermeister, Deputirter der Gasanstalt, deren Kühlraum betrat; er war nicht wenig erschauert, überall dort, wo die Kühlrohre (am oberen Ende) einen Verschleiß haben, auf denselben je einen Mann sitzen zu sehen — in Reich und Glied wie die Hüchner auf der Leiter.“ Nach dem Grund ihres eigenthümlichen Beginneß befragt, gaben die Arbeiter dahin Auskunft, sie wollten durch ihr Körpergewicht die Verschleiße beschweren, damit diese durch das hindurchströmende Gas nicht gesprengt würden. Unter solchen Umständen kann — sagt der „Unparteiische“ — allerdings mit den vorzunehmenden Aenderungen nicht gegögert werden, denn, bemerkte damals Stadt. Altmann sehr richtig, es ist nicht zu verlangen, daß die Gasanstalts-Arbeiter mit den Rohr-Verschleißern sich noch in die Luft sprengen lassen!

Sähen im Bromberger Stadtorordneten-Kollegium Arbeiter, so hätte man sich schon gebäht, die Betriebsverhältnisse der Gasanstalt so lange, wie geschehen, in primitivem Zustande zu lassen.

Im 1893er Jahresbericht des Gewerbe-Inspektors für Gera lesen wir:

Ein interessanter Beitrag zur sozialdemokratischen Taktik liefert nachstehende partielle Streikbewegung, welche sich auf 40 dem polygraphischen Gewerbe angehörige Arbeiter und Arbeiterinnen erstreckte und einen vollen Monat anhielt, trotzdem mehrere große Aufträge mit hoher Konventionalsrate vorlagen. In einer größeren lithographischen Anstalt in Frankfurt a. M. war um die Mitte des vorigen Jahres ein partieller Streik ausgebrochen. Die betreffende Firma wandte sich daher mit großen Aufträgen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an eine hiesige größere Firma. Die ausgezeichnete Berliner Zeitung war jedoch sehr bald orientirt und vermittelte diesen Plan, indem sie über die hiesige Firma die Sperre verhängte. Dies Veriaßren soll nicht nur der Streiklasse für die Zeitung 1800 M., sondern auch noch die reduzirten Löhne der Lithographen und Drucker, denen sich auch die Zeichner angeschlossen hatten, gekostet haben. Alle Bemühungen und Versprechungen seitens des hiesigen Geschäftes mußten bei den Arbeitern erfolglos bleiben, denn nicht nur die Straßenzugänge, sondern auch der Bahnhof war mit Spähern besetzt. Die Aufträge häuften sich und der hiesige Chef sah sich veranlaßt, sich persönlich an die Berliner Parteileitung zu wenden, auch hier bald kein Bemühen. Für Geldgeschenk ließ man sich wohl herbei, Verpfechtungen zu machen, hielt jedoch keine derselben. Geradezu überrascht war aber unser Fabrikant als man ihm in Berlin sagte, daß man daselbst ganz genau die Zeit seiner Abfahrt von Gera gewußt habe. Wahrscheinlich solche Organisation ist doch einer besseren Sache würdig. Der hiesige Fabrikant war also trotz der großen halbferfertigten Aufträge nicht nur ganz hilflos, sondern auch machtlos, denn man gab ihm sogar zu verstehen, daß spätere Entlassungen der betreffenden Arbeiter als Maßregelungen angesehen würden und die Sperre sich nur dadurch wiederholen könnte. So werden inmitten eines strotzenden Reichthums durch einen einzigen Arbeitsmangel und Hungerlöhne künstlich erzeugt!

Was der Fabrikinspektor von der Vetheiligung der Partei und der Parteileitung an der Streikpolitik sagt, gebt:

selbstverständlich dem Reiche der Mythe an. Wenn er aber damit sagen will, daß die Sozialdemokratie die Sinne der Arbeiter so scharf, daß diese in ihren Gewerkschaften beim Kampf mit dem Unternehmertum ihre Interessen ausgezeichnet wahrzunehmen verstehen, so wollen wir das Lob, das er unserer Partei zollt, recht gern akzeptiren.

Die Kosten des amerikanischen Kohlenarbeiter-Streiks. Der Generalstreik der „Miners Association“ begann am 23. April dieses Jahres und dauerte ohne Unterbrechung bis Mitte Juni. Mit wenigen Ausnahmen sind sämtliche Reichthümerfelder von dem Streik betroffen worden. Das Streikterritorium umfaßte die Staaten Virginia, Westvirginia, den westlichen Theil von Pennsylvania, Ohio, Illinois, Indiana, Iowa und Theile der Staaten Missouri und Kentucky. Von konservativer Seite wird die Zahl der streikenden Grubenarbeiter auf 200 000 Mann geschätzt, die im Durchschnitte per Mann und Tag 1,50 Sh. verdienen. Der Verlust der Ausländigen an Löhnen beläuft sich dabei für die achtwöchige Dauer des Ausstandes auf 18 500 000 Schilling. Zu bemerken ist aber, daß auch die betreffenden Grubenbesitzer im selben Zeitraum schwere Verluste erlitten haben. Nimmt man an, daß die Kohlenproduktion in den letzten Jahren ohne den Streik die durchschnittliche Höhe erreicht hätte, so ergiebt sich, daß annähernd 7 500 000 Tonnen in der Erde blieben, die gefördert worden wären.

Da nun die Grubenbesitzer einen Reingewinn von mindestens 10 Cent pro Tonne erzielen, so beläuft sich ihr Verlust allein an Reingewinn auf rund 750 000 Sh., hierzu muß noch der Verlust durch Zerstörung von Maschinen und Gebäuden gerechnet werden. Bedeutend höher als die Verluste der Kohlengrubenbesitzer, ja geradezu unberechenbar sind die Verluste der Eigenthümer und der Arbeiter der verschiedenen Fabriken und sonstigen Etablissements, die in Folge Mangel an Kohlen gezwungen waren, den Betrieb einzustellen, und jene der Eisenbahnen, die sowohl durch den Ausfall der Kohlenfracht wie durch den gezwungenen Konsum der theuren Hartkohle schwer geschädigt worden sind. Diese Zahlen vervollständigen jedoch keineswegs die Verlustliste. Es ist noch zu bedenken, daß von den 200 000 Arbeitern eine Menge Geschäftsleute lebten, deren Einnahmen sich natürlich verringerten, da ihre Stunden nicht verdienten. Wenn auch die Arbeiter, in der Hoffnung auf eine günstige Wendung des Streiks, von den Geschäftsleuten Kredit erhielten, so sanken sie doch ihre Aufgabens wesentlich ein. Der durch den Ausstand verursachte Schaden erreicht dadurch eine enorme Höhe. Alles in allem genommen mag der Gesamtverlust während der achtwöchentlichen Dauer des Generalstreiks der Kohlenarbeiter nicht unter 20 000 000 Sh. betragen.

Gewerkschaftliches.

Die Brüder Vätergehilfen haben an die Vätergehilfen folgende Forderungen gestellt: 1. Zehnjährigen Normalarbeits- tag mit zweistündiger Ruhepause, 2. Abschaffung der Verlöstung des Arbeiters beim Unternehmer gegen Ersatz von 5,80 fl. pro Woche, nämlich an Wochentagen 80 kr. Taglohn, an Sonn- und Feiertagen 1 fl. und freies Brot und Gebäck, 3. Sonntagruhe von 8 Uhr früh bis 12 Uhr Nachts, 4. Einführung einer Arbeitsordnung, 5. Einführung einer getreulichen Arbeitsvermittlung, 6. Arbeitslohn: Gehilfen nach der Auslese 5 fl., Vorberarbeiter 6,50 fl., Schwärzmischer 7,50 fl., Einschleier und Wischer 12 fl. Wochenlohn, ausschließlich der Kost, 7. der Lohn muß am Sonnabend ausgezahlt werden, 8. Mehrlohntraggeld wird mit 5 kr., das Ausbleiben gleichfalls mit 5 kr. pro Tag festgesetzt, 9. am ersten Feiertag zu Weihnachten, Oftern und Pfingsten, sowie am Neujahrstage vollständige Arbeiterruhe, 10. vollständige Arbeiterruhe am 1. Mai, 11. strenges Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter (unter 16 Jahren) zur Nacharbeit und zum Austragen des Gebäcks. Wenn die Vätergehilfen sich auf diese Forderungen nicht einlassen — ihre Antwort wurde bis zum 24. Juli gewünscht — so wollen die Vätergehilfen die Arbeit niederlegen. Die Forderungen sind außer der Gewerbebehörde auch der mährischen Statthalterei unter Beifügung einer Begründung mitgeteilt worden.

In Chemnitz ist die Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands aufgelöst worden. Grund: Verstoß gegen das Vereinsgesetz.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Damburg, 25. Juli. In der Restruhe in Sankt-Georg stürzte in der letzten Nacht ein vierstöckiger Neubau ein. Es wurde Niemand verletzt. Die Straße ist durch Trümmer gesperrt.

Christiania, 25. Juli. Die Session des Storting wurde heute geschlossen. Vor Schluß der letzten Sitzung wählte das Storting die Mitglieder der Kommission, welche die Bewaffung der Armee und der Flotte beschließen soll.

Kopenhagen, 25. Juli. Der Justizminister erließ heute eine sofort in Kraft tretende Verfügung, wonach die am 19. resp. 21. Juli angeordneten Maßnahmen, welche für die aus Danzig eintreffenden Personen und Güter fünfjährige ärztliche Beobachtung bezw. Desinfektion vorschreiben, auf alle in Westpreußen gelegenen Häfen erstreckt werden.

Paris, 25. Juli. Die Deputirtenkammer lehnte in der Vermittlungssitzung alle Amendements zu Artikel V des Anarchistengesetzes ab und nahm Artikel V mit 314 gegen 147 Stimmen an. Ein Zwischenfall kam nicht vor.

London, 25. Juli. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Tientsin wird in den amtlichen chinesischen Kreisen dem Zusammenstoß zwischen den koreanischen und japanischen Truppen in Süal keine große Bedeutung beigelegt; man glaubt, daß der Zusammenstoß keine weitere Feindseligkeiten nach sich ziehen werde.

Sofia, 25. Juli. Der bulgarische Journalisten- und Schriftsteller-Kongreß wurde gestern hier eröffnet. Demselben wohnten 180 Mitglieder und viele andere Persönlichkeiten, darunter die Minister Tomtschew und Hadzeflawow bei. Letzterer verlas ein Telegramm des Prinzen Ferdinand aus Karlsbad, in welchem der Kongreß bezeugt und der Wunsch ausgesprochen wird, daß die bulgarische Presse weiter fortschreiten möge.

(Telexen des Bureau Herald.)

Vonn, 25. Juli. Infolge von vielfachen bei dem Begräbnis des altkatholischen Professors Dreißig vorgelassenen Anheftungen an hat der akademische Senat den Senatoren der sechs katholischen Studenten-Korporationen eine offizielle Rüge mit der Maßgabe ertheilt, daß bei Wiederholung von derartigen Vorfällen sämtliche Korporationen aufgelöst werden würden. Die Angelegenheit ruht hier das peinliche Aufsehen hervor.

Heidelberg, 25. Juli. Bei einem Hiesigen, heute um 4 1/2 Uhr Vormittags zum Felddienst ausgerückten, gegen 11 1/2 Uhr zurückgekehrten Bataillon erlitten 35 Soldaten auf dem Marsch den Siphylis. Mehrere derselben sollen gestorben sein.

Wien, 25. Juli. Wie die „Pol. Korr.“ aus Petersburg meldet, ist dort die Cholera in beständiger Zunahme. Die Seuche breitet sich bereits im Lager von Krasnojarsk aus und beginnt sich nach Sibirien auszubreiten.

Yemba, 25. Juli. Im Bezirk Faleksygrski gewinnt die Cholera immer größere Ausdehnung. Der Grenzverkehr bei Tauste ist vollständig inhibirt worden.

Luxemburg, 25. Juli. Seit dem Epener Attentat wanderten viele Familien aus den östlichen Departements Frankreichs hier ein, darunter in größter Armut lebende Leute. Einzelne verdächtige Personen, auch einige Deutsche, wurden angewiesen, das Großherzogthum zu verlassen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Einigungsversuche vor dem Gewerbegericht sind an dem Widerstande des Bier-Ringes gescheitert. Der barbarische Akt des kapitalistischen Uebermuths, die unerhörte Maßregelung der völlig schuldlosen Brauereiarbeiter ist nicht zurückgenommen worden.

Die Berliner Arbeiterschaft hat den Bierproben die einzig mögliche Antwort ertheilt.

In zweiunddreißig großen Volksversammlungen ist der Bierboycott auf sämtliche Ringbrauereien ausgedehnt worden.

Arbeiter! Parteigenossen! Eure Ehrenpflicht ist es, nicht zu dulden, daß Hunderte von Klassengenossen der Unternehmer-Willkür zum Opfer fallen, daß der Brauerling in brutalster Weise seine ökonomische Macht mißbraucht.

Zum Kampfe gedrängt wird die Arbeiterschaft Berlins ihre gerechte Sache mit aller Energie führen und mit rücksichtsloser Entschlossenheit diejenigen Mittel anwenden, welche den Sieg verbürgen.

Arbeiter! Parteigenossen! Sorgt dafür, daß nirgends Ringbier getrunken wird. In keinem Hause, in keiner Werkstätte, bei keinem Ausfluge darf ein Tropfen Boykottbier getrunken werden.

Alle Feste und Vergnügungen in Lokalen, in denen nur Ringbier geschänkt wird, sind zu unterlassen; alle etwa bereits getroffenen Verabredungen rückgängig zu machen.

Den Gastwirthen muß klar gemacht werden, daß sie zu wählen haben zwischen der Kundtschaft der Arbeiter und der Gunst der Bierproben. Wir wollen jede Schädigung der Gastwirthe vermeiden, indem wir dieselben auffordern, sich Bier aus boykottfreien Berliner oder auswärtigen Brauereien anzuschaffen, dann werden die Arbeiter nach wie vor bei ihnen verkehren.

Weder Maßregelungen noch Saalsperre scheiden uns; wir kennen keine Furcht und wissen, daß an der Solidarität der Arbeiter das Unterfangen des Brauerlings scheitern wird. Mit unbenglicher Entschlossenheit halten wir den

Boycott über sämtliche Ringbrauereien

so lange aufrecht, bis unsere gerechten Forderungen erfüllt sind.

Arbeiter Berlins, thut Eure Pflicht, meidet das Ringbier und die Lokale, in denen Euch Boykottbier vorgesetzt wird.

Und auch Ihr, Arbeiter und Parteigenossen in Deutschland, helft uns, indem Ihr kein Bier aus den boykottirten Brauereien Berlins trinkt.

Der Boycott, dessen Ende nicht abzusehen, ist den Berliner Arbeitern durch einen Akt unerhörter Brutalität aufgezwungen. Wir appelliren an das Ehrgefühl aller Klassenbewußten Arbeiter und wissen, daß ihre Solidarität sich stärker erweisen wird als die Zufallsbeinigkeit des dividendenlüsternen Unternehmerrthums.

Vorwärts, Arbeiter und Parteigenossen! Trinkt kein Boykottbier! Meidet die Lokale in denen Ringbier ausgeschänkt wird! Kauft kein Flaschenbier, welches aus Ringbrauereien stammt. Leichter empfehlen wir besonders den Frauen zur Beachtung.

Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Die Boykottkommission.

Boycottfreies Bier liefern:

Brauerei Carlöberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.

Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.

Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.

Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.

Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.

Brauerei Muggelschloßchen, Friedrichshagen.

Nordstern-Brauerei, Berlin.

Brauerei in Wusterhausen.

Exportbrauerei Rathenow, Niederlage bei Mag. Dennhardt, N.W., Hannoversche Straße 18a.

Bürgerliches Brauhaus, Dresden.

Schloßbrauerei, Fürstentum.

Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.

Gustav Spickermann, Weberstraße 66, Niederlage des Bürgerlichen Brauhauses Luckenwalde.

Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.

Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Renter, Söwinminderstr. 45.

Brauerei Tivoli, Straußberg, Niederlage Stabernack, Mühlenstraße.

Lokales.

Die Lokalkommission von Reinickendorf und Umgebung giebt bekannt, daß der Gastwirth Jwert (früher Schmal) in Hohen-Neuendorf an der Nordbahn Schultheißbier auschänkt. Das Schützenhaus Birkenwerder ist von der Lokalliste zu streichen, da der jetzige Wirth den Saal verweigert. Dagegen ist Paradiesgarten (Gastwirth Burmeister) frei.

Von der Lokalkommission Briß wird mitgetheilt, daß dort kein Lokal mehr zu haben ist, da auch Galdner den Saal zurückgezogen.

Die Lokalkommission von Schöneberg erklärt es als nicht der Wahrheit entsprechend, daß der Gastwirth Hermann, Golzstr. 12, boykottfreies Bier auschänke, wie er in seinem Inserat unserer Sonntagsnummer behauptet, sondern daß derselbe vielmehr noch am Sonnabend Bier aus der Norddeutschen Brauerei empfangen habe.

In Groß-Lichterfelde haben die Inhaber des Brauerei-Auschanke im Phönix-Park, die Herren Hoffmann und Sohn, geeignete Räume zu Versammlungen u. s. w. zur Verfügung gestellt. Der Phönix-Park befindet sich dicht an der Anhalter Bahn und ist vom Bahnhof in 10 Minuten zu erreichen. Wir weisen wiederholt darauf hin, daß andere Säle zu unseren Versammlungen nicht vorhanden sind. Boykottfreies Bier führen außer Phönix-Park: Albert Schlüter, Berlin, Wilhelmstr. 33; F. Scheide, Karlsruher; Lahn, Neue Dorfstraße; H. König, Heinersdorferstr. 15.

Die Lokal-Kommission.
W. Wölkel, Ferdinandstr. 10.

Die Bierfabrikanten, die angeblich von der Wirkung des Bierboycotts nichts verspüren, wünschen ihre Kollegen von den anderen Industrien an, dafür zu sorgen, daß nicht alles Ringbier weggeschossen werden muß. Die Solidarität des Unternehmerrthums ist angerufen worden, und zu Ehren Sankt Rösides' und seiner Knappen verfügen einige dienstfertige Werkstättenbesitzer, daß die ihrer Obhut unterstellten Arbeiter Boykottbier konsumiren sollen. Es scheint, als ob diese Bevormundung der Arbeiter systematisch betrieben wird, und es wird nöthig sein, den freiwilligen Kommisaren des Bierkönigs höflich, aber recht bestimmt, klar zu machen, daß die Arbeiter nicht geneigt sind, sich darüber Vorschriften machen zu lassen, in welcher Weise sie ihr saures verdientes Geld zu verwenden haben.

Für Ringbier haben die Arbeiter Berlins jetzt keine Verwendung und jeder Versuch, die Arbeiter zum Konsum boykottirten Bieres zu veranlassen, muß daher energisch zurückgewiesen werden.

„Die Herren im eigenen Hause.“ Die heutigen Tagesblätter wissen von einer kühnen That zu berichten, welche die Herren Saalverweigerer vollführt; freilich bleibt's vorläufig — Zukunftsmusik. Die erweiterte Kommission der Saal-

besitzer hat ihre Arbeiten beendet und soll demnächst den Statutenentwurf unterbreiten. Nach diesem kann jeder Gastwirth Mitglied des Vereins werden, der zugleich Saalbesitzer ist. Die Mitgliedschaft wird aber erst dann verliehen, wenn der Bewerber durch eigenhändige Unterschrift sich zur Innehaltung der in den Statuten und Verträgen festgesetzten Bestimmungen verpflichtet hat. Die Brauereien, die Säle besitzen und für Mitglieder des Vereins Bier liefern, sollen verpflichtet werden, dem Verein beizutreten und den Beitritt auch ihren Pächtern und Delonomen dazu vorzuschreiben. Ueber den Verlust der Mitgliedschaft soll ein Ehrengericht entscheiden. Sie soll unter anderem verloren gehen, sobald ein Mitglied die Bestimmungen des Statuts und des diesem beigegebenen Vertrages verlegt, also z. B. seinen Saal billiger hergiebt, als in dem Vertrage vorgesehen ist. Mit der Mitgliedschaft sollen nicht nur alle Ansprüche an den Verein erlöschen, sondern der Ausgeschlossene soll auch noch eine Konventionalstrafe bezahlen, deren Festsetzung innerhalb der Grenzen von 100—1000 M. in jedem Falle dem Ehrengericht vorbehalten bleiben soll. Das Vereinsvermögen wird gebildet aus den Einschreibegeldern, den Beiträgen, den Strafgeldern und sonstigen Zuwendungen. Das Vermögen soll in der Hauptsache zu Entschädigungen bei öffentlichen und stillschweigenden Verurtheilungen verwendet werden.

Das klingt ja alles recht schön, aber woher sollen die Geplagten, deren größter Theil heute schon nur von den Brauerherren Gnade abhängen, die 1000 M. Strafe hernehmen? Weicht aber niemand den Kontrakt und zahlt niemand Konventionalstrafe, so ist ewiger Dassel in der Vereinskasse. — Furchtbar ins Gericht wird man mit den Sozialdemokraten gehen, denen es einfallen sollte, künstlich ein Fest zu veranstalten. Der Entwurf eines Vertrages, der mit den Veranhaltern von Vergnügungen und Versammlungen jedesmal abgeschlossen werden soll, enthält unter anderem folgende Bestimmungen: Die Veranstalter müssen schriftlich erklären, daß sie Vorstand oder Beauftragte dieses oder jenes Vereins sind oder für sich selbst handeln, sie müssen dem Saalbesitzer eventuell mindestens sechs Tage vor der Veranstaltung die polizeiliche Genehmigung mit Angabe des Programms und der Tagesordnung ausbändigen. Stellt sich während der Veranstaltung heraus, daß der Saalbesitzer über ihren Zweck getäuscht worden ist, so steht ihm das Recht zu, den Saal sofort räumen zu lassen, ohne daß er verpflichtet ist, die für Licht, Heizung u. s. w. bezahlten Beträge zurückzugeben.

Wie wird sich Herr v. Richthofen über diese Korrektur des Vereinsgesetzes freuen. Hoffentlich wird den Wirthen auch Unterricht ertheilt in Nationalökonomie u. s. w., (Schaden könnte es ihnen nicht. Ann. des Seherlehrlings) damit sie in der Lage sind, fest zu stellen, ob die Redner von der Tagesordnung abweichen, ob sie also „getäuscht“ worden sind. Die polizeiliche Bewachung der Versammlungen dürfte dann überflüssig sein.

Alle Feinden der geplagten Gastwirthe haben nun ihr Ende, das goldene Zeitalter der Saalbesitzer fängt an. O, wie werden sie die vermehrte Sozialdemokratie zuebeln, die es wagten, in den Festhalten der Großbubler als Herren sich zu fühlen. Jeder Zoll des gemeinten Bodens, den die profanen Häber der Arbeiter betreten, muß vertheuert, muß theuer bezahlt werden. Die Kommission hat auch bereits die Summe genau festgesetzt, für welche die Saalbesitzer „eventuell“ geneigt sind, ihren Saal doch wieder an ihre „Unterdrücker“ abzugeben.

Für Licht soll pro Stunde auf den Quadratmeter Flächenraum des Saales mindestens 1/2 Pfennig gezahlt werden und „eventuell“ ebensoviel für Heizung. Die Saalbesitzer verpflichten sich ferner, bei allen Vergnügungen Garderobengeld zu erheben, und zwar pro Person 20 Pf., während der Maskezeit 25 Pf. Die Preise für Getränke werden dahin geregelt, daß allgemein für 1/10 Literisch Bier 15 Pf. und für Kasse mit Kuchen 50 Pf. genommen werden. Alle Waaren, Gebrauchs- und Verbrauchsartikel müssen während des Vergnügens von dem Wirth entnommen werden; werden sie etwa von den Vereinsmitgliedern oder Gästen gestellt, so hat der betreffende Verein dem Saalbesitzer eine Entschädigung zu zahlen, der Saalbesitzer hat aber auch das Recht, in einem solchen Falle sofort den Saal räumen zu lassen. — Wehe also, wenn etwa eine Stulle auf der Bildfläche erscheint, der Gas würde sofort abgedreht werden.

Auch in Bezug auf die Musiker und Kellerer wollen die Saalbesitzer wieder „Herr im eigenen Hause“ sein. Sie wollen die Ausbeutung der Musiker, Kellerer, Tanzmeister unbeschränkt ausüben. Wahrhaft deraufschend wird diese wunderbare Jacobin'sche Melodie auf die braven Saalverweigerer wirken; warum sollten sie nicht, die jetzt über so viel Zeit verfügen, sich durch so liebliche Träume über die Dede ihrer Säle hinweg trösten? Gönnen wir ihnen also das billige Vergnügen. —

Der Bierling, gez. Hoppoldt und Rösike, versendet einen Bericht über die Verhandlungen vom 5. Juli 1894 auf dem Gewerbegericht, betreffend den Berliner Bierboycott. Sehr bezeichnend für die Auffassung der Bierfabrikanten ist die in dem Bericht enthaltene Äußerung des Herrn Rösike, wonach die Herstellung des status quo ante — d. h. die Wiederherstellung der vor dem Boycott in den Brauereien geltend gewesenen Einrichtungen — eine Niederlage des Ringes bedeuten würde. So lautete die Äußerung des Herrn Rösike mündlich, während der Bericht dieselbe etwas umschreibt. Also die Wiederherstellung des alten Zustandes bedeutet eine Niederlage der Bierproben. Ja warum denn Herr Rösike? Dann hatten wir also doch Recht, als wir behaupteten, die Rösike und Konforten haben in freventlichem Uebermuth den Bierkrieg nur herausbeschworen, um der verhassten Organisation der Brauer ein auszuweichen. Die Barbarei der Doppelbegünstigung sollte in der Arbeiterschaft Berlins einen panischen Schrecken erregen und unter der Wirkung dieses Schreckens sollte der Arbeitsnachweis der Brauer sofort eskamotirt werden.

Das war's! Wir danken Herrn Rösike für sein Zugeständniß, denn, indem er die Herstellung des alten Zustandes für eine Niederlage des Ringes erklärt, giebt er zu, daß sein Verein den Bierboycott in Berlin provoziert hat und daß die brutale Maßregelung von Hunderten von Brauereiarbeitern geschehen ist, weil der vor dem Boycott bestehende Zustand die Bierproben in ihrer Selbstherrlichkeit etwas genirt hat. Wir können nur wünschen, daß der Hoppoldt-Rösike'sche Bericht recht weite Verbreitung findet, denn selbst aus dieser zu Gunsten des Brauerierrechts geübten Darstellung der Verhandlungen geht deutlich hervor, daß der Hochmuth der Brauerherren eine Verhöhnung unmöglich gemacht hat. Die Rösike's aller Art werden lernen müssen, daß die Arbeiter Berlins sich nicht zum Spielball kapitalistischer Paune und Willkür machen lassen. Wenn Herr Rösike auch noch so stolz thut, wir wollen abwarten, wer es länger aushält, die um den Profitverlust jammernde Bierling-Alique oder das um das Banner der Solidarität geschaarte Proletariat Berlins.

Aus sittlichen, hygienischen und patriotischen Gründen, aus anderen Motiven „niemals nicht“, eifern die wahren Volksfreunde jetzt gegen das ringsiefe Bier. Herr Buchhändler Schenk, Jerusalemstraße 56, scheint sich besonders für die in zweiter Linie aufgeführten Gründe zu interessieren, die er in einer vorgestern vor versammelter Mannschaft abgehaltenen Standpauke sehr eingehend entwickelte und worin besonders die Cholera als wirkungsvolles Argument aufmarschirte. Nicht das Ringbier, sondern nur das boykottfreie bayerische Gebräu und das Weißbier ist nach Ansicht des genannten Herrn für die Aufnahme des Cholerabazillus besonders disponirt. Als sich nun ob dieser Rede ein allgemeines „Schütteln des Kopfes“ erhob, wurde die „Mittheilung“ mit dem Hinweis beendet, daß Jeder entlassen würde, der im Bannkreise des Herrn Schenk nichtboykottirtes Bier oder Weißbier zu sich nimmt. Ein Stereotyp, dem diese Cholera-King nicht einleuchten wollte und dieser seiner Empfindung Ausdruck verlieh, wurde sofort ausgemerzt. Vielleicht bewahrt die Arbeitslosigkeit und die dadurch bedingte Einschränkung des Biergenusses den widerstandsfähigen Arbeiter vor Pest und Seuchen. Räthselhaft bleibt aber immerhin, warum der Magen des Herrn Schenk, wenn ihm in seiner Stammneipe eine läbliche Blöde zugeführt wird, dieses Attentat auf die Gesundheit ohne Murren erträgt, während sich der Proletarier bei einem gewöhnlichen Restaurant sans façon die Cholera auf den Hals ladet. — Trost alledem und alledem bleibt doch nach wie vor der Schlachtruf der Arbeiterschaft: „Keinen Tropfen Boykottbier!“

Die hochgradige Wirthschaft in den Kreisen der Ringinteressenten hat nun auch keiner besseren Paune Platz gemacht, nachdem das langersehnte „Durstweiser“ eingetreten ist; man merkt ja nur zu bald, daß der vermehrte Konsum größtentheils dem Weißbier, dem Berliner Sommergetränk, zu gute kommt. Wenn trotzdem hier und da mit großen Umsatzziffern von Ringfreunden geprahlt werden sollte, so braucht man darauf nicht viel zu geben, denn wir haben guten Grund anzunehmen, daß gar Viele aus dem gegnerischen Lager in diesem Punkte eine ganz eigenartige Auffassung hegen, wie das neulich bei dem Inspector der Brauerei Gregory festgestellt wurde. Dieser Herr hatte auf Befragen eines Gastwirthes, ob einer seiner Kollegen noch Bier von dort bezöge, das ausdrücklich bestritten. Als ihm der auf diese Weise Verdächtige in Begleitung eines anderen Genossen auf die Wade rückte, mußte er schließlich, in die Enge getrieben, zugeben, daß er wirklich falsch berichtet und daß der Betreffende schon

seit dem 16. Mai auf das Gregorybier verzichtet hatte. Der Herr Inspektor hielt das Aussprechen solcher grober Unmährheiten, wie er sich ausdrückte, angesichts der ganzen Lage und mit Rücksicht auf den „Vorwärts“ für erlaubt. — Ein nettes Eingeständnis für wahr. Wo bleibt denn da das „stille Moment“, was die Ringheiligen für sich reklamirt haben, selbst wenn man die alberne Ausruf: Der „Vorwärts“ schwindelt ja ebenfalls, gelten lassen wollte? Unser Blatt hat es nicht nötig, die Wahrheit zu verschleiern, wie weit muß es aber in dieser Beziehung, wenn wir dieses Probbchen berücksichtigen, mit dem Ringe gekommen sein!

Bei anderen Leuten äußert sich der Boykottirer weniger bössartig; man findet ihn und wieder solche, die sogar ihrem Galgenhumor den Jügel schießen lassen. Einem Bierwirth in der Friedrichstadt entlockte diese Stimmung folgenden poetischen Erguß:

In allen Schänken ist Ruh,
An Tischen und Bänken spürest du
Raum einen Gast.
Die Kellnerin schnarcht in der Ecke;
Ob ich sie paßt —
Ob es ihr paßt?

In der anderen Ecke saß der Gastwirth, heißt es nun weiter, dachte über die Folgen des Bierboykotts nach und forderte alle bierethischen Seelen auf, ihren Durst zu ver doppeln. — Die Verehrer des Altmeisters Goethe werden sich ob dieser Profanierung nicht wenig entsetzen.

Bürgerlicher Boykott. Der in letzterer Zeit durch sein „offenes Antwortschreiben an den Berliner Biering“ bekannt gewordene Brauereibesitzer Müller in Potsdam bekommt bereits die Folgen seines mannhafsten Auftretens zu spüren. Wie nämlich berichtet wird, lieferte Müller schon seit Jahren Bier an einen sehr gangbaren Gasthof in Rauen. Das Bier mundete den Gästen stets — bis bekannt wurde, daß Müller mit dem Berliner Brauereien nicht an einem Strange zog. Da plötzlich wollte, wie es heißt, „einigen Stammgästen“ das Bier nicht mehr schmecken und sah sich der Wirth insolge dessen genöthigt, die Bierlieferung abzustellen — Müller war boykottirt. Müller soll in Berlin acht größere Bierlokale in Pacht haben, die stark von Arbeitern frequentirt werden.

Das der raffinierte Staatsstreich des Bierkönigs Rösche, den er am 16. Mai durch die barbarische Doppelbegünstigung der Brauerei-Arbeiter verbrochen, von langer Hand im Geheimen geplant und systematisch durch den zu diesem Zweck von ihm gegründeten Brauereiverband vorbereitet worden ist, das hat der „Vorwärts“ für alle, die Ohren haben und hören wollen, wiederholt und genügend nachgewiesen, zuletzt in Nr. 135 in ganz unwiderleglicher Weise sogar durch Herrn Rösches Allerhöchsteins Worte.

Wenn wir heute einen neuen schlagenden Beweis dafür erbringen, daß die Erklärung des Brauereiverbands, die Herren seien „überrascht“ und in der „Nothwehr“ zu der schamlosen Maßregelung der 500 völlig schuldlosen Arbeiter geschritten, eine von purer Heuchelei dikirt gewesen ist, so thun wir dies nicht um dem einsichtsvollen Groß unserer Leser abermals zu beweisen, daß Pech schwarz ist, sondern um jenen verlogenen Rösche'schen Psebstabanten vom Schloge der „National-Zeitung“, die genügend lange Ohren haben, aber nicht hören wollen, den Spiegel der Wahrheit vors Gesicht zu halten, damit sie ihre eigene Schamröthe darin erblicken sollen.

Um jedoch vom Gedächtniß der „National-Zeitung“ die Zipselmüge wegzuziehen, und Herrn Rösche auch den letzten etwaigen Vorwurf, wir hätten „einzelne Sähe aus dem Zusammenhange herausgerissen“, aus der Hand zu nehmen, wollen wir auch einmal diesen Zusammenhang etwas näher ansehen. — Bierkönig Rösche bestieg am 13. Dezember 1893 seinen Thron, um seine Waischaft mit dem Hinweise zu beginnen, daß diesmal außer den sämmtlichen Arbeiter-Ausschüssen (20 Mann) auch noch einige (32) bereits längere Zeit beschäftigte Arbeitnehmer jeder Gruppe eingeladen worden seien, weil die zu machenden Mittheilungen gerade für solche von besonderem Interesse sein würden. — Daß etwas ganz Ausergewöhnliches vom Bierkönig geplant war, merkte Jeder und bewies außer der ganz ungewöhnlichen Einladung der 32 älteren Arbeiter die Vollständigkeit des Kriegs- und Kronenrats. Neben den Ministerial-Direktoren Finke, Hauser, Scheibel und dem durch Anfertigung der für Genossen und Dorfer bestimmten Selbstlobrede bekannt gewordenen Direktor Merten waren u. a. noch erschienen Rösche's Justizminister Wisse, sein Malzmeister Kopp, genannt „Bater Grausam“, und schließlich sein Pindler, Redakteur Mutsch. — Während der längeren, mit Eigenlob parfümirten und deshalb gewaltig — riechenden Rede kam der Bierkönig auch auf die böse Presse zu sprechen. Er machte den Zeitungen, welche gelegentlich des Jahresabschlusses der Schultheiß-Gesellschaft die böse Dividende von 15 pCt als in keinem Verhältnis zu dem großen Verdienst der Arbeiter stehend bezeichnet hatten, den Vorwurf, sie verschwiegen erksinnig, daß eine Dividende von 15 pCt. durchaus nicht einer 15 procentigen Verzinsung des angelegten Kapitals gleichkäme, und zweitens, daß die Aktionäre der Schultheiß-Brauerei auch

das Risiko tragen, event. in dem nächsten Jahre (1894) geringere oder gar keine Zinsen zu erhalten,

während die Arbeitnehmer unserer Gesellschaft berechtigt sind, ihre Ersparnisse ohne jegliches Risiko bei uns anzulegen, und trotzdem den gleichen Zinssatz wie die Aktionäre erhalten.“ Drittens sei auch der Vergleich zwischen Arbeitslohn und Dividende unrichtig, falls sogar zu gunsten der Arbeiter aus. Denn während an Dividende für das verfloßene Jahre im ganzen 810 000 M. vertheilt worden seien, beließen sich die baaren Löhne auf 1 046 000 M.

Wie günstig! — Man bedente nur einmal: Die armen Aktionäre machen von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch, sie stellen alleammt ihre Kouponscheeren, wie die Soldaten ihre Gewehre zusammen, treiben die Arbeiter aus der Brauerei und verdienen sich nun selbst die baaren Löhne von 1 046 000 M. Was wollten wohl die begehrlischen Arbeiter mit der lumpigen Dividende von 810 000 M. anfangen? Es würde dann bald bei der ungewohnten Kouponscheeren-Arbeit jeder sich schneiden und bei der folgenden Lebensweise jeder an Fressucht erkranken, während jetzt bloß jeder dritte Mann verunglückt und jeder zweite erkrankt, und noch kein einziger jedes Jahr nach Karlsbad hat zu fahren brauchen. Es müßte dann auch sofort eine Orts-Krankenkasse der Aktionäre gegründet werden.

Aber hören wir den General-Biergewaltigen mit dem Staatsreich in der Westentasche weiter! Er giebt seinen Unterthanen, während er den Staatsreich an die Wand malt, nicht bloß zu verstehen, daß er sich bei einer kommenden General-Krausproben im Jahre 1894 eventuell auf ein bis zwei Millionen, ja sogar auf gänzlichen Zinsverlust gefaßt macht, sondern er zeigt ihnen auch in der Ferne das durch die Einschränkung des Betriebes herausgeschmorpene Gespenst der Entlassung. — Er sagt dem Sinne nach: Ich verlange von Euch Arbeitnehmern, daß Ihr „artige Kinder“ seid, daß Ihr das Lied desjenigen singt, dessen Vrat Ihr esset, daß Ihr mich in Versammlungen, in denen ich, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, angegriffen werde, vertheidigt und in Schutz nehmt! — Sollten aber Harmonie und Friede trotzdem nicht erhalten werden können, sollte man fortfahren, unsere edlen Absichten in ein falsches Licht zu stellen u. s. w., dann haben wir auch keine Veranlassung mehr, unserer Gesellschaft so große Ausgaben zuzumuthen, wie

dies bisher geschehen ist. „Wir thun dann besser“, fährt Herr Rösche wörtlich fort:

„Die getroffenen Einrichtungen aufzuheben, uns der freiwillig übernommenen Lasten zu entledigen und uns auf das zu beschränken, was die Arbeiter einerseits auf grund der getroffenen Vereinbarungen, andererseits auf grund von Nachfrage und Angebot verlangen können.“

Bravo! Braval aber ehrlich! — Leider ist die Ehrlichkeit vom 13. Dezember bis zum 16. Mai verflogen und nur die Brutalität geblieben!

Trotz dieser neuen schlagenden Beweise wird Herr Rösche auch ferner mit edler Dreistigkeit in den Ring treten, „überwascht“ ihn, von „Nothwehr“ reden und den „wildliberalen Mann“ spielen; — sein Spiel aber ist längst von den Einsichtigen durchschaut und wird über kurz oder lang auch von den Ringschächern erkannt werden, vielleicht noch ehe der Wolf sie gefressen hat. —

Große Aufregung herrscht jetzt in dem Musterbetriebe des Herrn Bolle, des christlichsten aller Milchlieferanten. Man sucht eifrig nach dem Schuldigen, der uns die samose vordirkirte „Berichtigung“ der Kutscher zusandte noch ehe sie unterzeichnet. Täglich werden Entlassungen von Kutschern vorgenommen; Herr Bolle giebt sich der Hoffnung hin, dabei das räudige Schaf zu lassen. Die anderen sind einem hochmuthpeinlichen Verhöhr unterzogen worden. Wie strupplos Herr Bolle bei den Entlassungen verfuhr, geht daraus hervor, daß Leute, die nur im Verdacht stehen, in Lokalen zu verkehren, in denen der „Vorwärts“ ausliegt, auf's Plaster gesetzt wurden. Andere, von denen bekannt war, daß sie Freude über unsere Artikel empfunden hatten, wurden ebenfalls entlassen. Herr Bolle irrt, wenn er annimmt, daß er durch sein rigoroses Vorgehen es dahin bringen könnte, daß wir über sein Thun und Lassen nicht mehr genügend informiert sein werden. Unsere Briestaubenpost arbeitet nur zu gut. Demnächst werden wir der Abtheilung der Milchjudenfabrikation einen Besuch abstatten und dabei der vielgerühmten Reinlichkeit eingehende Studien widmen.

Die Schierelei in der Umgegend Berlins dürfte bald eine allgemeine werden. Die Gendarmerie soll, nach der Mittheilung einer Lokalkorrespondenz, angewiesen sein, Säbel, Stäbe und Revolver, die früher nur in der Nothwehr gebraucht werden durften, zur Anwendung zu bringen, sobald ein Verhafteter Fluchtversuch macht. Ohne Doneschen Panzer wird man dann wohl kaum mehr einen Ausflüg in die Umgegend machen können. O, herrliche Zeit!

Die Fertigstellung des Reichstags-Gebäudes bis Mitte Oktober soll angeordnet sein.

Ein viertelstündiger Streik. Folgendes kleine Vorkommniß dürfte besonders in Fahrkreisen verdienter Beachtung zu empfehlen sein: Nach berühmten Mustern hatte auch der Drochsenfuhrherr Domin, Köpnickstr. 7, welcher sich in Kollegentreifen des geschmackvollen Weinamens „Mohrbräunelönig“ erfreut, „seinen“ Kutschern den von einer Unternehmer-Vereinigung so scheinbar ausgetingelten sogenannten Taraxometer-Vertrag, welcher den Unternehmern alle Rechte vorbehält, den Kutschern dagegen alle Pflichten auferlegt, von rigorosen Strafbestimmungen froht und u. A. auch den Kutschern eine vierzehntägige Kündigungsfrist auferlegt, während dem Herrn das Recht der möglichen Entlassung zuerkannt wird, aufgezwungen. Auf die Dauer war nun aber eine derartige Sklaverei nicht zu ertragen. Inwieweit von den bei Domin beschäftigten Kutschern traten deshalb zusammen und stellten gemeinsam die Forderung: Aufhebung des schändlichen Taraxometer-Vertrages und Herstellung des alten Arbeitsverhältnisses unter Zulässigkeit der gegenseitigen sofortigen Kündigung. Nach kaum viertelstündiger Arbeitseinstellung war die Forderung bewilligt und mit frohem Beifallnahme, durchdrungen von der Erkenntniß des Wertes der Solidarität der Arbeiter, führten die Kutscher in aller Weise vom Hofe.

Pfarrer Dr. G. Schwabe stellte bekanntlich in der Verhandlung vom 13. d. den Vertagungsantrag. Als Grund hierfür führte er an,

er hätte keine Ahnung davon gehabt, daß heute wieder der ganze Apparat von Zeugen gegen ihn aufgehoben sei, um ihn zu vernichten, er müßte, um Gegendeweise zu bringen, auch seine Zeugen laden.

Der Vorsitzende des Gerichts, sowie die Verklagten waren der Ansicht, daß dem Kläger nach dieser Seite hin entschieden sein Recht werden müsse, und waren mit der Vertagung deshalb einverstanden. Wie nun die „Quelle“ mittheilt, wurde nach der Klauerei, die sich an die Verhandlung schloß, auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes ein Brief des Pred. Sch. an seinen Anwalt, datirt vom 9. Juli et. gefunden, worin Schreiber mittheilt:

„daß er von dem Bezirksvorsteher Herrn Mose erfahren habe, daß seine Gegner zum Termin am 13. eine ganze Reihe von Zeugen geladen hätten, um ihn wie beim Termin am 21. Oktober v. J. wieder zu überrumpeln. Er macht ferner in dem Schreiben 5—6 Zeugen namhaft, welche der Herr Rechtsanwalt noch zu dem Termin vorladen soll.“

Es erscheint nicht überflüssig, bemerkt hierzu die „Berl. Ztg.“, der wir obiges entnehmen, auf den Widerspruch aufmerksam zu machen, in dem der Inhalt dieses Schreibens zu der Notizirung des Vertagungsantrages steht.

14 Tage Arrest hat, wie hiesige Blätter zu melden wissen, ein Spielmann vom 35. Infanterie-Regiment in Brandenburg a. H. erhalten, weil er ein sozialdemokratisches Fest besucht hat. Ob er dadurch kurirt sein wird vom sozialistischen Gift?

Zu der Schöneberger Mordsache hat sich das Belastungsmaterial gegen den Schlosser Meyle so gehäuft, daß die Staatsanwaltschaft nunmehr gegen ihn die gerichtliche Voruntersuchung wegen Mordes beantragt wird. Meyle wird zunächst dadurch belastet, daß durch verschiedene einwandsfreie Zeugen festgestellt worden ist, daß Meyle am Mordtage kurz nach der That die bei der Pfeiffer und Drudenmüller'schen Fabrik gelegene Waghahn'sche Kantine besucht hat und dort durch sein schneues Wesen allen Gästen aufgefallen ist. Eine erhebliche Anzahl ebenso einwandsfreier Zeugen bestätigen auch, daß Meyle im Besitze eines Messers gewesen ist, das dem am Thatorte gefundenen jedenfalls sehr ähnlich war. Ein Zeuge glaubt in diesem sogar mit Bestimmtheit das Meyle'sche Messer wieder zu erkennen. Der Verdächtige befähigt sowohl, am Mordtage die genannte Kantine besucht als auch, ein Messer wie das gesundene besitzen zu haben. Das gesundene Messer hat nur eine Klinge, einen Korzenzylinder und eine dunkle Hornschale. Nach dem Mord hat nur Meyle allen Leuten, die Verdacht gegen ihn äußerten, demonstrativ ein kleines Messer mit gelber Knochen-schale und zwei Ringen gezeigt, wobei er stets ansetzte: „Seht doch, das ist ja mein Messer.“ Kein Zeuge hat vorher dieses Messer bei Meyle gesehen. Verdächtig hat sich dieser auch noch dadurch gemacht, daß er seit dem Mord beständig ein ängstliches Wesen zeigte, das allen seinen Bekannten aufgefallen ist. Wegen Heberelei, die aber mit dem Mord nicht in Verbindung steht, ist gegen Meyle bereits Anklage erhoben worden. Für die weitere Untersuchung war die Ermittlung eines Mannes von Bedeutung, der Schmier sein soll, 35 bis 40 Jahre alt und etwa 1,60 bis 1,65 Meter groß ist, dunkle Haare, eine eingedrückte große Nase, einen schmutzig-blonden Vollbart, hat einen dunklen steifen Hut oder auch einen Strohhut, sowie graugrünes ganz leichtes Sommerjacket, das hinten zugeknöpft ist, trag, und in der Brusttasche ein rothes Notizbuch oder auch eine Brief-tasche hatte. Dieser Mensch hat früher wiederholt mit anderen

zusammen in der Fabrik von Pfeiffer u. Drudenmüller nach Arbeit gefragt, ist aber seit dem Mord verschwunden und hat noch nicht wieder ermittelt werden können. Einmal soll er Kellnerjettel vertheilt haben. Der ihn gesehen haben will, weiß aber nicht, wo das gewesen ist.

Dishschlag. Auf dem Schloßplatz brach Dienstag Vormittag gegen 8 Uhr ein Gardist des Alexander-Regiments zusammen und wurde noch lebend ins Schloß gebracht. Der mit vollem Gesicht wahrscheinlich auf Patrouillengang befindlich gewesene Soldat war anscheinend von einem Dishschlage getroffen. Ferner liegen noch folgende zwei Dishschlagfälle vor. Ein Herrmanplatz stürzte Dienstag Nachmittag gegen 3 Uhr ein unbelasteter etwa 32-jähriger Mann auf dem Bürgersteig nieder und mußte, da er sich nicht wieder erhobte, nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden. — Gegen 5 Uhr wurde an der Ecke der Friedenstraße und Prenzlauer Allee der 28-jährige Handlungsreisende Kuniger von der Hitze übermannt. Derselbe kam bei Anwendung geeigneter Maßregeln bald wieder zur Besinnung und konnte sich mittels Droßche nach seiner Wohnung begeben.

Infolge der tropischen Hitze und Entkräftung fiel gestern gegen 1 Uhr vor dem Wendischen Restaurant, Wallstr. 57, ein alter Mann ohnmächtig nieder. Hilfsbereite Mitmenschen trugen ihn auf den Hausflur und sorgten schnell für Speise und Trank. Es war ein vor 14 Tagen aus dem Arbeitshause gekommener Tischlergeselle.

Eine wilde Jagd auf Zehnpfeiler entspann sich vorgestern Abend im Kurfürstentpark in Palastse. In dem hinteren Tanzsaal dieses Establishments lehrten vier, dem Reuheren nach zu urtheilen, den besseren Ständen angehörende junge Leute ein, die sich's beim Glase Bier gemüthlich machten. Da der bedienende Kellner mit Gästen, die „mit Laktieseln angehen und das Monelle ins Auge gekennnt“ schon öfter trübe Erfahrungen gemacht, so schenkte er jenen Gästen eine besondere Aufmerksamkeit. Er hatte sich auch nicht getäuscht, als er vom Buffet zurückkehrte, waren alle vier verschwunden. Sofort wurde der ganze Garten abgesehen, und siehe da, nach längerem Suchen fand man die vier Gesuchten in einem daneben belegenen Restaurant. Beim Anblick ihres ersten Gläubigers ergriffen sie die Flucht und stürzten in eine Tamentulleite, durch das Fenster derselben ins Freie gelangend. Nach längerem Suchen wurden sie aus einem Neubau herausgeholt, woselbst alle vier hinein geflüchtet waren. Vom Amtsdienste verhaftet, gelang es beim Transport dreien dieser noblen Herren zu entkommen, während der vierte als ein Raufmann Klapphammel festgesetzt und eingeliefert wurde. Die anderen drei Genossen, welche natürlich nicht kennen will, nahmen bei ihrer Flucht über den Sehdamm den Weg nach Wilmerdsdorf. Man glaubt in diesen vier Individuen jene Gauner erwischt zu haben, welche es schon seit längerem auf die Schädigung der Kellner in den Vorortlokalen abgesehen haben.

Beim Baden ertrunken. Am Dienstag Morgen gegen 9 Uhr ging ein 13-jähriger Knabe aus Berlin nach Reinickendorf, um im dortigen See zu baden. Da er bis zum Abend nicht in die elterliche Wohnung zurückgekehrt war, erschienen die besorgten Eltern in Reinickendorf, um sich nach dem Verbleib ihres Sohnes zu erkundigen. Ein benachrichtigter Gendarm suchte den See ab und fand an einer abgelegenen Stelle des Ufers die Leiche des Knaben, so daß es zweifellos scheint, daß derselbe beim Baden ertrunken ist. Bis Mittwoch Mittag war die Leiche noch nicht gefunden.

Ein Schuß in's Auge. Ein überaus bellagendwerther Unglücksfall ereignete sich am vorgestrigen Tage auf dem, eines Handelsmann Gottwald gehörigen Grundstücke in der Landsberger Allee. Mehrere Knaben befüstigten sich damit, mittels einer Krumbrau nach einer an einem Baum befestigten Scheibe zu schießen. Als nun der etwa 10-jährige Sohn eines Maschinenfuehrers, welcher als Scheibenanzeiger fungirte, unbedachtsamer Weise hinter dem Baum hervorsah, wurde er von einem Bolzen so unglücklich in das rechte Auge getroffen, daß das Geschöß im Kopfe sitzen blieb. Nach Anlegung eines Nothverbandes mußte das unglückliche Kind sofort in das Krankenhaus am Urban befördert werden. Die Aerzte befürchten, daß die Sehkraft auf dem lädirtten Auge total verloren ist.

Sind die Hundefänger berechtigt, einen Fiehhund, welcher fest vor den Wagen gespannt ist, aber einen schlechten Maulkorb trägt, der das Durchfahren nicht verhindert, fortzunehmen, wenn der Wagenführer den Hund führt und in seiner Gewalt hat? Diese Frage ist vom Polizei-Präsidium im verneinenden Sinne entschieden worden.

Polizei-Vericht. Am 24. d. Mts. früh wurde im Bereiche des 33. Polizei-Bezirks die Leiche einer etwa 30 Jahre alten Frauenperson aus dem Landwehr-Kanal gezogen. — Vormittags fiel in einem Schanklokal an der Petersburgerstraße ein Mann nach dem Genuß eines Glases Bier plötzlich vom Stuhl und war tot. Nach Kennerungen, die er vorher gemacht hatte, hat er Gift genommen. — Nachmittags sprang eine Frau am Tempelhofer Ufer in den Landwehr-Kanal, wurde aber noch lebend herausgezogen und nach dem Krankenhaus gebracht. — In der Nacht stürzte sich eine Arbeiterin aus ihrer in der Großen Frankfurterstraße eine Treppe hoch belegenen Wohnung an den Hof hinab und brach das linke Bein. — Im Laufe des Tages fanden drei unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübericht vom 25. Juli 1894.

Stationen.	Barometer stand in mm, reduziert auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—10)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (0 C. = 32 F.)
Ewinemünde . . .	765	N	4	bedeckt	16
Hamburg . . .	767	SSO	3	wolkenlos	18
Berlin . . .	768	NO	4	better	18
Wiesbaden . . .	762	N	2	wolkenlos	26
München . . .	764	SO	5	wolkenlos	24
Wien . . .	762	StB	—	wolkenlos	21
Pararanda . . .	764	N	2	wolkenlos	17
Petersburg . . .	757	O	1	bedeckt	16
Cord . . .	759	ONO	2	bedeckt	15
Aberdeen . . .	768	ONO	2	wolkig	15
Paris . . .	768	S	1	bedeckt	18

Witterung in Deutschland am 25. Juli, 8 Uhr Morgens. In der größeren Hälfte Deutschlands herrscht auch heute trockenes und meistens heiteres Wetter. Nur in den nordöstlichen Landestheilen, wo sich gestern Gewitter entluden, ist es trübe und etwas regnerisch. Die Winde haben in Norddeutschland nördliche Richtung angenommen und sich gleichzeitig verstärkt; namentlich an der oltpreussischen Küste wehen sehr bestige Nordwinde. Unter ihrem Einflusse sind die Morgentemperaturen ziemlich bedeutend herabgegangen, in Neufahrwasser auf 15, in Ewinemünde auf 16 Grad Celsius. In Süddeutschland aber hat die Hitze im Gegentheil noch zugenommen; Wiesbaden und Bamberg melden heute Morgen 26, Kaiserslautern 25 Grad Celsius.

Wetter-Prognose für Donnerstag den 26. Juli 1894. Trockenes, vorwiegend heiteres Wetter mit mäßigen östlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

In der Angelegenheit des Bankiers Volke wird es demnach zu einem entscheidenden Beschluß des Kammergerichts kommen. Bekanntlich hat die Staatsanwaltschaft das Anklageverfahren gegen Volke wieder aufgenommen und von der französischen Regierung dessen Auslieferung verlangt. Diefem Verlangen sollte auch Folge gegeben werden. Volke behauptete aber, daß sein Geisteszustand ein derartiger sei, daß er weder die Reise unternehmen könne, noch verhandlungsfähig sei, und zur Beglaubigung übersandte er der beschließenden Kammer des hiesigen Landgerichts I drei Atteste von Pariser Ärzten, wonach er in der That für transport- und vernunftunfähig erklärt wurde. Die Beschlußkammer wollte die französischen Gutachten als maßgebend nicht anerkennen, sie übergab dieselben dem Kreis-Physikus Dr. Mittenzweig mit der Anfrage, ob aus den Schriftstücken ein bestimmter Schluß auf den Geisteszustand des Volke zu ziehen sei. Dr. Mittenzweig erklärte, daß, wenn die in den französischen Gutachten angeführten Umstände vorhanden seien, Volke für geisteskrank erklärt werden müsse. Dem Gericht genügte dies bedingte Urteil nicht, sondern es verlangte von Dr. Mittenzweig eine bestimmte Erklärung ohne ein „wenn“. Darauf erwiderte Dr. Mittenzweig, daß er in dieser Form gewünschte Gutachten nur abgeben könne auf Grund einer persönlichen Beobachtung des angeblich Geisteskranken. Volke hatte inzwischen durch seinen Vertreter, den Rechtsanwalt Eisermann in Paris, wegen der Verurteilung der französischen Gutachten beim Kammergericht Beschwerde einlegen lassen, und von der Entscheidung dieser Instanz wird es abhängen, ob Volke sich einer Beobachtung eines hiesigen Arztes zu unterziehen haben wird, oder ob die französischen Gutachten für ausschlaggebend anzusehen sind. Im ersteren Falle würde Volke die Kosten für die ihm auferlegte Untersuchung durch einen hiesigen Sachverständigen zu tragen haben.

Einen unerwarteten Verlauf nahm ein Beleidigungsprozess, welcher auf Antrag des Forstassessors Schlobach gegen den Bauernsohn Friedrich Pasewaldt aus Noß bei Königs-Wusterhausen seitens der königlichen Staatsanwaltschaft angestrengt worden war. Der genannte Forstassessor unternahm am 21. August v. J. in Gemeinschaft mit dem königlichen Förster Thiele in Königs-Wusterhausen eine Fühnerjagd. Auf dem Felde arbeitete der Angeklagte Pasewaldt mit den Arbeitern seines Vaters, als plötzlich in nächster Nähe der Arbeiter ein Schuß krachte. Letztere schrien vor Schreck laut aus, worauf der Herr Forstassessor fragte: „Warum schreien Sie denn so?“ Der junge Pasewaldt erwiderte: „Wir wollen uns nicht todtschießen lassen.“ Der Forstassessor meinte: „Na, Ihnen hätte es gar nichts geschadet, wenn Sie eine Ladung abgeknippt hätten!“ worauf Pasewaldt den Forstassessor einen „Esel“ und einen „Plaps“ nannte. Der Herr Forstassessor erwiderte in diesem allerdings nicht sonderlich schmeichelhaften Titulaturen eine schwere Beleidigung, er erstattete seiner vorgesetzten Behörde Bericht und diese stellte Strafantrag. Da aber der Beleidigte sowohl wie auch sein Beileiter, der Förster Thiele, den Vorfall so darstellte, wie er oben geschildert worden ist, so erkannte das Schöffengericht in Königs-Wusterhausen auf Freisprechung. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Berufung ein, demgemäß kam die Sache in der zweiten Instanz der ersten Strafkammer am Landgericht II zur erneuten Verhandlung. Hier geschah das Auffallende, daß der Forstassessor Schlobach bei der Aussage blieb, die er schon vor dem Schöffengerichte gemacht hatte und sich mit der tatsächlichen Feststellung des ersten Richters deckte, daß aber der Förster Thiele im Verhältnis zu früher das strikte Gegenteil aussagte und behauptete, der Angeklagte habe „Esel“ und „Plaps“ geschimpft, bevor der Forstassessor gefragt hätte: „Ihnen hätte es nichts geschadet, wenn Sie eine Ladung abgeknippt hätten!“ Umsonst machte der Gerichtshof den Zeugen Thiele auf diesen Widerspruch aufmerksam, derselbe verblieb trotz aller Verwarnung dabei. Zu seinem Glück unterließ es der Gerichtshof, die Aussage protokollieren zu lassen, dadurch entging der Förster einer schweren Gefahr, er mußte sich aber gefallen lassen, daß der Gerichtshof dem Zeugnisse des Försters jeden Wert absprach, den Angeklagten, der durch die Worte des Forstassessors gereizt worden sei, freisprach und auch noch obendrein entschied, daß dem Angeklagten die nothwendigen Auslagen aus der Staatskasse zu ersetzen seien.

Gewerkchaftliches.

An die Lokalkommissions-Mitglieder des Kreises Nieder-Barnim! Um ein einheitliches Vorgehen betreffs des Bierbojottens in den Bezirken zu ermöglichen, werden oben genannten Genossen gebeten: 1. Diejenigen Wirtthe, die kein Ring bier schänken, Unterzeichnetem bekannt zu geben, da-

mit allen Schenklich (Sonntags) die Lokalkasse das Nieder-Barnimer Kreises herausgegeben werden kann.“ 2. „Sind alle Wirtthe der Gastwirthe an Unterzeichnetem einzusenden.“ E. Witz, Pantow, Schulzestraße.

Aufruf an die Arbeiter Deutschlands! In der 15. Woche befinden wir uns im Auslande; einer nach dem andern verläßt den Ort, zirkulär findet sich noch hier, die überhaupt keine Arbeit in den hiesigen Fabriken erhalten, denn augenblicklich sind die Fabriken besetzt von fremden Arbeitern und den Streikbrechern. Die Abgereisten erhalten keinen Lohn, denn überall, wo sie hinkommen, sind ihnen die schwarzen Listen vorausgegangen. Wie ein Gedächtnis muß der Arbeitssuchende weiter wandern oder wieder zurückkehren. Der Bojott als unsere einzige Waffe wird nicht genügend durchgeführt. Wenn auch vielleicht einzelne Städte ihre Schuldigkeit gethan haben und noch thun, so ist die Waffe der Arbeiter sich doch noch nicht bewährt, was der Bojott für eine mächtige Waffe ist. Arbeiter, wolle Ihr, daß die Ausländigen untergehen? In Eurer Hand liegt es, dies zu verhindern. Zu unterliegen sind noch 89 männliche, davon 12 ledige, sowie 32 weibliche Arbeiter und 88 Kinder. Briefe und Gelder sind zu senden an W. Bogt oder A. Dergowaki in Burg, Holzstr. 2, Restaurant von Karl Jesse. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Maurer! Kollegen! Wir treten mit der ersten Mahnung an Euch heran, mehr als bisher zum Generalfonds der Maurer beizusteuern. Der Hinweis auf die überaus traurige Lage unserer Berufsgenossen, die Behandlung, die uns von den Unternehmern und Politikern zu Theil wird, sollte hinreichend genügen, auch dem Indifferentesten zum Anschluß an die Organisation zu veranlassen. Besonders machen wir die Kollegen auf die Versammlung am Sonntag sowie auf unseren „Arbeitsnachweis“ und „Frühshoppen“ aufmerksam, die in folgenden Lokalen stattfinden: Goldbacher, Thurmstr. 84; Böhl, Niedersdorfstr. 8; Petersohn, Veteraniinstr. 21; Schmidt, Wörther- und Nysestraße-Ecke; Hoffmann, Waldemarstr. 61; Briefe, Mittenwalderstr. 43; Behrend, Blumenthalstr. 6. In diesen Lokalen werden gleichzeitig des Sonntags, von 8-10 Uhr, Beiträge für den Generalfonds entgegengenommen. Bei Wendi, Köllnerstr. 17, wird nur Montags von 8-10 Uhr kassirt. J. A.: Carl Schulz; Vertrauensmann der Maurer.

Aus Leipzig wird berichtet, daß die Riebeck'sche Brauerei die Forderungen der Wirtthe gegen die Einführung der 1/2stündigen (an Stelle der bisherigen 1 1/2stündigen) Arbeitszeit, einen Lohnzuschlag von 2 M. wöchentlich und Vergrößerung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit mit 50 Pf. für die Stunde gefordert. Die Brauerei hat diese Forderungen mit der einzigen Abänderung bewilligt, daß an Stelle der 1/2stündigen die 1stündige Arbeitszeit eingeführt wird. Ferner haben die vereinigten Brauereibesitzer von Leipzig beschlossen, allen in den Brauereien beschäftigten Arbeitern vom 1. August ab die 1stündige Arbeitszeit zu gewähren.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der in der Schuh- und Schäfte-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 23. Juli, um die Berichte entgegenzunehmen über den Stand des Streiks bei Fürstheim und bei Moröffe. Die Berichtserstattung ergab, daß der Streik bei Fürstheim fortbauere. Trotz der Bemühungen des Fabrikanten, aus Dresden Streikbrecher herbeizuholen unter der Vorpiegelung, der Streik hier in Berlin sei beendet, sei es ihm nicht gelungen, genügend Arbeitskräfte zu erhalten. 5-6 Arbeiter kamen mit herüber, da sie jedoch hier mit der wahren Sachlage unterrichtet wurden, erklärten sie sich mit den hiesigen Ausländischen solidarisch. Große Mühe kostete es ihnen allerdings, ihre Papiere, die ihnen vorsichtshalber vom Fabrikanten vorher abgefordert waren, zurückzubekommen; welcher Art die Schwierigkeiten waren, resp. welche Mittel in Anwendung gebracht wurden, um die hierher gelockten Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen, geht daraus hervor, daß gegen Herrn Fürstheim eine Anzeige wegen Freiheitsberaubung erfolgt ist. Die dringende Arbeit bei den Arbeitern von Silberberg unterzubringen, ist ebenfalls mißlungen. Im allgemeinen liegen die Verhältnisse für die Ausländigen günstig; gegenwärtig befinden sich noch 82 im Auslande. Anders liegen die Verhältnisse bei Moröffe. Unter anderen Bedingungen, wie sie gedacht waren, mußte die Arbeit wieder aufgenommen werden, nur für die Kinderarbeit ist eine kleine Preisverhöhung bei den Unterhandlungen mit dem Fabrikanten, der sich derselben nicht entziehen konnte, da die Arbeit drängte, herausgekommen. Ein einigermaßen anderes Resultat wäre zu verzeichnen, hätten sich die Püger (Geldarbeiter) mit den in der Fabrik Beschäftigten solidarisch erklärt. Ersichtlich zu rügen sei, daß gerade Pauli trotz

seines anfänglichen Eifers für den Ausland Streikbrecher geworden sei, außer diesem seien noch folgende sieben Streikbrecher zu nennen: Rodmacher, Boder, Lornischer, Jarbewitz, Revolinsky, Müßschlager und Teutschmann. In diesen Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion, in der hauptsächlich das Verhalten der Streikbrecher scharf geißelt wurde; schließlich stimmte man einer Resolution zu, laut welcher sich die Versammelten mit den Ausländigen solidarisch erklärten und sich verpflichteten für deren Unterstützung zu sorgen.

Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausdiener (S. 6.) Am 26. d. M.: Dritte ordentliche Generalversammlung in den Arnim-Gärten, Rummelsburgerstr. 29.

Vermischtes.

Cholera. Sofia, 24. Juli. Wegen des Auftretens der Cholera in Adrianopel hat der Sanitätsrath die ärztliche Untersuchung der mit den gewöhnlichen Eisenbahnzügen aus der Türkei ankommenden Reisenden angeordnet. Die mit den Orient-Expresszügen fahrenden Reisenden fahren frei; wenn jedoch in Adrianopel Passagiere eingestiegen sind, so findet die ärztliche Untersuchung der Reisenden statt.

Sängerkrieg zu Wierhausen. In Wierhausen (Regierungsbezirk Kassel, Provinz Hessen-Nassau) besteht ein Gesangverein. Einige Hessen meldeten einen zweiten Gesangverein an und erhielten folgenden Bescheid: „Befolgend sende die Statuten mit dem Bemerkten zurück, daß in hiesiger Gemeinde schon ein Gesangverein besteht und das Bedürfnis eines zweiten Gesangvereins nicht vorliegt. Die Ortspolizei.“ Ei, ei! Seit wann hat in Hessen die Ortspolizei über das Bedürfnis zum Singen zu urtheilen? Selbstverständlich werden die von der eigenthümlichen Polizeiverfügung Betroffenen Beschwerde einlegen. — Singe, wenn Gesang gegeben.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eines Chiffre (Drei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.
F. Sie schreiben uns:
„Ich bitte sehr um gef. Mittheilung, wie der Vers lautet und wer dessen Autor ist. Er fängt ungefähr an:
Von allem Elen was da ist,
Und was da kraucht auf dem Riß.“

und Schluß: „Das ist ein Denunziant.“
Dieser Text ist uns nicht bekannt. Er ist wohl eine spätere Variante des bekannten, wenn wir nicht sehr irren, von Hoffmann von Fallersleben herrührenden, vor „48“ gedichteten Liedes, das den Refrain hat:
Der größte Schuft im ganzen Land
Das ist und bleibt der Denunziant.
Und wir möchten das wäre kräftig genug — kräftig und wahr.

N. 255. Gottfried Schulz am Kottbuser Platz; Jubel, Raungrstraße 86.

N. G. Grünthalersstr. 67. Nein!
Sassenbach. Einen Aufruf zum Arbeiter-Stenographen-Verein wollen Sie als Annonce aufgeben. Besondere Anrufe für einzelne Gewerkschaften können wir für die am Freitag stattfindenden Versammlungen nicht bringen.

Früh Märten. Wenden Sie sich an das Vereinsbureau der Buchdrucker, Oranienstr. 126, 2 Treppen (11-12 und 4-6 Uhr).

N. G. Brandenburgstr. 80. Wegen der Berichtigung bitten um Ihren Besuch.
Ein Arbeiter, Velvetfabrik. Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt.

Gerhard, Hegelmann, 100 S. O., Vorwärts 100
Sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor.

63 S. 1. Ja. 2. Nein.
F. B. 57. Zahlen Sie die 6 M. Sie könnten überdies wegen „Betruges“ angeklagt werden.

N. N. 100. „Meister“ darf sich jeder Innungsmeister und ein Innungsmittglied nennen.

Kornblume. Ja: es darf aber nach 12 Uhr dann nicht mehr angepasst werden.
Michalowitz. Nach Ihrer Schilderung liegt kein Ehescheidungsgrund vor. — Briefliche Antwort in Rechtsangelegenheiten ertheilen wir nicht.

S. 50. Beim Magistrat, Gewerbe-Deputation.
Goldmann. Der Abzug ist ungerechtfertigt; Sie können auf das volle Gehalt klagen. — Die Sache eignet sich nicht zur Veröffentlichung. — Schriftliche Antwort zu ertheilen müssen wir ablehnen.

N. N. 44. Der Geselle hat kein Recht, den Lehrling zu schlagen und kann wegen der Mißhandlung verklagt werden.

Für den Inhalt der Inerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 28. Juli.
Sallealliance-Theater. Das Hexenlied. — Die Verlobung bei der Laterne. — Die Nürnberger Puppe.
Residenz-Theater. Serpentine.
Alexanderplatz-Theater. Verdolene Liebe.
National-Theater. Aus eigener Kraft.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstr. 182.
Aus eigener Kraft.
Schauspiel in 5 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman der Helmine von Gillemer, von Max Hagelweide bearbeitet und in Szene gesetzt von Hochdeubeling.
Rassendöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Garten: **Großes Konzert.** Aus der Sommerbühne Aufführung von Poffen, Luftspiele sowie Auftreten von Spezialitäten ersten Ranges.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Freitag, den 27. Juli: Im Garten Großer Doppel-Ringkampf zwischen Abs II, Pohl aus Hamburg und Paul Schulz vom Zentral-Viehhof, sowie dem russischen Freikampfkämpfer Gunnar Djeld.

Castan's Panoptikum.

Hawaiische Königs-Tänzerinnen.
Das schwerste Ehepaar der Welt.

Erklärung.

Ich erkläre, daß nur nicht bojkottirtes Bier bei mir zum Ausschank kommt. Alle gegentheiligen Annahmen und Behauptungen beruhen auf Irrthum oder böswilliger Verleumdung.
1906b
Louis Foellner,
Kottbuserstr. 1.

Schmiedels Festsäle

Alte Jakobstr. 32.
Empfehle meine hocheleganten Säle (elektr. Bel.) auch mit Bühne zur Abhaltung von Vereins- u. Privatfestlichkeiten.
4906*
Ww. G. Schmiedel.

Evora-Bräu

in vorzähl. Qualität empfiehlt in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.

Kinderwagen, größt. Lager, billigste auch Theilzahlung.

W. Holze,
1298*
Oranienstraße 3.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Wahlvereins f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Genosse
Albert Tittel,
Schlosser,
am 23. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Nachmittag 5 Uhr vom Trauerhause, Ewinemünderstr. 55, aus nach dem Freireligiösen Friedhof statt.
283/3
Um rege Betheiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband aller in der Metall-Industrie beschäft. Arbeiter

Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 23. d. Mts., verstarb unser langjähriges Mitglied, des Schlosser
Albert Tittel.
Ehre feinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., Nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Ewinemünderstr. 55, aus nach dem Freireligiösen Friedhof statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht
172/8
Der Vorstand.

Gravenre, Ciseleure!

Fordere alle Kollegen an, die morgen den Ehrenberg, Annenstraße 16, stattfindende **Gewerkschaftsversammlung der Gold- u. Silberarbeiter** recht zahlreich zu besuchen. Tagesordnung: Der Bierbojott und die Gewerkschaften.
Der Vertrauensmann.
183/3
B. Wogewotta.

Weißbier!

Für Fabriken und Werkstätten sowie für Wiederverkäufer liefere ich mein **Perlsand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 M. für 40 halbe oder 45 1/10 oder 25 1/10 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patentverschluß, ohne Wandberechnung.
Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.
A. Seidler,
Schöneberg, 2141*
Fedastraße Nr. 73-75 und 82,
Berliner Weissbier-Brauerei.

Dankagung.

Sage Hiermit allen Bekannten, sowie der freien Vereinigung der Bauanschäger und dem Gesangverein „Schildehorn“ meinen Dank für die letzte Ehre, die sie meinem Manne erwiesen haben.
1906b
Frau Krüger nebst Kind.

Erklärung.

Da ich am Sonntag, den 22. d. M., durch Namensunterschrift im „Vorwärts“ erklärt habe, daß ich kein bojkottirtes Bier verschänke, und ich gegebenes Versprechen voll und ganz aufrecht erhalte, weise ich jede falsche Beschuldigung, Bier unter falscher Flagge zu verschänken, auf das Entschiedenste zurück.
Ernst Hegeler,
Prinzen-Allee 14.

Restaurant „Lindenhof“

Empfehle den Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen u. Vergnügungen mein Lokal mit gr. Garten, Saal u. Bairisch Bier von Gebr. Hoffmann, Potsdam. A. Mattausch, Gastwirth.

Rummelsburg.

Meinen früheren Gästen zur Nachricht, daß ich von heute ab ringreites Bier führe. Um gütigen Zuspruch bittet
Rudolf Kleiber, Schlüterstr. 26.

Wobl. Schlafst. f. D. sep. Auergeb.

1 C., Urbanstr. 23, bei Walltta.

Arbeitsmarkt.

Carton-Arbeiterinnen, nur geübte, w. verl. v. M. Wolff, Neue-Friedrichstr. 43
Lehrling zur Lederarbeit sucht
Otto Platen, Weigerstr. 1, 4 Tc.

Gesang-Verein „Senefelders“.

Sonntags, den 28. Juli:
Nachtpartie
nach Strausberg.
Treff: präz. 8 Uhr Wartesaal III. Nr. Alexanderplatz. 128/9
Kollegen und Freunde willkommen.

Stenographen-Schule.

Unser Vereinslokal ist vom Schult-Heiß-Kaufmann Oranienstr. 126 nach Restaurant Prolz, Annenstr. 9, verlegt. Donnerstag Abend nach der Uebung: Einweihung.
1906b

Restaurant „Lindenhof“

Empfehle den Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen u. Vergnügungen mein Lokal mit gr. Garten, Saal u. Bairisch Bier von Gebr. Hoffmann, Potsdam. A. Mattausch, Gastwirth.

Rummelsburg.

Meinen früheren Gästen zur Nachricht, daß ich von heute ab ringreites Bier führe. Um gütigen Zuspruch bittet
Rudolf Kleiber, Schlüterstr. 26.

Wobl. Schlafst. f. D. sep. Auergeb.

1 C., Urbanstr. 23, bei Walltta.

Arbeitsmarkt.

Carton-Arbeiterinnen, nur geübte, w. verl. v. M. Wolff, Neue-Friedrichstr. 43
Lehrling zur Lederarbeit sucht
Otto Platen, Weigerstr. 1, 4 Tc.

3. Wahlkreis.

In die Liste der am Dienstag veröffentlichten Gastwirthe, welche kein Boykottbier verschänken, sind die folgenden nachzutragen:

Annenstr. 29, Wehrel.	Souifen-Ufer 12, Menke.
Adalbertstr. 40, Piel.	Neuenburgerstr. 87, Regenber.
32, Knoll.	Oranienstr. 87, Schiffner.
26, Sarwarte.	Prinzenstr. 78, Wipf.
Admiralstr. 9, Henning.	Prinzenstr. 17, Krüger.
15, Lemble.	Ritterstr. 41, Bodin.
38, Heese.	47, Loehom.
40a, Günther.	32, Baibe.
18, Bergmann.	119, Lorenz.
Budowerstr. 6, Krüger.	11, Brenneke.
Brüherstr. 43, Berner.	22, Rafemann.
10, König.	70, Babnig.
Beuthstr. 3, Schulz.	28, Pächel.
Brandenburgstr. 6, Becker.	31, Pahl.
17, Eisner.	Reichenbergerstr. 11-12, Elm.
Dresdenerstr. 40, Dorn.	Sebastianstr. 47, Berkmann.
45, Mancke.	78, Neubauer.
48, Freudenberg.	77, Berteam.
80, Britsch.	81, Goslau.
130, Hörde.	Skaligerstr. 140, Raywaldt.
Elisabeth-Ufer 1, Geier.	147a, Weiland.
26, Zentsch.	4.
12, Freundt.	Stallschreiberstr. 27, Schulz.
Engel-Ufer 4a, Miye.	1-2, Meindel.
Franzstr. 14, Lange.	Simeonstr. 3, Handte.
Grünstr. 13, Prill.	4, Horst.
Hollmannstr. 9/10, Hartmann.	11, Wdtk.
86, Grünh.	Stallschreiberstr. 40, Ederdt.
Jakobstr. Alte, 130, Frankenberg.	Seydelstr. 8, Passou.
134, Sauer.	13, Borchardt.
3, Bratka.	16, Bohnstengel.
Josephstr. 10, Günther.	Stallschreiberstr. 26, Meinecke.
13, Mehlau.	Wallstr. 1, Dorn.
Köpenickerstr. 31, Schulze.	Walldemarstr. 27, Birett, früher Mann.
70, Fischer.	
109a, Bödig.	

Diese Liste wird am 28. Juli wieder veröffentlicht. Meldungen nehmen entgegen:

- Götte, Brandenburgstraße 18,
- Lenz, Alte Jakobstraße 69,
- Schöning, Stallschreiberstraße 29,
- Schönemann, Skaligerstraße 7,
- Böhm, Dresdenerstraße 57.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe Berlins und Umgegend.

General-Versammlung

am Donnerstag, 26. Juli, Nachm. 5 Uhr, beim Koll. Ulrich, Waldemarstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Beschlussfassung über Unterstufungsanträge. 130/3
 2. Vierteljahresbericht des Kassiers und Bericht der Rechtschul-Kommission.
 3. Allgemeine Gastwirthsfragen und der Stand des Bierboykotts.
 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 5. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Der Vorstand.

NB. Aus dem Verein wurden ausgeschlossen wegen Schänken von Ring- und Bohrtbiers durch Vereinsbeschluss: die Kollegen Baier, Biondschlag 1 und Nadcho, Pallisadenstr. 64/65; durch Vorstandbeschluss die Kollegen Pfister, Charlottenburg, Göthestraße 78, Grützmann, Puttbuscherstr. 17, Blasig, Mühlenstr. 87 und Böhm, Karkonnen-Allee 31; freiwillig ausgeschieden aus demselben Grunde Lange, Franz- und Josephstraße-Gde.

Der Vorstand. J. A.: W. Lorenz.

Charlottenburg.

Freitag, 27. Juli, Abends 8 Uhr, in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:

Große öffentl. Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Bierboykott. Referent Genosse Wilhelm Pfannkuch.
 2. Diskussion. 253/9
- Um zahlreiches Erscheinen ersuchen

Die Vertrauensleute.

Parteigenossen Charlottenburgs!

Sonntag, den 29. Juli:

Großes Sommerfest

im Ausschank der Brauerei Pichelsdorf (Pichelsdorf bei Spandau)

arrangirt von der sozialdemokrat. Partei in Charlottenburg.

Grosses Instrumental-Konzert

ausgeführt von der freien Vereinigung der Zivil-Musikanten.

Kinder-Fackelzug. Tanz. Kinderbelustigungen.

Die Kaffeeküchen sind von 1 Uhr Mittags geöffnet.

Billets inkl. Tanz 20 Pf. Anfang Vorm. 10 Uhr.

Die Vertrauensleute.

Fahrgelegenheiten. Eisenbahn: Ab Stadtbahn von Vormittags 7 Uhr stündlich. Ab Spandau bis 12⁴⁵ Abends stündlich. Von Charlottenburg Vorm. 6⁴⁵, 7¹⁵, 7⁴⁵, 8¹⁵, 8⁴⁵, 9¹⁵, 9⁴⁵, 10¹⁵, 10⁴⁵, 11¹⁵, 11⁴⁵. Fahrpreis: III. Klasse 20 Pf. — Von 12 Uhr ab: Krenser in Spandau (Wilhelms-Garten). Fahrzeit 20 Minuten. Fahrpreis 20 Pf. pro Person. Ebenda Pferdebahn 10 Pf. (8 Minuten-Verkehr). — Dampfer ab Spandauer Bahnhof, Lindenufer, von 2 Uhr ab halbstündlich. — Am Spandauer Bahnhof werden durch kleine rote Abzeichen kenntliche Genossen Auskunft ertheilen, resp. Führung übernehmen. 253/8

Alle diejenigen Genossinnen und Genossen, welche Dampferfahrt wünschen, erhalten Billets à 75 Pf. für Hin- und Rückfahrt beim Genossen Herrn Wernicke, Krummestraße 19, bis Sonnabend Abend. Kinder unter 10 Jahren frei, über 10 bis 14 Jahre 30 Pf. Abfahrt des Dampfers Morgens 9 Uhr von der Zugbrücke. — Abfahrt Pichelsdorf Abends 9-9¹⁵ Uhr. Der Dampfer fahrt 375 Personen und bitten wir rechtzeitig Billets zu entnehmen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

General-Versammlung

am Montag, den 30. Juli, Abends 8¹⁵ Uhr,

im Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
 2. Bericht der Ortsverwaltung, der Beisitzer, der Verhalt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers.
 3. Erziehungswahl der Ortsverwaltung.
 4. Antrag betr. Ausschluß zweier Mitglieder.
 5. Sonstige Anträge.
 6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
- Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist vorzubringen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 141/9

Sonntag, den 29. Juli, Vormittags 9¹⁵ Uhr, bei Langr, Stromstraße 28:

Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tagesordnung: 1. Vortrag 2. Diskussion. 3. Vorschlag eines Beisitzers. 4. Verhaltangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Federgalanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen. Mitgliedschaft Berlin.

Heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstraße 16:

Branchen-Versammlung für Kartonarbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen B. Artelt über: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen in der Kartonbranche. 2. Verschiedenes. [74/4]

Tischler-Verein.

Sonntag, den 28. Juli, Abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ausgabe der noch vorhandenen Billets zur Dampferpartie nach Schmöckwitz.
 2. Vereinsangelegenheiten.
 3. Unterstützungsgesuch.
- In Schmöckwitz kommt

Culmbacher, Grätzer und Weissbier

zum Ausschank. Auf den Dampfern kein boykottirtes Bier.

Billets sind bis 26. Juli Abends bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Nachher nur bei den Herren E. Löchel, Dieffenbachstr. 27; B. Wulff, Prinzenstr. 8; Roth, Adalbertstr. 83. 249/3

Der Vorstand.

Ausserordentliche Generalversammlung der Delegirten der Orts-Krankenkasse der Kürschner und verwandten Gewerbe.

Sonntag, den 28. Juli, Abends 8 Uhr, im Restaurant Feind, Weisstr. 11.

Tages-Ordnung: 1. Aenderung des § 30 des Statutes. 2. Antrag auf Erhebung von Mahngeldern. 3. Verschiedenes in Kasienangelegenheiten.

Der Vorstand.

„Bohemia.“

Am Sonntag, den 28. Juli 1894:

Grosse Extra-Vorstellung

unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Sirene“, zum Besten der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter.

Anfang des Konzerts 8 Uhr. Programm 30 Pf.

Ein Beisensehender des Berliner „Intelligenz-Blattes“ hat sich unser Verhalten der Lokalsperre gegenüber so zu Herzen genommen, daß er in der Nr. 166 vom Donnerstag, den 16. Juli, im „Intelligenz-Blatt“ durch unwahre Behauptungen seinem Herzen Luft macht. Im Uebrigen ersuchen wir um eine thatkräftige Unterstützung. 1962b

Der Vorstand. J. A.: Franz Pahl.

Achtung! Moabit. Achtung!

Sonntag, den 28. d. M., im „Victoria-Salon“, Porlebergerstr. 13:

Großer Sommernachts-Ball

mit verschiedenen Ueberraschungen. Arrangirt vom

Veranigungsverein „Nordwacht“

(Mitglied des Bundes der gefelligen Arbeiter-Vereine), zum Besten der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter. Unter gütiger Mitwirkung des Berliner Original-Vollharmonisten Genossen H. Lewandowsky, sowie der Original-Grotesque-Duetttisten Geschwister Grosselli. 1965b

Herren à 50 Pf. Anfang 8 Uhr. Damen à 25 Pf.

Um recht zahlreichen Besuch bittet Das Comité.



Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, d. vt., gegenüber Andreaskol.

2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüber Humboldtscham.

größtes Lager Berlins. Muster-

Kinderwagen, Bücher gratis. Theilzahlung ge-

attet. 500 Mark zahlbar im Jedem, der mir nachweist, daß

nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Altenberg's Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst.,

Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 182, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr.

No. 57/58, Alte Schönbauerstr. 2, empf. f. s. Färb. u. Reing. v. Garderob. jed.

Art. Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 M. v. Bid., Weidwed. gef. 1.25 M. v.

Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen

billigst. Neu! Glanzreinigung von blankgetragenen Kammmant-Garderoben

Echt Stonsdorfer Likör

à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90,—.

Eugen Neumann & Co.,

6a. Belle-Allianceplatz 6a 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, feilschend. Reparaturen sofort. Weniger

Bemittelte Ermäßigung. Kreslawski, Spittelmarkt 13.

Große Berliner Schneider-Akademie.

462L* Berlin C., Rothes Schloss nur No. 1.

Größte und bestudirte Fachschule; alleiniger Unterricht nach

der unübertreffbaren und allgemein als beste anerkannten Methode

Kuhn. Wirkliche Garantie für gediegene theoretische und besonders

praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäschschneiderei.

Kostenfreier Stellennachweis. Prospekte gratis. — Empfehlenswerth:

Schreibbücher für Herren- und Damenschneiderei. — Man beachte genau

unsere Firma und Hausnummer: nur No. 1. Die Direktion.

Kinderwagen, Reisekörbe zu Fabrikpreisen, auch Theilzahlung. G. L. Herrmann, Gneisenaustr. 115.

Rohtabak.

Größte Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfagen, wieder vorrätig.

Heinrich Franck, Brunnenstr. 185.

1200

Gophastoffreise

zu Bezügen ausreichend in Phantasie, Nips, Damast, Grèpe, Gobelin, Moquette und Plüsch, sowie Sattel-taschen spottbillig. M 25

J. Adler, Teppich-Fabrik, Spandauerstraße 30, vis-à-vis dem Rathhause.

Das beste Brot im Norden,

aus reinem Roggenmehl, daher nicht trocken werdend, mit der von der Gewerkschafts-Kommission sanctionirten Kontrollmarke der Bäckerarbeiter Berlins versehen, bekommt man beim Genossen Pfeiffer, Brunnenstraße 161, 1969b Hof im Backhaus, neben der Anklamstr.-Ecke.

Ein grosser Posten

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)

Größe 150 x 200, Stück 7,50 M.

circa 1000 Stück schwere buntfarbige

Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Größe

150 x 200 cm.

per Stück 4,50 M. sonstiger

Meine illustrierte Preisliste über hoch-

feine Stepp- und Schlafdecken gratis

und franco.

Steppdecken- Emil Lefèvre,

Fabrik Berlin S., Oranienstraße 158.

Jeden Morgen von 7-9 Uhr Ver-

lauf von: 1943b

Wurst, Liefen, Rücken fett und

Stücken fleisch

zu billigsten Engros-Preisen von 1 Pfd.

aufwärts. Wurstfabrik,

Wilhelmstr. 56, Hof rechts.

Ein Vereinszimmer ist zu vergeben

bei Braefide, Tegelerstr. 26. Hier

ist ringfrei.

Rummelsburg.

Den werthen Genossen bringe ich

hiermit mein pfeifisches

Wurst- u. Fleischwaaren-Geschäft

in Erinnerung, und bitte um geneigten

Zufpruch. Robert Mischock,

1938b Schillerstr. 28.

Knaben-Anzüge à 1,50 zu haben in

der Restler-Handlung Schiller-

straße 132, parterre. 1961b

Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Linien-

straße 149, 8-10, 5 bis

7. Sonntag 8-10 Uhr. 74L*

Vereinszimmer Plöck, Simeonstr. 23

Rein Ringfrei.

Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesell-

schaft sucht für Berlin u. die Provinz

thätige Haupt- u. Spezial-Agenten.

Hohe fortlaufende Bezüge event. auch

festes Gehalt werden zugesichert.

Offerten unter O. P. 2 nimmt die

Expedition entgegen. 219L*

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*

am hiesigen Plage wie bekannt

größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billige

Preise! Sämtliche im Handel

besühd. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

Volksbazar

Berlin, Köpenickerstraße 127a

empfehlen sein großes Lager fertiger

Herren- und Knaben-

Garderobe.

Bestellungen nach Maß werden in

eigener Werkstatt angefertigt. 5804L*

SO. Köpenickerstr. 127a

nabe der Adalbertstraße.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Die Arbeiter in den Schwefelgruben Siziliens.

Die nachfolgende Schilderung der Zustände in den Schwefelgruben Siziliens ist die wortgetreue Uebersetzung eines kleinen Kapitels des soeben in Mailand erschienenen Buches von Adolfo Rossi, betitelt „L'Agitation in Sicilia.“ Die Bewegung in Sizilien. Im Hinblick auf die jüngsten Verurtheilungen. — Eindrücke und Urtheile. Das Buch wird demnächst in deutscher Uebersetzung erscheinen und durch die greifbare Anschaulichkeit der Dinge, die es schildert, und die heute brennender sind als je, alle diejenigen, die an der Arbeiterbewegung Europa's Antheil nehmen auf höchste fesseln. Wie die neuesten Berichte aus Sizilien lauten, kann jeden Augenblick ein erneuter, flammender Hunger- und Verzweiflungs-Ausbruch der Bauern und Schwefelarbeiter erfolgen.

Adolfo Rossi, dies ist vor allem zu betonen, ist kein Sozialist, er ist ein bürgerlicher Journalist, der im vorigen Jahre, kurz vor Austritt der Crispinischen Herrschaft für die „Tribuna“ in Rom die nachfolgenden Schilderungen schrieb, und die „Tribuna“ ist heute ein Crispinisches Organ. Dies giebt den hier folgenden Darstellungen gewiß auch in den Augen der Bourgeoisie einen höheren Werth. Aber Adolfo Rossi ist ein ehrlicher Mensch, der wahrheitsgetreu die Eindrücke wiedergiebt, die er empfängt.

Es wird dem Leser des „Vorwärts“ besonders anziehend sein, in dieser kurzen Skizze auch De Felice zu begegnen undzüge seiner Persönlichkeit in sich aufzunehmen, des Märtyrers der sozialen Idee für Italien, der für achtzehn Jahre lebendig begraben im Kerker zu Florenz sitzt, nachdem soeben der oberste Gerichtshof als treues Organ der korrupten herrschenden Willkür in Italien das Revisionsgesetz De Felice verworfen hat.

Die Kammer in Rom ist in die Ferien gegangen, nachdem sie die unerhörtesten russisch-brutalen Unterdrückungsgehe Crispis' angenommen hat.

Aber für Sizilien hat die Kammer sich wohl gehütet, auch nur das Geringste zu thun. Es war eine Kommission gebildet worden, die Reformen für eine neue Agrar-Gesetzgebung der unglücklichen Insel zu gunsten der Arbeiter machen sollte. Die freiheitsmörderischen Organe, mit denen die Kammer schloß, ließen keine Zeit mehr, die Reformvorschlüge zur Sprache zu bringen. Es ist diese crispinische Volksvertretung, wie bürgerlich-radikale Blätter betonen, das ärgste Schandmal eines Landes, das die parlamentarische Geschichte der Welt kennt.

So sind noch heute die unglücklichen Land- und Minenarbeiter Siziliens — zumal unter dem Belagerungsstand Morra's — hilflos und rettungslos ihrem Schicksal überlassen.

Der Verfasser schildert, wie er auf seiner Rundreise in Sizilien beim Besuch der Schwefelgruben von Viridilio, mit De Felice zufällig zusammen traf, der mit Garibaldi Bosco zur Einweihungsfest eines Hauses in einer benachbarten größeren Ortsgemeinde eingeladen war, und er fährt also fort:

In einer gewissen Stelle, während wir die Gebirgsgegend überschritten, die Campobello von den Schwefelgruben trennt, sahen wir in der Entfernung einen kleinen rhabdithischen Knaben von neun oder zehn Jahren, der halbnaht über die Felder floh, gefolgt in einer Entfernung von etwa 200 Metern von einem Mann ohne Mühe, die Kleider weiß vom Schwefel, der, um besser laufen zu können, sich die Schuhe ausgezogen hatte und den klüchtigen Knaben mit Zeichen wildesten Jorns bedrohte.

Es ist ein Häuer (Picconiere), sagten uns die Bauern, der einen entflohenen Caruso einzufangen sucht. Wenn er ihn fängt, so schindet er ihn lebendig über die Festtage. Das sind Dinge, die alle Tage geschehen!

In diese Dinge geschehen alle Tage, aber es ist die rohste Barbarei, die in zivilisirten Ländern nicht gebildet werden sollte! Diese Flucht des Knaben und diese Verfolgung vor Augen, schien es mir, als wohnt ich einer Szene bei aus „Onkel Toms Hütte“ von Beecher-Stowe bei.

Die Carusi sind, wie bekannt, im Allgemeinen Knaben von acht bis fünfzehn oder achtzehn Jahren, die auf der Schulter das Schwefelmineral aus den tiefen Galerien und Schächten zur Oberfläche tragen müssen, wobei sie durch die enghen Gänge zu klettern und sich hindurch zu winden haben. Die Picconiere, das sind die Männer, die mit ihren Hänen das Mineral in den Galerien herausarbeiten, verschaffen sich einen oder mehrere der Carusi durch Uebereinkunft oder Verabredung mit den Eltern der Knaben für eine Summe, die von 100 bis 150 Franks wechselt, aber, wohlgemerkt, nicht in baar, sondern in Mehl oder Getreide zu bezahlen ist. So wie ein Lastthier gekauft, gehört der Caruso dem Picconiere genau wie ein wahrer Sklave. Er kann nicht frei werden, bis er die genannte Summe zurückgezahlt hat, und da er nur wenige Centesimi für den Tag verdient, so dauert seine Sklaverei viele, viele Jahre hindurch. Er wird mitschleiftet sowohl vom Vater, der ihn nicht befreien kann, als auch vom Picconiere, der ein Interesse daran hat, ihn so lange als möglich anzubehalten. Und wenn er zu fliehen versucht, giebt es eine wilde graufame Jagd, wie wir es soeben gesehen haben.

Aber so haltet doch den Picconiere auf! schrien wir denen vom Campobello zu.

Einige Mühsieder erreichten ihn wirklich in der That und hielten ihn fest. Aber nach einer kurzen Unterredung sahen wir, daß sie ihn wieder gehen ließen.

Er ist in seinem Recht, sagten sie uns, als sie zu uns zurück kamen. Der Caruso gehört ihm.

Wenn es sich um solch ein Durchgehen handelt, sagte uns ein Caruso, der Theil an unserem Erfolge nahm, so will das noch nichts sagen. Das schlimmste ist nur, wenn der Picconiere den Stock gebraucht. In der vergangenen Woche wurde der 13-jährige Caruso Angeleddu von seinem Picconiere mit acht Stockschlägen getödtet.

Und wurde der Picconiere nicht verhaftet?

Man verhaftet sie niemals. Wer kümmert sich um die Carusi? Wenn die Carusi von ihren Herren getödtet werden, so sind sie für die Behörden immer eines natürlichen Todes gestorben. Vor kurzem starb in den Schwefelgruben von Ricazzo ein anderer Caruso infolge eines Fehltrittes in den Leib.

Wie heißt Du? fragte ich den Caruso, der mir diese Greuelthaten erzählte. Filippo Tagliolano von Campobello. Ich bin 13 Jahre alt. Ich arbeite als Caruso seit fünf Jahren und bin in Schulden bei meinem Picconiere um 25 Franks, die ich niemals bezahlen kann.

Wir zogen sehr traurig weiter. Um 3/4 Uhr gelangten wir zu der Schwefelgrube La Mintina, wo am 10. Juni 1888 ein unvorhergesehener Erdsturz in den Galerien 142, sage ein- hundertzweiundvierzig Menschen, Picconiere sowohl wie Carusi

tödtete. Die ausgebeuteten Galerien werden nämlich niemals wieder gefüllt oder gestützt, und die überaus große Anzahl, die eine große unterirdische Höhle bildete, hatte den Einsturz herbeigeführt.

In einer Bodensenkung fanden wir an einer Seite einige Oefen errichtet, wo man das Mineral reinigte, umgeben von einem großen Haufen desselben Minerals. Hier und dort sah man eine Art von Nischen in einer Vermauerung des Erdbodens. Es waren die Grubenengänge.

Vor ihnen standen vollständig nackte Knaben von 9-14 Jahren und Picconiere gleichfalls in adamitischem Kostüm, nur mit einem kleinen von Bindfäden gehaltenen Lappen über den Geschlechtstheilen.

Diese Gruppen von Knaben und Erwachsenen mit tiefbrauner Haut, die sich von dem verbrannten, nackten Boden abhoben — nur an einigen Abhängen sah man Sträucher von Kakus und indischen Feigen — schienen keine Italiener, sondern Afrikaner oder Hindu zu sein.

Aber das Schauspiel macht nur von weitem durch seine Neuheit den malerischen Eindruck, in der Nähe preßt er das Herz zusammen.

Die Carusi tragen an ihrem ganzen Körper deutlich sichtbar die Bandmale der Leiden, denen sie ausgesetzt sind. Zur Arbeit genommen im Alter von acht oder neun Jahren haben sie gewöhnlich durch die übertriebene, angespannte Mühsal krumme Schultern oder verrenkte oder verkrüppelte Beine. Die Augen liegen tief in ihren Höhlen wegen der unzureichenden Ernährung und die Stirn dieser Kinder ist von vorzeitigen tiefen Runzeln gefurcht. Das Geheiß, das die Kinderarbeit beschließen sollte und nach welchem kein Knabe das Sklavennam eines Carusi tragen dürfte, wenn er noch nicht 12 Jahre alt ist, bleibt in Wahrheit völlig unbeachtet.

Alle Carusi, die ich fragte, haben ihre Sklavenarbeit mit acht oder neun Jahren begonnen. Der größere Theil sagte mir, daß er noch nicht fünfzig Centesimi des Tages verdiente, und daß dieser Lohn ihm nicht in Geld, sondern in dem schlechtesten Mehl und zu einem Preise ausgezahlt würde, der weit höher sei, als der laufende Mehlpreis in den benachbarten Orten.

Und wenn wir krumme Beine machen, fügte einer hinzu — das heißt, wenn wir nicht schnell mit unserer Last die Weiten hinausschieben — dann giebt es Stockschläge.

Und wie viel Stunden arbeitet Ihr? fragte ich.

Gewöhnlich zwölf Stunden hintereinander, von vier Uhr bis vier Uhr, und zwar sechs aufeinander folgende Tage hindurch, während welcher wir hier schlafen, am siebenten Tage gehen wir nach Hause, um dort zu schlafen.

Und wo schlaft Ihr hier?

Auf der Erde oder in jenen Höhlen, und sie zeigten mir einige Höhlen, wahre Wohnungen von Troglodyten. Die Stüchler, fügten sie hinzu, schlafen dort.

Und sie führten mich unter ein Schuppendach, das an einem Ofen angefügt war, und dessen ganzes Mobiliar aus einer hölzernen Pritsche ohne Strohhalm bestand. Am Fuße dieser Pritsche nahmen soeben einige Carusi mit ihm Picconiere das Mittagessen ein. Sie aßen trockenes Brot und Zwiebeln.

Trinkt Ihr keinen Wein? fragte ich.

Nein? wiederholten sie und sahen mich erstaunt an, und wer wird uns welchen geben? Hätten wir wenigstens Wasser. Es ist ja nicht einmal Wasser da. In den Stunden, in denen wir schlafen sollten, müssen wir einen langen Weg machen, um ein wenig Wasser zu holen.

Wieviel Gänge vom Grund der Mine machst Du im Durchschnitt täglich mit Deiner Last Schwefel? fragte ich einen der Carusi.

Fünfundzwanzig Gänge für siebenundzwanzig Soldi hinauf und hinunter durch einen Minenschacht von fünfzig Ruthen (hundertunddrei Meter).

Andere Carusi sammelten sich um uns, Alles ruinierte Geschöpfe, ruiniert durch die übermäßige Arbeit und durch die Verhinderung ihrer körperlichen Entwicklung: wahre Bilder verhungerrter Sklaven.

Kaum hörten sie, daß wir uns über ihr Geschick erkundigten, so suchten sie irgend welche Pumpen, die sie über ihren Körper legten, um sich uns zu nähern und uns zu erzählen wie sie behandelt werden.

Es war ein herzzerreißendes Schauspiel. Einer von diesen Unglücklichen hatte sehr kluge Augen und beantwortete mit Schnelle und Geistesgegenwart unsere Fragen. Aber der größere Theil erschien stumpfsinnig durch ihre Leiden und diese hatten alle einen verschleierte und erloschenen Blick mit bläulichdunklen Augenhöhlen.

Wir versuchten in einen Grubenschacht der Mine La Mintina hinaufzusteigen, aber er war so eng, steil und gefährlich zu durchschreiten, daß wir, nachdem wir wenige Meter vorgegangen waren darauf verzichten mußten den Abstieg fortzusetzen.

Es erschien uns ganz unmöglich, daß die armen Carusi aus dem tiefen Grunde dieses Loches ihre schweren Lasten Schwefelmineral auf ihren Schultern hinaufschleppen konnten.

Wir versuchten darauf in einen etwas weiteren Schacht einzudringen und wurden zu dem Eingang der Nummer drei der Mine Viridilio geführt, in welcher nicht weniger als eintausend dreihundert Picconiere und Carusi arbeiteten. Zwei von diesen lezten, die eben ihren Turnus beendigt hatten, erboten sich, De Felice und mich zu begleiten, während drei Häupter der Schaar sich vor den Eingang des Schachtes stellten, um das Eindringen der andern zu verhindern.

Bei dem zitternden Lichte von zwei kleinen Oelämpchen, die die Carusi trugen, begannen wir in jenen Minenschacht hinaufzusteigen. Wir mußten dabei behändig gebückt gehen und uns mit den Händen an der Gesteinswand stützen. Die in der Gesteinsmasse ausgehöhlten Stufen sind höchst unregelmäßig, bald hoch, bald niedrig, bald an den Stellen abgestoßen, bald trocken und mit Staub bedeckt, bald weis und schlüpfrig.

Wir waren wenige Meter vorgegangen, als wir schwache Lichter im Grunde erblickten. Es waren die Lämpchen einiger Carusi, die gekrümmt unter ihrer Schweißlast, heraufstiegen. Bald hörten wir Angst- und Klagerufe. Es waren die Seufzer dieser Unglücklichen, die man immer deutlicher vernahm, je mehr die kleinen Träger sich uns näherten: Es waren Seufzer und Klagen der jarten, Leihenden und unterdrückten Geschöpfe, die fühlen, daß sie nicht mehr aufsteigen und vorwärts gehen konnten und die doch, koste es, was es koste, vorwärts schreiten und aufsteigen mußten, aus Angst, daß ihre Picconiere sie bemerken und mit Stockschlägen antreiben oder ihnen die Kniekehlen mit einer Lampe versengen würden.

Sowohl ich als De Felice fühlten, wie uns das Herz brach beim Anhören des Stöhnens und der Klagen dieses Märtyrerganges der kleinen Paria. Und als wir uns an die feuchte

Wand drücken mußten, um die unter ihrer Last gekrümmten Carusi vorbeizulassen und ihre mißgeformten Beine unter der Last zu unterstützen, da ergriff uns ein solcher Anfall von überwältigendem Mitleid, daß wir begannen zu weinen wie zwei kleine Kinder.

Ist es möglich! rufen wir aus. — Ist es denn möglich, daß man eine solche Infamie eine so lange Zeit hindurch und bis heute dulden kann!?

Wir wußten Beide, da wir den Bericht Jacini über die Tage der Landarbeiter und andere Untersuchungen gelesen hatten, die bis heute durch alle Regierungen hindurch ganz unfruchtbar geblieben sind, was die Carusi wären, aber kein Schriftsteller der Welt kann jemals eine hinreichende Vorstellung der Wirklichkeit dem geben, der sie nicht selbst in jenen Höhlengruben der Schwefelminen gesehen hat.

Wir hielten einige von ihnen auf und erleichterten sie für einen Moment ihrer schweren Last, die aus einem Sack voll kleinerer Schwefelstücke und aus einem großen Stück des Schwefelminerals bestand, — im Ganzen eine Last für diese Knaben von vierzig bis fünfzig Kilogramm.

Wir stellten fest, daß die Haut ihrer Schultern und die Haut des ganzen Rückens aufgedorsten und entblößt, feuerroth oder mit Schwielen und schwärzlichblauen Narben bedeckt war.

Wir schritten weiter vor, und uns zur Linken wendend, begegneten wir in einem zweiten Theil des Schachtes mit höheren und noch gefährlicheren Stufen als früher bald anderen Jüngen von Carusi, die gekrümmt unter der schrecklichen Last, hinaufstiegen und unaussprechlich jene stöhnende Klagen erschallen ließen, das unser Herz zerriß.

Man beachte wohl, daß diese Kerkmten nichts davon wußten, daß irgend jemand in die Grube hinabstieg, um die Schwefelminen zu untersuchen, in der sie arbeiteten. Wir stiegen in die Tiefe der Grube Viridilio, ohne daß einer ihrer Picconiere oder der Carusi davon wußte und erfahren hatte. Gekrümmt und gebeugt unter ihren Schwefelsäcken sahen uns die Carusi beim Vorbereiten nicht einmal.

Ich hörte in ihrem Dialekt einen von ihnen zu einem Gefährten, mit dem er zusammen aufstieg, mit weinender Stimme sagen: So müde bin ich! ich kann nicht mehr den Sack tragen! ich lasse ihn zur Erde fallen!

Bei einer dritten Wendung des Schachtes traf ich einen blonden Caruso, der überwältigt von der Mühsal nicht mehr aufsteigen konnte. Er hatte seine Schwefelsäcke neben sich auf den Boden gelegt und niederkauernd über einer Treppenstufe weinte er stillschweigend. Er hatte blaue Augen mit ganz roth geschwollenen Lidern und große Thränen liefen über seine hohlen lahlen Wangen herab.

In meinem Leben habe ich als Journalist in Italien, in Frankreich, in Deutschland, in England, in Afrika und in Amerika Schreckensszenen jeglicher Art beigezogen: Erschießungen, Aufhängungen, Enthungen, Blutgemetzel und Todesfälle jeder Art sowohl in den Lagereisen als anderswo. Kein Anblick aber hat mich jemals so tief erschüttert, als der der Schwefelgruben Viridilio. Diese barbarische Arbeit, so jarten Knaben aufgelegt — die in dem Zustand, in welchem sie leben, auch noch Opfer der Päderastie und anderer Greuel sind — ist eine Thatfache, die zum Himmel um Rache schreit! Sie ist die Verneinung jedes ursprünglichen Grades von Menschlichkeit.

Man muß sich schämen, in einem Lande geboren zu sein, wo solche Greuel der Barbarei noch heute existiren!

Tokales.

Die städtischen Fluss-Bade-Anstalten werden nicht, wie uns kürzlich ein Leser in einem „Nothschrei“ über die Mangelhaftigkeit dieser Anstalten schrieb, fast ausschließlich von der Schuljugend per Freikarte besucht, sondern erfreuen sich auch in den Kreisen des noch leidlich zahlungsfähigen Publikums einer ziemlichen Beliebtheit. Sie wurden beispielsweise im Sommer 1893 von 334 964 frei badenden und 218 835 zahlenden Personen besucht. Da das Eintrittsgeld nur 5 Pfennig beträgt, so erreichten natürlich auch die Einnahmen nur die bescheidenen Höhe von 10 941 Mark. In den Schwimmanstalten ist die Zahl der frei Badenden noch geringer. Sie betrug 1893 nur 81 226 Personen, während 817 753 Personen zahlten. Trotzdem belief sich auch hier die Einnahme nur auf 39 323 M. Bei diesen geringen Einnahmen läge es nahe, die städtischen Bade- und Schwimm-Anstalten, oder wenigstens die Bade-Anstalten, dem Publikum überhaupt vollständig frei zu geben. Dem Stadtsäckel würde damit nur wenig geschadet, aber der Gesamtheit würde außerordentlich genützt. Es giebt gewiß genug Leute, denen auch 5 Pfennig für ein Bad noch zu theuer ist, die aber andererseits den Gang zum Armenkommissions-Vorsteher verschmähen und am Ende diesem auch noch nicht bedürftig genug erscheinen würden. Befördert wird also die Neigung zum Baden durch die Erhebung der 5 Pfennig auf keinen Fall. Und doch ist ein reinigendes, erfrischendes, kräftigendes Bad ebenso ein unabwiesbares Bedürfnis als es gewisse andere Bedürfnisse sind. Darum erscheint es uns ebensov unverständlich und unverständlich, für die Darbietung einer Badegelegenheit — und noch dazu einer so primitiven, wie es die städtischen Anstalten sind — Entgelt zu fordern, als wenn man für die Benutzung der Retiraden Bezahlung nehmen wollte. Aber wenn die völlige Freigabe der städtischen Badeanstalten bisher noch nicht erfolgt ist, so liegt das wohl weniger an Kauffertigkeit, — was wollen 11 000 M. sagen! — als an der Furcht vor dem Einbruch des „sozialistischen“ Prinzips in die städtische Verwaltung. Bis her hat man sie noch nach Kräften gegen dieses schreckliche Unglück zu schützen gewußt. Wir erinnern nur an die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Anstellung von Schulärzten, auf allgemein unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln, auf allgemein unentgeltliche Medizinikation u. s. w. Sie wußten manchmal geradezu komisch, diese Furcht vor dem Vagitus des Sozialismus; so z. B. wenn Schulrath Vertman im April 1892 bei Verathung des Projectes der Schul-Brausebäder meinte, eine „sozialistische“ Gefahr, die etwa von dieser Einrichtung zu befürchten sei, könne man vielleicht durch Erhebung von 5 Pfennigen abwenden. Empfindsame Seelen kann man gelegentlich auch äußern hören, die Unentgeltlichkeit drücke solche Einrichtungen zu Almosenanstalten herab und würde diejenigen, welche zwar auch nicht viel in die Suppe zu broden haben, aber doch zahlen wollen, weil sie nichts geschenkt haben mögen, beschämen und verächtlichen. Als ob sich je einer durch die Unentgeltlichkeit von der Benutzung Retiraden der Parlamente, der Museen zc. hätte abschrecken lassen! „Beschämen“ ist die Unentgeltlichkeit nur dann, wenn daneben Bezahlung üblich ist, und sie wird es nachträglich,

wenn daneben Bezahlung eingeführt wird. Auf den Bänken in den Parkanlagen zu sitzen, geht gewissen Leuten von dem Augenblick an nicht mehr als „vornehm“, wo ein Privatunternehmer daneben seine Stühle aufstellt, deren Benutzung bezahlt werden muß. Die völlige Aufhebung des Eintrittsgeldes würde den städtischen Bädern den Charakter von Armenanstalten nicht verleihen, sondern nehmen. Geldproben wird der arme Sechser, den die Stadt den Armen für ein Bad abnimmt, doch nicht in die Anstalten locken. Sie gelten ihnen auch so als Armenbäder. Daß es in der That kein Hochgenuss ist, hier zu baden, ergibt die Frequenzziffer. Die höchste von 1893 fiel auf den 8. Juli. An diesem Tage badeten in 17 Bassins 24.214 Personen, und zwar in der Anstalt am Nordhafen allein 3660 Personen. Die Anstalt ist von 5 Uhr früh bis Sonnenuntergang, also etwas über 15 Stunden geöffnet. Vertheilt sich die Badenden auf alle Stunden gleichmäßig, so kämen auf die Stunde über 240 Personen. Wir fürchten aber, daß in den Abendstunden die vierfache Zahl in einer Stunde gebadet hat, — auch ein Beweis für die Mangelhaftigkeit dieser Anstalten!

Das Stabliement der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft am Gartenplatz — der „Allgemeinen“, wie sie kurzweg genannt wird — vergrößert sich von Jahr zu Jahr, ein Zeichen geschäftlicher Blüthe. Gegenwärtig wird wiederum ein Erweiterungsbau in der Hermsdorferstraße fertig gestellt. Das Stabliement bildet einen mächtigen Block und stellt, begrenzt von der Ader-, Feld-, Hufsten- und Hermsdorferstraße, gewissermaßen eine Insel dar in dem Däusermeere des nördlichen Berlin. Zwei Wohnhäuser an der Ecke der Feld- und Aderstraße haben bis jetzt noch der erdrückenden Umarmung Trost geboten und fristen noch ein bescheidenes Dasein. Doch auch ihre Tage sind gezählt und über kurz oder lang werden auch sie fallen, Fabrikanlagen werden an ihre Stelle treten und die „Allgemeine“ wird Alleinherrscherin sein auf dem großen vorher bezeichneten Terrain! So sehr die Aktionäre und Direktoren dieser Königin der Industrie von ihrem stetigen Wachstum auch erbaut sein mögen — von den Anwohnern dieser Fabrik kann man nicht das Gleiche behaupten; sie empfinden nur Ueherge oder Verdruß. Und diese widerwärtigen Empfindungen haben ihre berechtigte Ursache. Ist es doch gewiß nicht Angenehmes, das Fabrikgetöse in unmittelbarer Nähe Tag und Nacht mit anhören zu müssen. Ist doch das gewöhnliche Straßengeräusch für nervöse Leute unträglich; sucht man dasselbe doch durch „geräuschloses“ Pflaster nach Möglichkeit zu dämpfen, um wie viel mehr muß nicht das permanente Fabrikgetöse eines derartigen Riesenbetriebes verderblich auf den Menschen einwirken. Die Anwohner haben sich daher wiederholt zusammengethan und bei der Polizei und den oberen Behörden Beschwerde geführt. Das Ergebnis derselben war der Bescheid, daß die Beschwerde anerkannt und die Fabrikleitung angewiesen worden sei, die Fenster der Fabrikräume geschlossen zu halten, dann werde von dem Fabrikgetöse nichts mehr zu hören sein. Das war nun zwar ein Erfolg, aber was für einer! Die Fenster der Fabrikräume sind nach wie vor geöffnet, und warum? Aus dem sehr einfachen Grunde, weil in den Fabrikräumen Hunderte von Menschen arbeiten, die nicht völlig ersticken wollen. Die „Allgemeine“ ist augenscheinlich nicht vermögend genug, für Ventilationsvorrichtungen Sorge zu tragen. Die Ventilation durch einfaches Öffnen der Fenster ist jedenfalls billiger und irgend welche Rücksichtnahme auf seine Nebenmenschen darf man vom heutigen Kapitale nicht erwarten. Zu dem ersteren Uebelstande gesellt sich aber noch ein weit größerer, und dies ist die Rauchbelästigung, unter der die Nachbarn der „Allgemeinen“ ganz empfindlich zu leiden haben. Auch hiergegen ist bereits Beschwerde erhoben worden, jedoch ohne jeglichen Erfolg. Man sollte meinen, daß eine derartige Fabrik ohne Frage gehalten sein sollte, Vorkehrungen zu treffen, welche die Belästigung der Nachbarschaft durch Rauch ausschließen. Aus dem Gebiete der Rauchverbrennung sind derartige Fortschritte gemacht worden, daß eine Befreiung dieses Uebels wohl zu erzielenden wäre. Aber dazu gehört wiederum Geld und für derartige Zwecke scheint kein vorhanden zu sein. Mag die ganze Gegend verunkelt werden, mögen die Anwohner geräuchert werden, die Königin der Industrie fragt nicht danach, sie qualmt und spezialelt ungehindert fort zum Nutzen des großen Geldsacks, zum Schaden der benachbarten Anwohner. Es wäre an der Zeit, daß diesem kapitalistischen Ungehörigen energisch auf den Geist gedrückt würde, denn die jetzt durch dasselbe verursachten Zustände sind nicht mehr schön.

Ausbreitende Krankheiten und Desinfektion. Die außerordentlich geringe die Beteiligung der Hinterhausbewohner an dem im Verwaltungsjahr 1892/93 durch die städtische Desinfektionsanstalt bewirkten Desinfektionen ist (vgl. „Vorwärts“, Nr. 129, Artikel: „Die städtische Desinfektionsanstalt“), das tritt erst dann recht hervor, wenn damit verglichen wird, wie stark die Hinterhausbewohner in der Regel an denjenigen Krankheiten betheiligt sind, bei denen desinfizirt zu werden pflegt. Aus dem geringeren gemordenen Vertheil auf den Fanbleiben zog bekanntlich der Minister v. Bütticher in der Reichstagsdebatte vom 22. Januar 1894 den Schluß, daß auch das Bedürfnis, etwas zu verstehen, geringer geworden sei. Nach demselben Prinzip könnte aus den Betriebsergebnissen der Desinfektions-Anstalt geschlossen werden, daß ansteckende Krankheiten und damit das Bedürfnis, desinfizirt zu lassen, in den Hinterhäusern verhältnismäßig seltener aufträte als in den Vorderhäusern. Aber selbst der Berliner Magistrat spricht in seinem letzten Haupt-Verwaltungsbericht bei Erörterung der Desinfektionsfrage die Vermuthung aus, daß in den Hinterhäusern der Gesundheitszustand wohl kaum besser sein werde als in den Vorderhäusern, und er nimmt insbesondere von den ansteckenden Krankheiten das gerade Gegentheil an. Diese Annahme ist in der That begründet. Nach den Veröffentlichungen des „Statistischen Amtes der Stadt Berlin“ wurden z. B. im Jahre 1892 insgesamt 9068 Erkrankungen an Masern, Scharlach, Diphtherie, Kindbettfieber, Unterleibstypus, asiatischer Cholera (92 Fälle) und epidemischer Genickstarre (5 Fälle) gemeldet. Bei 8101 Fällen wurde die Wohnungslage festgestellt. Davon kamen auf

	Vorderhaus	in %	Hinterhaus	in %
Keller	309	3,8	239	3,0
Erdbgeschoß	645	8,0	581	7,2
1 Treppe	836	10,3	778	9,5
2 Treppen	932	11,7	725	9,0
3 Treppen	929	11,5	786	9,7
4 und 5 Treppen	658	8,1	668	8,2
Zusammen	4829	59,4	8772	89,6

Von den 7698 in Berlin ansässigen Eigenthümern der in der Zeit vom 1. April 1892 bis 31. März 1893 bei der städtischen Desinfektionsanstalt eingelieferten Sachen wohnten

	Vorderhaus	in %	Hinterhaus	in %
Keller	266	3,4	138	1,7
Erdbgeschoß	809	10,3	864	10,7
1 Treppe	1474	19,0	746	9,3
2 Treppen	1264	16,4	438	5,4
3 Treppen	876	11,3	882	10,9
4 u. 5 Treppen	586	7,5	825	10,2
Zusammen	5315	68,8	2983	37,2

Diese beiden Zahlengruppen können allerdings nur unter gewissen Einschränkungen mit einander verglichen werden. Zunächst decken sie sich der Zeit nach nur theilweise. Die Erkrankungen sind aus dem Kalenderjahr 1892 (1. Januar bis 31. Dezember), die Desinfektionen aus dem Verwaltungsjahr 1892/93 (1. April 1892—31. März 1893). Wenn auch die Desinfektionen erst nach Genesung, Ueberführung nach dem Krankenhaus oder Tod des Erkrankten stattfinden, d. h. gelegentlich erst nach vielen Wochen oder mehreren Monaten, so dürfte doch im ganzen der Zeitunterschied von 1/4 Jahr nicht

völlig ausgeglichen werden. Sodann ist zu beachten, daß noch bei mehreren anderen als den angeführten Krankheiten desinfizirt wurden, und daß die obigen Zahlen sich nur auf die Desinfektion von eingelieferten Sachen beziehen, nicht von Wohnungen (wo im Magistratsbericht eine Angabe der Wohnungslage fehlt). Immerhin ist aber das Mißverhältnis zwischen Vorder- und Hinterhaus, sowie zwischen den steuerten und billigeren Wohnungslagen in den beiden Gruppen so groß, daß man geneigt ist, noch andere Ursachen zur Erklärung heranzuziehen. Diese anderen Ursachen sind, wie schon oft hervorgehoben wurde, in den Kosten bzw. in den Scherereien und Demüthigungen zu suchen, die mit dem Besuch um Befreiung von den Gebühren verbunden sind; weiter aber auch in den Unbequemlichkeiten, die die Desinfektion dem Unbemittelten macht, da für ihn die zu desinfizierenden Gegenstände des Krankenzimmers, anders als beim Bemittelten, meist den gesammten, nicht zu entbehrenden Hausrath bilden. Schließlich spielt natürlich auch Unwissenheit, Gleichgültigkeit und Unsauberkeit dabei eine gewisse Rolle. Für Cholera, Pocken, Diphtherie, Fleck- und Masernstypus wird die Desinfektion durch die Polizei-Verordnung vom 3. Juli 1893 geradezu gefordert. Fast möchte man wünschen, daß der Desinfektionszwang noch weiter ausgedehnt würde; dann würde der Widerstand der städtischen Verwaltung gegen die Unentgeltlichkeit vielleicht schneller schwinden. Eine allgemeine Unentgeltlichkeit würde die Abneigung gegen die Desinfektion bei den Unbemittelten nicht mit einem Schlage beseitigen, aber sehr bald wesentlich herabmindern.

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht.
Kammer VII. Vorsitzender: Assessor Korn. Sitzung vom 19. Juli.

Der Droschkentischer M. verlangt 3,50 M. vom Fuhrherrn Pohl für einen Tag, an dem er wie immer die von ihm gefahrene Droschke 1. Klasse gereinigt hatte, dann aber entlassen wurde, weil er auf die plötzliche Aufforderung des Besagten, einen Taxameterwagen zu nehmen und seine Droschke stehen zu lassen, nicht eingehen wollte. Auf Grund eines schriftlichen Vertrages, den er mit dem Kläger geschlossen, macht der Besagte eine Gegenforderung von 44 M. geltend. In dem Vertrag verpflichtete sich der Kläger, eine Droschke 1. Klasse zu fahren und dafür eine tägliche „Pacht“ entsprechend der Höhe der Einnahmen zu zahlen, die jedoch nicht unter 6 M. betragen sollte. Der Besagte rechnete nun dem Gerichtshof aus seinen Büchern vor, daß der Kläger ihm nach dem Vertrage noch 44 M. schulde, weil er an so und soviel Tagen während seiner Dienstzeit weniger als 6 M. abgeliefert habe. Kläger wendet hiergegen ein, der Besagte habe ihn zum Unterschreiben des Vertrages durch die Bemerkung bewegt, es werde bei schlechter Einnahme schließlich nicht so genau genommen mit den 6 Mark.

Der Besagte wurde verurtheilt, die 3,50 Mark zu zahlen, und mit seiner Gegenforderung abgewiesen. Gründe: Der Kläger war nicht verpflichtet, gegen seinen Willen mit einem Male Taxameter zu fahren, nachdem er längere Zeit stets eine Droschke erster Klasse ohne Fahrpreisangeiger geführt hätte, wozu ihn übrigens der Vertrag verpflichtete. Kündigung war ausgeschlossen, jedoch ist Besagter zu der Klageklage verurtheilt worden, weil durch seine Schuld der Kläger am betreffenden Tage vergeblich zur Arbeit antrat. Was die Forderung der Nachzahlung von 44 M. Pacht betrifft, so ist dieselbe hinwiegend, weil der Besagte Pohl den Vertrag, auf welchen er diese Forderung stützt, selbst nicht hielt. Kläger war, wie schon erwähnt, auf Grund desselben zur Führung einer Droschke erster Klasse nur verpflichtet, und dadurch, daß er verhindert wurde, den ihm übertragenen Wagen weiter zu fahren, wurde ihm zugleich die Gelegenheit genommen, die fraglichen 44 M. im Dienste des Besagten zu verdienen. Derselbe mußte deshalb mit seinem Gegenanspruch abgewiesen werden.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno. Sitzung vom 20. Juli.

Aus einem Maurerpolier ein „Rüstungs-polier“ werden sollte Herr N., der zur Leitung von Maurerarbeiten vom Maurermeister Schul engagirt war, und zwar weil letzterem nach fünfjähriger Beschäftigung N.'s „Kargeworden“ war, daß dieser nicht die nöthigen Fähigkeiten mit ins Amt gebracht hatte. N. war mit der Herabsetzung seiner Stellung nicht zufrieden, er lehnte das gewünschte Eingehen darauf ab. Folge: Entlassung. Weitere Folge: Klage beim Gewerbegericht auf 84 M. Lohnentschädigung. Der Herr Maurermeister suchte die „Unfähigkeit“ N.'s zur Ausfüllung des Maurerpolierpostens auf alle mögliche Art durch — allgemeine Redensarten, belästige nicht durch Thatloschensmaterial zu beweisen, worin ihn sein Zeuge — zwanzigjähriger Wausführer, „der es theoretisch gelernt hatte“ — kräftig unterstützte. U. A. wies Schul nach, daß N. sich als Rüstungspolier materiell besser gefanden hätte. Rechnung Sch.'s: Der Maurerpolier muß mindestens bis 9 und 10 Uhr Abends auf dem Bau sein und erhält die Woche rund und neit — Ueberstunden liegt er nicht bezahlt — 42 M. Der Rüstungspolier N. dagegen sollte stundenweils bezahlt werden, die Stunde mit 60 Pfennig. Da nun gerade der Rüstungspolier viel „über freierabend“ arbeitet und jede Stunde mit 60 Pfennig vergütet erhält, steht er sich auszeichnet; schon bei täglich zwölf Stunden verdient er 42,00 Mark. Und trotz dieser verheißenen glänzenden Zukunft bis N. nicht an, welche Rechtswidrigkeit! Schlußdeduktion Herrn Schul's: Die Entlassung war berechtigt.

Unbesurtheilt das Gericht. Es sprach dem Kläger die 84 M. zu. Gründe: Zweifellos sei der Kläger als Polier angenommen worden, er hätte infolgedessen nicht gezwungen werden können, in eine andere Stellung überzutreten, andere Arbeiten als die ihm als Maurerpolier zukommenden auszuführen.

Kammer I. Vorsitzender: Assessor Tschow. Sitzung vom 21. Juli.

Umwandlung von Lohnarbeit in Akkordarbeit ist unzulässig. Drei „junge Mädchen“ klagten gegen einen Herrn Krause auf Zahlung einer Lohnentschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung. Der Besagte hielt die Entlassung der drei für eine berechtigte; dieselben sollen die Arbeit zu machen sich geweigert haben. Die Beweiserhebung ergab folgenden Thatbestand. Die Klägerinnen, welche „im Wochenlohn“ bei Krause arbeiteten, wurden ersucht aufzusehen, womit sie sich über nicht einverstanden erklärten. Hieraus machte ihnen Besagter den Antrag, „auf Akkord“ zu arbeiten; auch das lehnten sie ab, was ihre Entlassung zur Folge hatte. — Der Besagte erhob schließlich noch den Einwand, die Klägerinnen seien mit der Entlassung einverstanden gewesen, denn sie hätten bei derselben nicht von einer Weiterbeschäftigung oder Entschädigung für vierzehn Tage verlangt lassen. — Besagter wurde gemäß dem Urtrage der Klägerinnen verurtheilt, an zwei derselben je 66 M. zu zahlen und die Dritte mit 24 M. zu bedenken. — Gründe: Die Klägerinnen brauchten auf das Aufsehen sowenig, wie auf die Abänderung des ursprünglichen Arbeitsvertrages einzugehen; sie hätten es nicht nötig gehabt, mit einem Mal sich auf Stücklohn stellen zu lassen. Ferner sei es nicht ihre Sache gewesen, den Besagten auf die vierzehntägige Kündigungsfrist aufmerksam zu machen. Der Arbeitgeber müsse selbst wissen, daß Arbeiterinnen wie Arbeiter beim Fehlen anderweitiger Abmachungen eine vierzehntägige Kündigungsfrist und für den

Fall ihrer Nichtinnehaltung seitens des Arbeitgebers ein Entschädigungsanspruch event. zu mache. Die Klägerinnen hätten sich dadurch nicht ihres Rechts auf Entschädigung begeben, daß sie bei der Entlassung schwiegen. Der Besagte habe die Folgen seiner Handlungsweise zu tragen.

— — — Diese unanfechtbare Entscheidung sich ad notam zu nehmen, möchten wir denjenigen Vorstehenden beim hiesigen Gewerbegericht anheimstellen, welche ein „still-schweigendes Einverständnis“ mit der Entlassung darin sehen, wenn ein Arbeiter ohne Protest gegen seine Entlassung die Arbeitsstätte verläßt.

Bemerkenswerthes Urtheil. Die Schneiderin Schiller beansprucht von der Schneiderin Kohlreiner eine vierzehntägige Lohnentschädigung; sie behauptet, ohne Grund entlassen zu sein. Die Besagte wendet ein, Klägerin sei selbst gegangen. Da dieselbe aber trotzdem Anspruch auf den Lohn für 14 Tage erhob, habe sie, Besagte, ihr am Tage nach der angeblichen Entlassung die Aufforderung zugehen lassen, wiederzukommen und zu arbeiten. Klägerin sei aber nicht gekommen, Fräulein Schiller giebt nun ein kleines Bild von dem Streit, der zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses führte. Sie will „freches Frauenzimmer“ und dergl. geschimpft worden sein. Die Besagte bestreitet dies hartnäckig und auch eine ihrer Zeuginnen, ein vierzehnjähriges „Fräulein“, weiß zunächst nichts davon. Auf höchst eindringliche, öfter wiederholte Ermahnungen des Vorstehenden besinnt sich die Zeugin endlich, doch die behaupteten Schimpfereien der Besagten gehört zu haben. Auf Grund der weiteren Beweiserhebung nahm der Gerichtshof als erwiesen an, daß die Klägerin thatsächlich nicht entlassen worden, sondern von selbst gegangen sei. Die Besagte wurde trotzdem zur beantragten Entschädigung verurtheilt, und zwar aus folgenden Gründen: In dem Ausdruck „freches Frauenzimmer“ sei eine grobe Beleidigung enthalten. Dieser Ausdruck aber sei, wie der Gerichtshof durch die Aussage der einen Zeugin als erwiesen annahm, seitens der Besagten mit Bezug auf die Klägerin gefallen. Die Gewerbeordnung gebe nun dem Arbeiter das Recht, die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen, wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter denselben grob beleidigen. Sei die Klägerin somit berechtigt gewesen, zu gehen, und der Aufforderung zur Rückkehr in das Arbeitsverhältnis nicht Folge leisten zu brauchen, so war die Besagte verpflichtet, ihr für vierzehn Tage den Lohn zu zahlen, wenn sie während dieser Frist keine Arbeit erhielt. — — —

Bisher hat das Gewerbegericht mit geringen Ausnahmen in Fällen wie dem obigen auf Abweisung erkannt, in der Meinung, die im § 124 der Gewerbeordnung enthaltenen Gründe für die Berechtigung zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses seitens der Arbeitnehmer gäben wohl dem betroffenen Arbeiter das Recht, die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen, begründeten aber keinen Entschädigungsanspruch; von einem solchen siehe in dem Paragrafen nichts.

Eine Auflage wegen Beleidigung eines Mitgliedes des Königl. Hofes wurde gestern vor der siebenten Ferienkammer des Landgerichts I gegen zwei Redaktionsmitglieder des „Kleinen Journals“, Julius Spih und Alfred Schönfeldt, verhandelt. Gegenstand der Auflage war ein längerer Artikel, der am 16. August v. J. im „Al. Journal“ veröffentlicht wurde und in welchem die angebliche Deirath des Prinzen Alexander von Preußen mit der Frau v. Sodenors (Schauspielerin Diane v. Laffen) in pilanter Form besprochen wurde. Die Auflage hatte sich zunächst gegen den Redakteur Napfilder von derselben Zeitung gerichtet, es war demselben aber der Beweis gelungen, daß er zu jener Zeit garnicht in Berlin gewesen sei. Diese Feststellungen hatten geraume Zeit in Anspruch genommen und erst im Februar v. J., mehr als sechs Monate nach dem Erscheinen des beanstandeten Artikels, wurde der Angeklagte Schönfeldt von Spih als dasjenige Redaktionsmitglied bezeichnet, welches die Aufnahme des Artikels veranlaßt habe. Die Anlagebehörde hielt sowohl Spih wie Schönfeldt für verantwortlich. Beide bestritten dies. Der Angeklagte Spih erklärte, daß er nach Eingebung des Gesellschaftsvertrages mit dem Dr. jur. Leipziger seine bis dahin innegehabte Stellung als Chefredakteur des „Kleinen Journals“ niedergelegt habe, er sei von diesem Zeitpunkt ab als Geschäftsführer anzusehen. Er pflege die eingehenden Zuschriften je nach ihrer Gattung den verschiedenen Redakteuren zuzuhelfen. Der in Frage kommende Artikel sei ihm aus München zugegangen, der Verfasser sei der frühere Hauptmann Arnold. Aus der Begleitschrift habe er genau ersehen, um was es sich handelte, er habe auch gewünscht, daß dasselbe Thema kurz zuvor im „Berliner Tageblatt“ erörtert worden sei, aber gelesen habe er den Artikel nicht, sondern derselbe sei ihm erst am folgenden Morgen gedruckt zu Gesicht gekommen. Sowie ihm erinnerlich sei, habe er den Artikel dem Mitangeklagten Schönfeldt zur Erledigung überlassen. Der letztere bestritt dies mit aller Entschiedenheit. Der Chefredakteur Dr. Leipziger sei am Vorabende des Erscheinens des Artikels mit dem Manuskript in das Redaktionszimmer gekommen und habe dabei gesagt: „Hier, meine Herren, ich habe hier eine sensationelle Sache.“ Er, der Angeklagte, habe von der Ausnahme abgerathen, Dr. Leipziger habe aber darauf bestanden. Er selbst habe bloß für den lokalen Theil einzustehen, seine Verantwortlichkeit sei aber nur eine interne, da er nicht als verantwortlich zeichne. Staatsanwalt v. Jaroczewski hielt die Auflage aufrecht, mit Rücksicht darauf, daß die Beleidigung als eine äußerst schwere anzusehen sei und daß die pilanten Mittheilungen unwahr seien, beantragte er gegen Spih vier, gegen Schönfeldt drei Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Friedmann, als Verteidiger des Angeklagten Spih, führte aus, daß sowohl aus thatsächlichen wie rechtlichen Gründen ein freisprechendes Erkenntnis erfolgen müsse und die Verteidiger des Angeklagten Schönfeldt, Rechtsanwältin Gutsfeld und Jarecki, nahmen für diesen Angeklagten die Verjährung in Anspruch, denn dessen Name sei zum ersten Male in der Sache genannt worden, als bereits mehr als sechs Monate nach Erscheinen des Artikels vergangen waren.

Der Gerichtshof trat den Anschauungen aller Verteidiger bei. Gegen Schönfeldt sei wegen Verjährung auf Einstellung des Verfahrens zu erkennen. Was den Angeklagten Spih betreffe, so sei dessen Thätigkeit als eine redaktionelle nicht anzusehen, aber als Geschäftsführer liege ihm immerhin eine gewisse Verantwortung ob. Da er aber den Verfasser genannt habe, müsse auch er strafrei ausgehen und der Gerichtshof schied darauf beschränkt, auf Vernichtung der fraglichen Exemplare sowie der dazu gebrauchten Platten, soweit solche noch vorrätzig seien, zu erkennen.

Wegen Kindesmordes wurde am Freitag die Dienstmagd Ernestine Wüller, welche bei dem Köstlichen Lehmann in Friedersdorf in Diensten stand, verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis in Alt-Landsberg eingeliefert. Die Dienstmagd und die Hausgenossen bemerkten an der Magd eine wesentliche Körperveränderung, obwohl dieselbe ruhig ihre Arbeit that, als wenn gar nichts vorgefallen wäre. Es entstand der Verdacht, daß die Wüller heimlich geboren habe und der berittene Gendarm Nidel in Alt-Landsberg wurde benachrichtigt. Derselben gegenüber leugnete das Mädchen beharrlich, bis eine Hebamme geholt wurde, welche den Verdacht bestätigte. Nunmehr gab sie an, es sei eine Frühgeburt gewesen, die sie auf dem Düngerhaufen verscharrt habe. Trotz aller Nachsichens wurde hier keine Spur gefunden. Nach längerer eindringlicher Verwarnung gestand die Magd endlich, daß sie das Kind im Garten vergraben habe. An der bezeichneten Stelle wurde nur eine Hand tief unter der Erdoberfläche die Leiche eines vollständig ausgelegenen und lebensfähigen Kindes weiblichen Geschlechts gefunden, das augen-

schonlich an Erstickung gestorben ist. Die Obduktion wird die Todesursache ergeben, die Mutter des Kindes, welche vor zwei Jahren bereits im Verdachte stand, heimlich geboren und das Kind bei Seite geschafft zu haben, wurde sofort verhaftet.

Für Inhaber von Garten-Etablissements dürfte eine Verhandlung, welche vorgestern vor der Ferienstrasskammer verhandelt wurde, nicht interesselos sein. Im Schmidt'schen Lokale zu Schildhorn hatte der Handelsmann Karl Fasse eine Schiebube, die Garderobe und eine Würfelbude gepachtet. Der Lehngewinn war vom Charlottenburger Schöffengericht wegen Uebertretung des Gesetzes betr. die Sonntagstruhe zu 4 M. Geldbusse verurtheilt worden unter der Beschuldigung: am 22. April d. J. seine Schiebube während der Kirchzeit dem Publikum zur Verfügung überlassen und ferner am 15. April d. J. seine Würfelbude mit den in derselben ausgeheilten Handeltwaaren nicht verhängt zu haben. — In der Berufungsinstanz erhob der Verteidiger Rechtsanwalt Leopold Meyer den prinzipiell wichtigen Einwand, daß sowohl das Würfeln als auch das Schießen Lustbarkeiten seien, daß diejenigen, welche an die Würfelbuden herantreten um zu spielen, dies nur des Vergnügens wegen thun, ebenso wie das Schießen im Scheibenstand. Daraus folgerte auch die Freisprechung des Angeklagten, denn Lustbarkeiten fallen nicht unter das Gesetz betr. die Sonntagstruhe im Handelsgewerbe. Die Ferien-Strasskammer (Vorsitzender Landrichter Gehl) erachtete indessen die Anwendung des betr. Gesetzes auf das Gewerbe des Angeklagten für zulässig, denn es sei kein Zweifel, daß Fasse mit Schießstand und Würfelbude ein Geschäft betreibt. Demgemäß ward die Berufung unter Bestätigung des ersten Urtheils verworfen.

Eine gewerbmäßige Taschendiebin präsentirte sich vorgestern in der verehelichten Tischler Ottilie Höhne, geb. Reichel, aus Berlin der ersten Strafkammer am Landgericht II. Dieselbe wurde am 20. Mai d. J. auf dem Treptower Ringbahnhoft verhaftet, als sie eben in einen Zug eingestiegen war. Eine andere Passagierin, welche auf dem Perron auf denselben Zug gewartet hatte, verspürte die verdächtige Berührung einer Frau, die sich an ihr vorüber in den Zug drängte. Sie griff nach ihrer Tasche und vermißte ihr Portemonnaie mit 14,60 M. Inhalt. Sofort rief sie einen auf dem Bahnhofsgebäude befindlichen Gendarm herbei, diesem war das Benehmen der Frau Höhne bereits verdächtig vorgekommen, weshalb er sofort zur Verhaftung schritt. Auf dem Wege zum Amts-Bureau ließ die Arrestant das gestohlene Portemonnaie fallen, und nun gab es kein Zeugnis mehr. Auf dem Rente nannte sie sich zuerst „Machinsky“, als sie aber in Haft behalten wurde, gab sie ihren richtigen Namen an. Da sie wegen zahlreicher Taschendiebstähle im Rückfalle bereits mit mehr als 9 Jahren Zuchthaus verurtheilt ist, so wurde sie diesmal zu zwei Jahren Zuchthaus und wegen Führung falschen Namens zu einer Woche Haft verurtheilt, doch wurde die Haftstrafe auf die Untersuchung angerechnet.

Rechtsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 23. Juli. (Vom Rechte der Selbstverteidigung.) Etwas geheimnißvoll erscheint der Thatbestand in dem Prozesse gegen den Kochmacher Gottlieb Heinrich Lehmann, der vom Landgerichte Kassel am 23. Mai wegen gefährlicher Körperverletzung zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist. Eines Tages besuchte ihn ein gewisser H., der ihn mit den Worten anredete: „Guten Abend, Meister, wie geht es?“ Lehmann erwiderte barsch: „Es giebt keine Meister mehr, sondern nur noch Arbeitgeber und Arbeitnehmer; Meister sind Ziegenböcke!“ Verdutzt sah ihn H. an und meinte: „Da sind Sie wohl Sozialdemokrat geworden?“ Es entstand nun ein Wortwechsel, der schließlich in ein Handgemenge ausartete. Das letztere wurde theilweise in der Küche, theilweise in einem dunklen Zimmer ausgefochten. Das Resultat dieses Kampfes bestand darin, daß H. mit einer Stichwunde davon ging, die ihm Lehmann mit seinem Taschenmesser auf der Wange beigebracht hatte. In der Hauptverhandlung berief sich Lehmann darauf, daß er in Nothwehr gehandelt habe, da H. ihn zuerst thätlich angegriffen habe. Charakteristisch war nun der Umstand, daß der Zeuge H. auf die Frage, ob er selbst zuerst Thätlichkeiten begangen, die Ausfage verweigerte. Das Landgericht sah deshalb die Behauptung des Angeklagten, daß H. ihn zuerst mit der Hand ins Gesicht geschlagen habe, als nicht widerlegt an. Es nahm aber dennoch Nothwehr nicht als vorliegend an, da der Angeklagte, wenn er wirklich angegriffen worden sei und eine weitere Mißhandlung habe befürchten müssen, doch nicht berechtigt gewesen sei, blindlings mit dem Messer auf seinen Gegner loszuschlagen. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache zu anderweitiger Verhandlung an das Landgericht zurück. In den Gründen wurde angeführt: Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Urtheil auf einem Rechtsirrtum beruht, denn das Landgericht scheint von der irrigen Ansicht auszugehen, daß ein ohne Waffe geführter Angriff auf alle Fälle nicht mit einer Waffe abgewehrt werden dürfte.

Soziale Uebersicht.

Die able Lage der Bergarbeiter wird uns in einem Schreiben aus Recklinghausen sichtlich geschildert. Um seine Wirkung nicht abzuschwächen, geben wir es hier unverändert wieder: „Nachdem der Grubenarbeiter den ganzen Monat gearbeitet hat, kann er am 12. oder 13. des folgenden Monats auf den vollen Monat bis zur Hälfte des Lohnes Abschlag erhalten, wenn er alle die daran geknüpften Bedingungen prompt erfüllt hat. Ein Arbeiter hat Nachtschlacht. Um 8 1/4 Uhr muß er auf der Zeche sein. Er vergißt sein Lohnbuch, das er bezahlt hat; Abschlag giebt's nicht. Machen Sie sich fort! heißt es. Des Morgens kurz vor 6 Uhr verläßt er schläfrig den Rechenplatz; er vergißt, sich den Abschlag anschieben zu lassen: Machen Sie sich weg! heißt es. Abschlag giebt es wieder nicht. Der strenge gut besoldete Rechnungsführer denkt nicht daran, das vor dem 15. des Monats die Kommunalsteuer bezahlt werden muß. (Einsender dieses ist zudem um eine Stufe zu hoch eingeschätzt.) Galt, da geht dem Bergmann ein Licht auf. Es wurde zur Zeit des letzten hiesigen Streiks angeordnet, daß das Landratsamt sich der Arbeiter annehmen soll. Also zum Landratsamt Recklinghausen. Herr Kreissekretär! Ich möchte Sie mal fragen, ob mir die Behauptung darun, daß ich vergessen habe, mir Abschlag anschieben zu lassen, die Auszahlung des Abschlages verlagern darf.“ — „Ja lieber Mann, das sind nicht unsere Sachen; das sind Sachen des Bergmeisters.“ — „Rein, Sachen des Bergmeisters sind es nicht, denn der hat nur die Sicherheit der Gruben.“ — „Ja dann hat das wohl einen anderen Grund, sonst hätten Sie wohl den Abschlag erhalten!“ — „Ich wüßte nicht welchen, gepönbelt wird mein Lohn wohl nicht sein und Mitglied des Konsumvereins bin ich nicht; bis zum 15. dieses Monats muß ich Steuer bezahlen!“ — „Ja, dann hätten Sie sich auch was anschieben lassen müssen. Gehen Sie jetzt hin zum Direktor der Zeche. Schlägel und Eisen und bitten Sie ihn schön, Ihnen Abschlag geben zu lassen. Adieu!“ — „Ade, Herr Kreissekretär!“ — Ein Sozialdemokrat ist wieder mehr da! — Durch Anschlag an einem nicht üblichen Platz wurde, der Nachtschlacht, bestehend größtentheils aus Schichtlohnarbeitern, bekannt gemacht, daß von Mittwoch dieser Woche an die Arbeitszeit pro Schicht um 1 1/2 Stunde verlängert würde, aber von Lohnzufuhr stand nichts dabei.“

Unser Meinung noch geht aus dieser Zuschrift hervor, daß die Bergbeamten die Bergleute bureaukratisch behandeln, als es für die Ordnung des Betriebes selbst heute nöthig ist. Würden die Bergbeamten die Bergleute mehr als Kameraden betrachten, so wäre

sicherlich im Handumdrehen in diesem Wandel geschaffen. Aber das läßt die naive Einbildung der Beamten nicht zu, die da glauben etwas Besseres als der Bergmann zu sein, dessen mühsame und gefährliche Arbeit doch die Grundlage der Beamtenexistenz ist.

Aus der „Metropole“ des deutschen Bücherwesens. Das Mitbringen und das Verbreiten sowie das Einführen des Abonnementpreises der Gehilfenblätter „Correspondent“ und „Reform“ ist jetzt in den Innungs-Buchdruckerereien Leipzigs verboten. Seit einem Menschenalter hatten die Leipziger Buchdruckermeister verschmäht, im Kampf mit den Gehilfen zu einem Mittel zu greifen, das deren persönliche Freiheit beschränkt hätte. Man lebte und ließ leben, und daher war das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter zwar das zweier scharf geschiedener Klassen, wovon jede eifersüchtig über ihre Interessen wachte, aber jeder Theil achtete den Wohlstandsbereich des anderen und man verkehrte im allgemeinen mit einander, wie es sich für gebildete Leute schickt; jedenfalls kümmerte man sich nie um Privatangelegenheiten des anderen Theils. Seit die älteren, erfahrenen und urbanen Buchdruckermeister vom beruflichen Schauplatz abgetreten sind, hat sich das geändert. Was dem Nachwuchs an Verständnis der sozialen Bewegung abgeht, sucht er durch Gewalttätigkeit wett zu machen, und je tiefer man seine Unfähigkeit fühlt, die Gehilfen richtig zu behandeln, um so größer ist die Bosheit, womit man die Gehilfenorganisation verfolgt. Man gönnt den Buchdruckergehilfen, die ihrer alten Fahne treu bleiben wollen, nicht Luft und Licht mehr, und möchte lieber die vollkommensten Subjekte engagieren, als Arbeiter, die sich ihre persönliche Freiheit nicht nehmen lassen. Es gehört eine besondere Art von Moral dazu, an einer solchen Unternehmer-Griffen-Gewalt zu finden. Wir wenigstens möchten lieber Steine klopfen, als uns als Leipziger Buchdrucker-Magnat sagen zu müssen, daß jeder Bissen Brot, den man isst, mit den Klagen der verfolgten Buchdruckergehilfen gewürzt sei.

Dänische Lohnverhältnisse. Auf Grund einer vom dänischen Ministerium des Innern für 1892 veranstalteten Enquete hat Professor Westergaard in der „Nationalökonomisk Tidsskrift“ Aufschlüsse über die Arbeitslöhne in den dänischen Städten veröffentlicht. Leider hat das Ministerium bei seiner Enquete die arbeitslose Zeit außer Acht gelassen, so daß sie über das Jahreseinkommen der Arbeiter keine Aufklärung giebt; auch hat man sich nur an den Unternehmer und nicht an die Fachvereine gewandt. Die Lohnsätze in den größeren Städten sind höher, als in den kleineren, und zwar steigt der Tageslohn mit der Größe der Städte. Am höchsten ist der Durchschnittslohn in Kopenhagen, wo er etwa 15 Kronen (1 Krone = 1 M. 12 1/2 Pf.) wöchentlich beträgt. Der durchschnittliche Wochenlohn betrug: In den Städten bis 2500 Einwohner 11,40 Kr., von 2500—5000 12,44 Kr., von 5000—10 000 12,68 Kr., von 10 000 und darüber 14,14 Kr. Es ergibt sich hieraus, daß der Lohn in den Städten von 2500—10 000 Einwohnern nahezu gleich hoch ist; erst in den Städten über 10 000 steigt er um 1 1/2 Kr., ein Umstand, der eine der Ursachen bilden dürfte, daß die kleinen Städte sich nicht weiter entwickeln, während die großen Städte auf die Arbeiter eine so starke Anziehungskraft ausüben. Bei dem Affordsystem, das am klarsten im Schneidersache zum Ausdruck kommt, scheint der Unterschied zwischen großen und kleinen Städten noch größer zu sein. Der Wochenlohn betrug in diesem Gewerbe: in Städten mit unter 2500 Einwohnern 15,57 Kr., von 2500—5000 15,85 Kr., von 5000—10 000 15,75 Kr., über 10 000 18,28 Kr., wobei zu beachten ist, daß der Affordlohn sich durchgängig höher stellt, als der feste Arbeitslohn. Natürlich ist der Lohn in den einzelnen Berufen nicht gleich, sogar zwischen den verschiedenen Arten der Bauarbeiter finden sich erhebliche Differenzen. Der Wochenlohn betrug:

in Städten mit	bei Malern	Mauren	Tischlern
bis 2500 Einwohner	14,41	16,21	14,66
von 2500—5000 Einwohnern	15,98	16,98	15,98
5000—10 000	15,88	17,39	15,28
10 000 und darüber	18,25	17,97	16,69
in Kopenhagen	21,—	20,—	22,—

Während der Mauren sich also in der Provinz am besten von den dreien steht, befindet er sich in der Hauptstadt am schlechtesten. Am besten bezahlt sind die Buchdrucker, die im Tageslohn 9,20 Kr. und im Afford etwa 8,60 Kr. täglich verdienen, ihre Besoldung ist in der Provinz nahezu hoch wie in der Hauptstadt. Am schlechtesten bezahlt sind die Näherinnen, die im Tageslohn durchschnittlich nur 0,94 Kr. oder wöchentlich 6,64 Kr. in der Provinz und 1,84 Kr. oder 8,04 Kr. in Kopenhagen verdienen. Ihnen folgen die Schuhmacher mit 2 Kr. täglich oder etwa 12,44 Kr. wöchentlich in der Provinz und 16 Kr. in Kopenhagen. Auch in den einzelnen Theilen des kleinen Landes ist der Lohn nicht einmal gleich. Am niedrigsten ist er auf der Insel Bornholm, und überhaupt auf den Inseln niedriger, als in Jütland, was sich wohl dadurch erklärt, daß die schlechteren Kommunikationsverhältnisse den Arbeitern nicht gestatten, andere Plätze aufzusuchen. („Soz. Korr.“)

Aus Newyork wird uns geschrieben: Der Bundeskongress hat — wahrscheinlich als Pfaster auf die durch die Krise den Arbeiter geschlagenen Wunden — einen nationalen Labor Day dekretirt. Die Feder, womit Cleveland das Gesetz unterzeichnete, ist dem Präsidenten der Federation of Labor, Gompers, verlehrt worden. Bei dieser Gelegenheit wurde übrigens ein alter Irrthum berichtigt, wonach Gompers derjenige gewesen sei, der die Anregung zur Einführung eines Arbeiterfeiertages gegeben habe; dem ist nicht so, sondern es war Mc. Guire, unser „schneidiges“ Stadtrathsmittelglied in Paterson, der J. J. (1882) als Sekretär der hiesigen „Central Labor Union“ fungirte.

Versammlungen.

Eine öffentliche Generalversammlung der Mauren Berlins und Umgegend war am 19. d. nach dem Saale des Herrn Haberecht, Gr. Frankfurterstraße, einberufen gewesen. Da mittlerweile bekannt gegeben worden war, daß Herr Haberecht sich ins Lager der Saalverweigerer begeben habe, so herrschte allgemeine Unsicherheit darüber, ob die Versammlung abgehalten werde. Demzufolge hatten sich höchstens 100 Personen eingefunden, die auch anstandslos in den Saal gelassen wurden. Auch die Polizei war zur Ueberwachung zur Stelle. Alles schien in Ordnung, und man war auch gewiß, die Versammlung unter den erschwerten Umständen stattfinden zu lassen. Doch da hatte man die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Die Versammelten waren nämlich nicht zu bewegen, das in dem Lokale verschäufte Ringbier zu trinken und verschmähten auch infolge der plötzlichen Sinnesänderung des Herrn Haberecht das angebotene Weißbier. Infolge dessen machte dieser kurzen Prozeß und ließ, noch bevor die Versammlung begonnen hatte, das Gas andrehen. Auf diese Weise verabschiedete sich Herr Haberecht von der Berliner Arbeiterschaft.

Behufs Stellungnahme zum diesjährigen Schuhmacher-Kongress in Erfurt fand am 22. d. M. eine öffentliche Versammlung aller in der Schuh-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins statt. Zunächst referirte H. Fleischer über die Frage: „Wie gedenken wir in Zukunft das Schieds-

gericht zu gestalten?“ Derselbe bezeichnete es als einen weitverbreiteten Irrthum, zu glauben, daß der Ausschuß und der Vertrauensmann Streiks zu verbieten und zu genehmigen hätten. Es sollte nur verhindert werden, daß zu gleicher Zeit mehrere größere Angriffskräfte unternommen werden. Aus diesem Mißverständnis resultiren verschiedene Streitigkeiten. Der letzte Streitfall betraf den Streit in Burg, bei welchem nach der Meinung des Referenten der Vertrauensmann bzw. Schiedsrichter doch seine Machtvollkommenheit überschritten habe. Die Agitationskommission beantragte, dem Kongresse folgende Anträge zu überweisen: „Die Versammlung ersucht den Kongress, zu beschließen: das Schiedsgericht wird aufgehoben und an dessen Stelle tritt von jetzt ab das Provinzial-Vertrauensmännersystem. Diese Provinzial-Vertrauensmänner haben mit dem Vertrauensmann der Schuhmacher Deutschlands in Verbindung zu stehen und in Streitangelegenheiten diese von Fall zu Fall zu untersuchen. Die Sammlungen für den öffentlichen Fonds werden wie bisher geregelt und sind deshalb alle Gelder an eine Zentralkasse zu senden. 2. Der Kongress möge beschließen, das Schuhmacher-Jahrbuch dem Verein als Eigenthum zu überweisen.“ — Motivirt wurde der erste Antrag damit, daß Provinzial-Vertrauensleute mehr und besser in der Lage seien, örtliche Streiks zu beurtheilen, als lediglich der Vertrauensmann Deutschlands. Ueber diese Anträge fand eine lebhafteste Diskussion statt, in welcher zahlreiche Redner für und wider die vorgeschlagenen Anträge das Wort nahmen. Das Ergebniß der Debatte war, daß der Antrag 1 gegen 2 Stimmen zur Annahme gelangte. Der Antrag 2 wurde einstimmig angenommen. Mit großer Stimmenmehrheit wurde ferner ein Unterantrag angenommen dahingehend, dem Kongresse den Antrag zu unterbreiten, die Redaktion des Schuhmacher-Jahrbuches in andere Hände übergeben zu lassen und aus Kongresskreisen eine Preiskommission zu wählen, welcher der Redakteur sich zu fügen hat. Die Versammlung erklärte ferner einstimmig, daß sie weder die Verlegung des Sitzes des Vertrauensmannes der Schuhmacher Deutschlands, noch der Redaktion des Schuhmacher-Jahrbuches nach Berlin wünsche. Als Delegirten zum Kongress wählte die Versammlung den Kollegen Kott. Ein weiteres Mandat wurde dem Kollegen A. Fleischer, Delegirten zur Generalversammlung, übertragen. Seitens der Filiale 3 (Südwest und West) wurde gegen die Wahl des Kollegen Kott als nicht „Unparteiischem“ Protest erhoben. Für diesen Protest sollen Unterschriften gesammelt werden und betrachten sich die Protestler als unvertreten auf dem Kongress, welcher als Schiedsgericht über Woc angesehen wird. Dieser Protest forderte eine scharfe Kritik heraus und kam es hierbei zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Zum Schluß erklärte sich die Versammlung mit der von den Burger Kollegen beschlossenen Verdingung des dortigen Streiks vollständig einverstanden und versprach, für weitere Unterstützung Sorge zu tragen.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Johannisthal und Nieder-Schönweide hielt am 21. Juli eine Mitgliederversammlung ab. Nach einem Vortrag des Herrn Litzin über „Leistung und seine Zeit“, in welchem der Redner Leistung als einen im 18. Jahrhundert für die deutsche Dramaturgie bahnbrechenden Geist bezeichnete, der trotz aller Anfeindungen die darstellende Kunst durch seine großartigen Werke, insbesondere „Emilia Galotti“ und „Nathan der Weise“ in eine freiere, höhere Bahn lenkte, wurde unter Vereinsangelegenheiten beschlossen, im August eine öffentliche Volksversammlung abzuhalten. Außerdem wurde bekannt gemacht, daß das Stiftungsfest des Vereins am 18. August bei Senfleben abgehalten wird.

Der sozialdemokratische Verein für Stralau, Nummelsburg und Umgegend hielt am 22. Juli seine Generalversammlung ab, in der Genosse Krumm folgenden Kasernenbericht vom letzten Quartal mittheilte: Die Einnahme ergab 152,83 M., die Ausgabe 49,45 M., so daß ein Bestand von 103,38 M. verblieb. Die Versammlung ertheilte auf Antrag der Revisoren dem Kassier Dehage und überwies von dem Kasernenbestande 50 M. dem Vertrauensmann und 50 M. den ausgesperrten Brauereiarbeitern. Der Verein hat zur Zeit 129 pünktlich zahlende Mitglieder und 133 Restanten. Die große Zahl der Säumigen rief eine längere Debatte hervor darüber, wie bei den Genossen das Interesse für den Verein gesteigert werden kann. Es wurde auf Antrag des Genossen Rosenkranz beschlossen, in Zukunft bei denjenigen Mitgliedern, welche drei Monate mit dem Beitrage im Rückstande sind, in der Wohnung Kassiren zu lassen. Zu diesem Zwecke wurden die Genossen Wächner, Vogt und Rosenkranz gewählt. Der letztere berichtete dann als Bibliothekar, daß im letzten Vierteljahr 87 Bücher aus der Bibliothek, die jetzt 125 Werke enthält und einen Werth von 249,60 M. repräsentirt, entliehen worden sind. Die Versammlung beschloß hierauf, die Kassaleiste diesmal nicht wie früher im Walde abzuhalten, sondern bei Bowninkel, und beauftragte mit der Vorbereitung derselben sowie mit der des Stiftungsfestes den Vorstand. Genosse Dellwig, Mitglied der Lokalkommission, theilte mit, daß der Schankwirth Vort ein Plakat der Boykottkommission hat, ohne daß ihm dasselbe von dieser oder der Lokalkommission zugestellt worden ist. Andererseits ist bekannt, daß einzelnen Geschäftsleuten die ihnen von der Kommission gegebenen Plakate gestohlen worden sind. Der Gärtner Felgner, der Vort das Plakat verhaftet hat, ferner der Grüntramhändler (frühere Mauren) Obst, der nach wie vor boykottirtes Bier führt, sowie der Schankwirth Stättich, Thärschmidtstr. 37, der zwar boykottirtes Bier führt, aber in die Wirtse der betreffenden Wirtse und Händler nicht mehr aufgenommen werden will und auch das Boykottplakat nicht mehr aushängt, wurden aus dem Vereine ausgeschlossen. Folgende Nennungen der Lokalliste wurden bekannt gegeben: Bierverleger Schröder ist von der Liste zu streichen, da er Ringbier führt, und Gastwirth Henke, Göttestraße 9, ist zu der Liste hinzuzufügen.

Mit dem Bierboykott beschäftigte sich am 23. d. M. eine öffentliche Versammlung von in der Textilbranche beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen. Willkarg referirte. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution zu Gunsten des Bierboykotts. Die Versammlung beschäftigte weiter der Streit bei Feibisch, welcher als berechtigt anerkannt wurde. Als Kandidaten für die Gewerbegerichts-Beisitzerwahlen wurden die bisherigen Beisitzer Rasch und Heuer, als Ersatzmänner Fleischer und Jans aufgestellt. In die Gewerkschaftskommission wurde wieder Reimann delegirt.

In Steglitz sprach Genosse Wagner in einer gutbesuchten Versammlung über den Bierboykott. Von den Saalbesitzern waren viele der an sie ergangenen Einladung gefolgt, und nahm nach wiederholter Aufforderung seitens des Vorsitzenden Herr Wacker aus Friedenau das Wort, der sich über die herben Angriffe des Referenten gegen die Gastwirthe bitter beklagte und erklärte, die Gastwirthe könnten das Verlangen der Arbeiter nicht erfüllen, weil die Saalbesitzer von den Brauereien abhängig seien. Er selbst habe in seinem Lokal einen Zettel angeheftet, der lautet: „Arbeiter trinkt kein Boykottbier, sondern Weißbier.“ Die Angelegenheit mit dem Gastwirth Weber soll noch näher untersucht werden. Genosse Kasper bemerkte, hätten die Gastwirthe nur die Absicht, etwas im Interesse der Arbeiter zu thun, so würden sie auch die Schwierigkeiten überwinden. Wegen Komplikationen fordert Redner die Gastwirthe auf, sich an die Kommission zu wenden, die die Vermittlung besorgt. Nach Verlesung der Lokalliste wird beschlossen, sämtliche Lokale zu meiden, in denen boykottirtes oder auch nicht-boykottirtes und Ringbier ausgeschenkt wird. Begründet wurde dieser Beschluß mit dem Hinweis, daß infolge der vielen Betrügereien ein entschiedenes Vorgehen notwendig ist. Nach dem Schlusswort des Referenten wurden die anderen Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Substitut zur Verfügung, um Besprechungen allgemeiner Interessen zur Verfügung zu stellen; sie macht sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

Aus den Kreisen der Kollegen und Parteigenossen sind an den unterzeichneten Vorstand mehrfach Anfragen ergangen, was ihn bewegen habe, am 16. d. M. im Lokale von W. Jacob in Treptow ein Sommerfest abzuhalten. Wir erwidern hierauf: Für unsere Organisation liegt ein zwingender Grund vor, am „Guten Montag“, der von Alters her ein Feiertag ist, ein Sommerfest zu veranstalten, um so mehr diesmal, da gerade die Unorganisierten und die Arbeiterinnen der Kartonsfabriken an dieser Junstradition festhalten, und sich deshalb viele von denen nicht daran gelehrt hätten, boykottiertes Bier zu trinken. Als in der Hofenstraße sämtliche Säle gesperrt waren, schlossen wir, nachdem uns die Treptower Lokalkommission auf mehrfache Anfrage versichert hatte, daß gegen Herrn Jakob nichts vorliege, mit diesem Kontrakt, unter der Bedingung, daß kein Ringbier ausgeschenkt werde. Am Sonnabend, also zwei Tage vor unserem Feste, wurde uns ein Schreiben des Genossen Noack aus Treptow übermittlelt, in dem kurzweg ohne Angabe von Gründen gesagt wird, daß Lokal sei gesperrt. Für Genossen Noack scheint das Adressenverzeichnis der Berliner Gewerkschaften nicht zu existieren, denn er fandte sein vom 10. d. M. datiertes Schreiben an Genossen Haber, und dieser hatte es so eilig, daß er dasselbe ruhig liegen ließ, und erst durch einen glücklichen Umstand — an dem Haber vielleicht nicht schuld ist, gelangte das Schreiben durch den Vertrauensmann meines Kreises am 14. an mich. Die Redaktion des „Vorwärts“ wußte am Sonnabend Abend noch nichts von dieser Sperre, am Dienstag versicherte uns Jakob, daß noch niemand aufs Neue angefragt habe, betreffs Hergabe des Saales, erklärte aber, daß er denselben auch ferner zu Versammlungen frei habe, und bis heute warten wir vergeblich auf eine Notiz im „Vorwärts“, welche die verhängte Sperre publiziert. Darauf müssen wir annehmen, daß der Genosse Noack eigen-

mächtig in dieser Sache gehandelt hat, wahrscheinlich stützt er sich darauf, daß in diesem Lokale Bier der Bock-Brauerei ausgeschenkt wird. So lange aber, ähnlich wie in Berliner Lokalen, der Bier auch nicht boykottiertes Bier führt und uns die Kontrolle gestattet, liegt für uns doch kein Grund vor, das Lokal zu meiden, redet doch auch der „Vorwärts“ von Lokalen, wo nur Ringbier verschänkt wird. Nicht den Bierh, der den Saal zu Versammlungen giebt, sondern die Ring-Brauerei wollen wir treffen. Auf unserem Feste ist kein Tropfen Ringbier getrunken worden. Den Genossen Noack ersuchen wir aber, nun endlich zu veröffentlichen, ob und aus welchen Gründen das Jacob'sche Lokal gesperrt ist. Das späte Eintreffen des Briefes hätte es herbeiführen können, daß wir unser Fest doch abhalten mußten, wäre Herr Jakob wirklich unter die Saalverweigerer gegangen. Der Vorstand des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. **Georg Schmidt, Rantewitzstraße 109.**

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

L. N. 177. Sie werden im Termin voraussichtlich freigesprochen werden, da weder eine öffentliche Luftbarkeit vorlag, noch Sie Gasthausbesitzer sind. Eventuell müssen Sie innerhalb einer Woche nach Verkündung des Sie verdammenden Urtheils bei dem Schöffengericht Berufung einlegen.

G. V. Ob der Artikel von Sp. Charlottenburg hier eingegangen, läßt sich im Augenblick nicht feststellen, da unser Lokalredakteur gegenwärtig in Ferien. Fragen Sie in 14 Tagen an.

G. P. Das gleiche gilt Ihnen.

Gastwirth R., Schönleinstr. 6. Wenden Sie sich an die Boykottkommission bzw. an den Vertrauensmann Ihres Kreises.

Gastwirth G. G., Thurmstr. 85. Theilen Sie uns durch beglaubigte Unterschrift (Stempel) mit, ob Sie im Auftrag des Vereines berichtigten.

D. S. Neu hinzutretenden Abonnenten wird der Roman nachgeliefert. — Ihr Rath ist gut gemeint, kann aber nicht befolgt werden.

P. B. 1024. In der Sache ist der Reichstag nicht zuständig. Ihnen ergeht es wie leider tausend anderen Petenten. Ihnen scheint zweifelloses Unrecht im Prozeß zugefügt zu sein. Vergeblich haben Sie dann an alle Instanzen und dann an den Reichstag, an den Kaiser und schließlich an sozialdemokratische Abgeordnete sich gewendet. Der Reichstag ist nicht zuständig. Der betreffende Abgeordnete hat, wie Sie selbst hervorheben, gethan, was möglich war. Aber auch er konnte Ihnen nicht helfen, wiewohl er davon überzeugt ist, daß Ihnen Unrecht gethan ist. Lassen Sie Ihre Sache ruhen, wenn Sie nicht weiter unnütz Zeit und Geld verschwenden wollen. Vergewaltigen Sie sich, daß die heutige „Verantwortlichkeit“ von Beamten nur ein papierenes Blatt ist, das nicht einmal die Blüten der Rechtspflege zu verhalten geeignet ist, und tragen Sie in Ihrem Kreise zur Beseitigung des Klassencharakters der Justiz und der Gesellschaftsordnung überhaupt bei. Nur in einem sozialdemokratischen Gemeinwesen, nicht in einem Klassenstaat, kann wahre Gerechtigkeit verwirklicht werden.

Vergemann. Ihr Vermieter befindet sich im Recht. **Moser.** Es muß Säbneterrin, Ehescheidungsklage u. s. w. von Neuem beantragt beziehentlich eingereicht werden.

D. S. 3. Die Kasse kann auf Zahlung der rückständigen Beiträge klagen.

Schöneberg. Wenn die Kündigung am 27. in die Hände des Wirths gelangt ist, so haben Sie rechtzeitig gekündigt.

No. 55. 1. Die Rente bleibt dieselbe. 2. Unverständlich.

3. Ja. Sprechen Sie event. zwischen 12 und 1 Uhr vor.

M. T. 100. Die in die Wohnung eingebrachten Sachen hatten dem Vermieter, gleichviel, ob der Ehemann die Ehefrau oder diese den Ehemann heimlich verläßt oder nicht.

Dugo R. Sie brauchen nicht zu leben.

2 Streitende. Statfragen und dergleichen beantwortet wir nicht.

3. S. 100. Bis 12 Uhr Nachts.

39 öffentliche Gewerkschafts-Versammlungen

mit der Tagesordnung:

Der Bierboykott und die Gewerkschaften

finden am

Freitag, den 27. Juli, Abends 8 Uhr,

für nachstehende Gewerkschaften in folgenden Lokalen statt:

1. Für die im **Handelsgewerbe** Angestellten und Beschäftigten, in der **Berliner Ressource**, (großer Saal) Kommandantenstr. 67.
2. Für die **Fabrik- u. Hilfsarbeiter**, im **Kolberger Salon**, Kolbergerstr. 23.
3. Für die **Goldschmiede, Graveure, Ziseleure etc.**, bei **Ehrenberg**, Annenstr. 16.
4. Für die **Lithographen und Steindrucker**, bei **Hoffmann**, Oranienstr. 180.
5. Für die **Chirurgische Branche**, bei **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44.
6. Für die **Wäschefabrikation** (Zuschneider, Plätterinnen, Wäscherinnen, Näherinnen), bei **Feind**, Weinstr. 11.
7. Für die **Stuckateure und Bildhauer**, bei **Deigmüller**, Alte Jakobstr. 48a.
8. Für die **Tapezirer**, bei **Poppe**, Vindenstr. 106.
9. Für die **Möbelpolier**, bei **Wilke**, Andreasstr. 26.
10. Für die **Böttcher**, bei **Heyse**, Lichtenbergerstr. 21.
11. Für die in der **Schuhwaarenfabrikation** Beschäftigten, bei **Fiebig**, Gr. Frankfurterstr. 28.
12. Für die in der **Schneidererei** Beschäftigten, **Oranienhallen**, Oranienstr. 51.
13. Für die **Maurer und Putzer**, bei **Nieft**, Weberstr. 17.
14. Für die **Sattler**, bei **Rehlitz**, Bergstr. 12.
15. Für die **Lohgerber, Lederzurichter, Weissgerber und Lederfärber**, bei **Cranz**, Gesundbrunnen, Badstr. 12.
16. Für die **Tabakarbeiter**, bei **Kelle**, Schönhauser Allee 28.
17. Für die **Stockarbeiter und Färbereiarbeiter**, im **Gesellschaftshaus Ostend**, Müldersdorferstraße 45.
18. Für die in der **Schmiederei** Beschäftigten, im **Elysium**, Vandsberger Allee.
19. Für die **Holzarbeiter**, in **Sanssouci**, Kottbusserstraße 4a.
20. Für die **Handschuhmacher**, in der **Ressource** (kl. Saal), Eingang Stallschreiberstraße.
21. Für die **Droschkenkutscher**, **Wedding Kasino**, Schulstr. 23.
22. Für die **Stellmacher**, bei **Schneider**, Belfortstraße 15.
23. Für die **Musikinstrumenten-Arbeiter**, **Clubhaus Süd-Ost**, Waldemarstraße.
24. Für die **Schriftgiesser**, bei **Möhring**, Admiralstraße 18c.
25. Für die **Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter**, bei **Bolzmann**, Lichtenbergerstr. 16.
26. Für die in **Buchbindereien** Beschäftigten, in den **Arminhallen** (Gartensaal), Kommandantenstr. 20.
27. Für die in **Buchdruckereien** Beschäftigten, in den **Arminhallen** (gr. Saal), Kommandantenstr. 20.
28. Für die **Kistenmacher**, bei **Dobberstein**, Mariannenstr. 31/32.
29. Für die **Klempner**, bei **Roll**, Adalbertstr. 21.
30. Für die **Zinkgiesser**, bei **Sauermann**, Adalbertstraße 8.
31. Für die **Former** im Süden, in den **Arminhallen**, (oberer Saal), Kommandantenstr. 20.
32. Für die **Former** im Norden, bei **Stümke**, Adlerstr. 123.
33. Für die **Steinarbeiter** in **Reichert's Salon**, Müllerstr. 7.
34. Für die **Steinsetzer** bei **Hübner**, Swinemünderstraße 35.

Vormittags 10 Uhr:

35. Für die **Musiker**, bei **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44.

Nachmittags 4 Uhr:

36. Für die **Gastwirthsgehilfen**, bei **Ehrenberg**, Annenstr. 16.

Donnerstag, den 26. Juli, Nachmittags 3 Uhr:

37. Für die **Bäckereiarbeiter**, in den **Arminhallen** (gr. Saal), Kommandantenstr. 20.

Rixdorf.

Oefftl. Versammlungen sämtl. Gewerkschaften

Freitag, den 27. Juli, Abends 8 Uhr:

1. bei **Kummer**, Berlinerstraße.
2. bei **Wwe. Appoldt**, Snesefeldstraße.

Referenten: Augustin, Borgmann, Dastig, Dupont, Franke, Gerisch, Glocke, Frau Greifenberg, Hansen, Dr. Heymann, Hilpert, Hoffmann, Henke, Jahn, Kiesel, Ledebour, Liebknecht, Massini, Mattutat, Metzner, Näther, Pfannkuch, Retzeran, Singer, Sillier, Stabernack, Täterow, Timm, Türk, Vogtherr, Wagner, Fr. Wabnitz, Wilke, Zadek und Zubeil.

Die Versammlungen finden mit **Arbeiterinnen** statt.

Ausserdem werden die **Gewerkschaften** nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass sie die **polizeilichen Anmeldungen** selbst zu besorgen haben.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Bestes Puzmittel der Welt!



Diese Universal-Metal-Putzmittel sind von uns zuerst im Jahre 1876 eingeführt und das Fabrikzeichen „Helm“ durch gesetzliche Eintragung zur Schutzmarke gekennzeichnet worden. Alle ähnlich aussehenden Erzeugnisse sind deshalb Nachahmungen unseres unübertroffenen Putzmittels. 3081.*

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten **!! billigster Einkauf!!**

W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Presskohlen

anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend. **99**

Preise per Tonne:

Marke Centrum I, 18 Ctm. lang	6,25 M.
Centrum II, 16 Ctm. lang	5,25 "
Beste Senftenberger Marie, 16 Ctm. lang	5,-- "
Beste Senftenberger, härteres Format, 16 Ctm. lang	5,50 "
Senftenberger Hse, 18 Ctm. lang	6,75 "

pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn und Baden.

Probekohlen gratis frei Haus.

Frischeisen & Co.,
Münsterstr. 4,
nahe Göllicher Bahnhof.
Unter den Linden 29.

Rohtabak

Größte Auswahl, Billige Preise

Emil Berstorff,
182. Brunnstr. 182.
Garantirt flotten u. sicheren Brand.